Sonderbeilage zu ak – analyse + kritik
4,50 € Nr. 9 – Sommer 06

FANTÔMAS

magazin für linke debatte und praxis

checkpoint high security zone

Fantômas 9 – Checkpoint High Security Zone

Es sollte diesmal anders werden, das Editorial. Statt einer „Erklärung" eine Debatte. Unter uns. Und das nicht ohne Grund: Es schien uns schwierig, strategische Aussagen in Sachen „Sicherheitsdispositiv" zu treffen. Schwieriger als sonst. Jedenfalls an dem Punkt, wo es darum geht, radikale Alternativen zu denken, soziale Kämpfe aufzuspüren, die sich diesem Dispositiv entziehen, vielleicht sogar seine Überwindung in Aussicht stellen. „Wo bleibt das Positive?" lautete deshalb die provisorische Überschrift unserer Debatte.

i

Um es gleich vorweg zu nehmen: Es ist nicht so einfach mit dem Positiven. Was nicht heißt, dass es nicht existiert. Anders jedoch als zum Beispiel im Falle der Anerkennungs-, Verteilungs- und Aneignungskämpfe, denen wir im letzten Heft nachgegangen sind, haben Kämpfe um und gegen das Sicherheitsdispositiv eine Geschichte, die erst noch zu schreiben ist, die noch nicht hinter, sondern eben erst vor uns liegt. Natürlich wurde auch früher schon „Sicherheit" zum Thema sozialer Auseinandersetzungen und linker Kritik, denken wir nur an die späten 1970er Jahre, als der damalige Chef des Bundeskriminalamts, Horst Herold, die Rote Armee Fraktion und ihre „SymphatisantInnen" mit einem Rasterfahndungssystem jagen wollte, dem er den Namen „Sonnenstaat" gab. Oder denken wir an die Mobilisierung für den Boykott der Volkszählung in den 1980er Jahren, zu dem sich damals ein breites Bündnis zusammenfand, das von der radikalen Linken über die erstmals im Bundestag vertretenen Grünen bis ins liberale Bürgertum reichte. Und doch: Wenn wir das Sicherheitsdispositiv zum Thema machen, dann deshalb, weil sich zwischenzeitlich Verschiebungen ereignet haben, die es – ein Beispiel nur – nicht mehr erlauben, die Regime der Sicherheit nur vom Problem der Repression her aufzurollen. Auf diese Verschiebungen geben wir mit dieser Nummer von *Fantômas* immerhin einen Ausblick, als erste Annäherung an das merkwürdige Objekt „Sicherheit".

ii

Den Anfang machen Kaschinski/Spehr mit ihrer Durchsicht aktueller „Politiken der Katastrophe". Ihnen folgen vier Beiträge, die spezifischen Verdichtungen des Sicherheitsdispositivs nachgehen (Feyerabend, Lindner, Hermann, Belina, Unión de Vecinos) und dabei auch von denen sprechen, die sich ihm zu entziehen suchen. Größeren Raum nehmen Fluchten und Widerstände in den vier Beiträgen ein, die sich dem „Sicherheitsrisiko" widmen, zu dem im Kalkül imperialer Weltordnung der Globale Süden und die globale Unterklasse der „Überflüssigen" geworden sind (Reese, Alnasseri, Redaktion Autonomie NF, Banse/Seibert). Im letzten Teil des Hefts öffnen drei Beiträge den Horizont einer ausdrücklich theoretischen Kritik des Sicherheitsdispositiv. Hier dienen einerseits die Philosophie Foucaults und Agambens, andererseits die Begriffe „Freiheit" und „Gerechtigkeit" als Referenz (Opitz, Diefenbach, Dieckmann). Los geht's, Checkpoint High Security Zone ...

iii

Sicher ist in Sachen Sicherheit nur wirklich dies: Es gibt im gegenwärtigen Ganzen der sozialen Erfahrung mittlerweile nicht mehr viel, was nichts mit Sicherheit zu tun hätte. Das ist, jedenfalls wenn man Foucault glaubt, kein Zufall. Im Liberalismus, dem hegemonialen Regime von „Regierung" im kapitalistischen globalen Norden, funktioniert Sicherheit als interner Vektor, der die „freiheitlichen" Prinzipien des Liberalismus immer schon in Richtung Illiberalismus (Kontrolle, Überwachung, Repression) überschreitet (Opitz). Dies gilt besonders für neoliberale Machtregime, die sich als einzig adäquate Lösung für das schier uferlose Problem der allgegenwärtigen Bedrohung der kollektiven und individuellen Sicherheit präsentieren. Dabei unterhält gerade der Neoliberalismus eine besonders enge Bindung zu Gefahren und Risiken: Während Risiken zur konstitutiven Bedingung für „individuelle Entfaltung" und gesellschaftlichen Fortschritt mutieren, erleben die meisten das neoliberale Angebot als reale Gefährdung des eigenen Überlebens. Neoliberale Gesellschaften sind demnach „Risikogesell-

schaften", in denen Risiken gezielt produziert und verwaltet werden. Die Tendenz zur Prekarisierung praktisch aller Lebensverhältnisse ist deshalb kein Zufall, sondern Strukturmerkmal der „Freiheit", um die es der repressiven Kontrollgesellschaft geht, die ja inzwischen weltweit installiert ist und deren Logik sich ganz besonders in den Ländern des globalen Südens zu erkennen gibt.

iv

Mit den Risiken vervielfältigen sich auch die Riskanten, die deshalb auf Gebiete außerhalb der rechtsstaatlichen Normalität verschoben werden. Eine flexible Suspendierung von sozialen und politischen Rechten produziert ein niederschwelliges System des „Ausnahmezustandes", das insbesondere dort greift, wo Prekarisierung und Migration, Politiken der Verunsicherung und Rassismus ineinander greifen (Diefenbach): Die „Rütli-Schüler" personifizieren stellvertretend die Sorte von Risiko, die per Ausweisung und/oder Verengung des Zugangs zur eh schon demontierten Sozialversorgung entschärft werden soll. Das Recht, Rechte zu haben, hat in dieser Logik nur, wer innerhalb der hegemonialen Kontrollräume, der lokalen, regionalen und (inter-)nationalen *gated communities* lebt – und dortselbst nicht übermäßig gefährlich wird.

v

Der auf Dauer gestellte globale Sicherheitsnotstand stellt auch den Krieg auf Dauer – als Polizeioperation. Der „Krieg gegen den Terror" soll die Weltverhältnisse nach dem bipolaren Modell vom „Kampf der Kulturen" umstrukturieren und imperial beherrschbar werden lassen (Alnasseri), „humanitäre Interventionen" und „liberale Protektorate" versprechen, die extreme Gewalt einzuhegen, die die wachsenden Zonen absoluter Verelendung zu verwüsten droht (Banse/Seibert). So werden die überflüssig Gemachten „poliziert", so werden aus sozialen Phänomenen räumliche gemacht, bis nur noch interessiert, *wo* jemand obdachlos, nicht einverstanden mit der herrschenden Politik oder aus anderen Gründen „gefährlich" wird, bis „Integration" als gesellschaftliches Ideal nurmehr antiquiert scheint (Belina). So wird aus Entwicklungspolitik immer mehr Sicherheitspolitik, der es vor allem um die Abwehr von „Risiken" wie Menschenfluten und Armutsterrorismus geht (Reese). Die neokoloniale und imperia(listisch)e Aufteilung der Welt im Zeichen der globalen Verunsicherung wird besonders dort sichtbar, wo vermeintliche Naturkatastrophen wie Seuchen oder Flutwellen zu einem Instrument der imperialen Aneignung neuer Machtbereiche werden (Spehr/Kaschinski). Vermeintliche Naturkatastrophen deshalb, weil jede Katastrophe in ihren Konsequenzen die soziale Struktur von Gesellschaften offen legt: Es sind vor allem die Ausgegrenzten, die „Entbehrlichen", die immer schon Beherrschten, die den größten Teil der Last der Katastrophe zu tragen haben. Die Naturkatastrophe ist damit in ihren Konsequenzen so wenig „natürlich" wie die ökologische Katastrophe in ihren Ursachen.

vi

Als weltgesellschaftliche Verhältnisse, die sich krisenhaft reproduzieren und dabei immer neue Formen von Herrschaft und Führung ausbilden, bezeichnen Empire und Imperialismus stets auch Frontlinien eines Widerstands, an denen die „Machtfrage" auch umgekehrt, zur Frage wenigstens einer nachhaltigen Schwächung des globalen Sicherheitsdispositivs werden kann. Was hypothetisch in den diffusen Übergängen zwischen imperialer Plebs und anti-imperialer Multitude gesucht werden kann (Banse/Seibert), stellt sich – im Szenario des „Kampfs der Kulturen" kaum zufällig – im arabischen Raum als konkrete Option eines grenzüberschreitenden alternativen „Blocks", der zwischen US-Besatzung und islamitischer Reaktion seinen eigenen Weg, den Weg nach draußen sucht (Alnasseri). Doch kann es nicht schaden, sich gerade im Übergang von der analytischen zur strategischen Überlegung, dort also, wo sich die von links her wichtigste Frage stellt – „Was tun?" – ausdrücklich zu erinnern: an zurückliegende Augenblicke, in denen sich zu klären schien, was damals zu tun möglich und dringlich war (Redaktion Autonomie). Dabei kann es nicht darum gehen, sich über Fehler zu erheben, die „vor uns" gemacht worden sind, im Gegenteil: Zu lernen bleibt, dass die Frage „Was tun?" nur von denen beantwortet werden kann, die den Mut zum Irrtum auf sich nehmen.

vii

Sicherheitspolitik nährt sich nicht zufällig aus einer „Ökologie der Angst" (Opitz), und die wiederum führt immer auch auf Metaphern, wissenschaftliche Imaginationen und Kollektivsymbole zurück und hält diese weiter im Umlauf. „Immunsysteme", „Viren" und „Infektionen" fungieren in der metaphorischen Reproduktion von Sicherheitsrisiken und Sicherheitspolitiken als Leitmotiv, das die Abwehr des „Nicht-Selbst", die Ausgrenzung des Anderen und die permanente (Selbst-)Kontrolle zu einer biologischen Notwendigkeit erklärt (Feyerabend). Vor dem Hintergrund überall lauernder biologischer und sozialer Risiken lässt sich – zusammen mit dem quasi als Naturgesetz angerufenen Zwang zur Kosteneinsparung – auch die Notwendigkeit einer zentralen Erfassung z.B. von „Gesundheitsdaten" rechtfertigen: Wer bei Krankheit oder Unfall behandelt werden möchte, muss sich schon mal die Überprüfung und zentrale Erfassung seines Lebensstils und die ebenso moralische wie ökonomische Sanktionierung „ungesunder" Verhaltensweisen gefallen lassen (Linder).

viii

Prädestiniert für die Befolgung der Sicherheitsregeln, für die Bändigung des stets möglichen Ausnahmezustands auch im eigenen Leben ist der/die „SelbstunternehmerIn", die proaktiv, selbstreguliert und marktgerecht inzwischen auch in dem Feld Persönlichkeitsmodell geworden ist, aus dem einstmals alles Unternehmerische per definitionem verbannt war: dem Feld der sozialen Arbeit. Aus sozialen Einrichtungen werden Dienstleistungsunternehmen und aus den früheren „KlientInnen" autonome MarktteilnehmerInnen, die allerdings, wenn sie – als delinquente Jugendliche beispielsweise – zu einem Sicherheitsrisiko werden, weggeschlossen und „verwahrt" werden müssen (Herrmann).

ix

All dies ändert jedoch nichts daran: Sicherheit ist *nicht nur* ein Vektor im Innern (neo-)liberaler Macht, ist *nicht nur* eine Herrschaftsmaschine im Dienst der neokolonialen Aufteilung der Welt, ist *nicht nur* ein äußerst wirksamer (Selbst-)Kontrollapparat. Sicherheit ist und war immer auch ein Wunsch, eine Sehnsucht und ein Grundbedürfnis von Menschen: Sicherheit im Sinne des Schutzes vor äußerer Bedrohung ist elementar für jede Vorstellung gesellschaftlichen Lebens. Gerade die Verbindung aus *Sicherheit* und *Freiheit*, die uns im schlechtesten Sinn der Neoliberalismus anträgt, birgt im positivsten Sinn das, was zu wünschen und zu erkämpfen bleibt, ist – um die oben zitierte Frage aufzugreifen – „das Positive". Um den Zerfall der imperialen Ordnung in eine mörderische Weltunordnung zu stoppen, müssen globale Mehrheiten für materielle Freiheitssehnsüchte mobilisiert werden (Alnasseri), muss nach wie vor für gleiche Lebenschancen weltweit gekämpft werden, gegen die Aufteilung der Welt in Zonen unterschiedlicher „Katastrophensicherheit" (Kaschinski/Spehr), gegen die Abschottung der temporär sicheren Festungen von ihrem verwilderten Außen und für gesellschaftliche Solidarbeziehungen, die über die Logik des autonomen Marktindividuums hinausweisen.

Den Bildteil dieses Heftes hat die Münchner Künstlerin Kirsten Kleie gestaltet. Er besteht aus den konzeptuellen Fotoserien „dummy", „privat", „Heile Welt" und „Verletzter Körperraum". Über die künstlerische Arbeit von Kirsten Kleie schreiben Petra Gerschner und Michael Backmund auf Seite 63.

Redaktion *Fantômas*

P.S.: Auf S. 62 findet ihr ein Glossar, das die eine oder andere begriffliche Hürde erleichtern soll.

metropolitane un-sicherheiten

über den einbruch überaus realer kontrollphantasmen in soziale räume, private lebensstile und wissenschaftliche metaphoriken. im gegenzug: eine million migrantInnen auf den straßen von los angeles. die aufforderung, das feld der katastrophe nicht dem thw zu überlassen.

- ☐ *kaschinski/spehr* plädieren für eine linke antwort auf die realität der katastrophe.
- ☐ *feyerabend* zeigt, wie populäre und wissenschaftliche metaphern innere und äußere Sicherheit befördern.
- ☐ *linder* warnt vor der in kürze real werdenden zentralen speicherung von gesundheits- und verhaltensdaten.
- ☐ *herrmann* macht auf die gleichzeitigkeit von sozialarbeiterischem qualitätsmanagement und geschlossener unterbringung aufmerksam.
- ☐ *belina* besteht auf der differenz zwischen öffentlichen räumen, sozialen kämpfen und ausschlüssen, in new york und anderswo.
- ☐ *unión de vecinos* erzählt von einer million weißer t-shirts gegen rassistische us-gesetze.

Geflügelte Katastrophen: „Gefangene werden nicht gemacht!"

Über linken und rechten Umgang mit einem sich häufenden Phänomen

Von Kai Kaschinski und Christoph Spehr

Katastrophen sind nicht neu, scheinen sich aber in den letzten Jahren zu häufen. Die Globalisierung der Welt schließt die Globalisierung der Katastrophe mit ein. Während die Rechte mit der Naturalisierung und den verschiedenen Formen von „Katastrophenschutz" darauf antwortet, steht die Linke den Katastrophen des 21. Jahrhunderts relativ hilflos gegenüber. Warum dies so ist und wie sich der aktuelle Katastrophendiskurs darstellt, darauf geben Kai Kaschinski und Christoph Spehr eine Antwort.

Es ist Frühling. Allein 10 Mio. Zugvögel werden in den nächsten Monaten im Nordseeraum brüten, rasten und ihr Gefieder wechseln. Viele dieser vagabundierenden Vogelarten tragen möglicherweise Formen des Virus H5N1 in sich. Wildvögel tragen auf ihren Zügen vermutlich schon seit Jahrtausenden Grippeviren um den Globus, die für sie selbst weitgehend harmlos sind. Die Viren haben jedoch aufgerüstet. Das Überschreiten der Artengrenze, speziell das Übergreifen vom Tier auf den Menschen und dann die Verbreitung auch von Mensch zu Mensch, passiert schneller und häufiger. Gesundheitsorganisationen, Staaten und Geflügelindustrie führen seit Jahren einen Krieg gegen die viralen Angriffe, dem nicht nur Zuchtgeflügel zum Opfer fällt. Die Vogelgrippe gilt vielen auch als moderne Seuche im Wartestand.

„Holt sie runter!"

Die öffentlichen Reaktionen auf das Thema sind von eiliger Hilflosigkeit geprägt. Teile der Wissenschaft, fast alle populären Medien und eine ganze Reihe von PolitikerInnen verbreiten ein paar Wochen lang ein Katastrophenszenario, das Millionen möglicher Todesfälle durch die Vogelgrippe erwartet, und vergessen das Thema dann wieder vollständig. Kleintierhalter evakuieren ihre Lieblinge in die Tierheime, Katzen werden auf offener Straße vorbeugend erschossen. Freilandhühner werden vom Landwirtschaftsministerium zurück in die Ställe befohlen. Der Geflügelumsatz sinkt um 15%, erste Entlassungen haben in der Branche stattgefunden. Die eingeschlossenen Freilandhühner beginnen sich wie ihre Artgenossen aus den Legebatterien die Federn auszurupfen und reduzieren ihre Eierproduktion. Die Regierung entsendet Truppenteile der Bundeswehr nach Rügen. Erste Vogelgrippe-Fälle in sächsischen Zuchtfarmen ziehen Massenkeulungen nach sich. Die Schlacht wird militärisch geführt. Während manche am liebsten die Zugvögel gleich vor der Küste abschießen würden („Holt sie runter!"), gilt für das Zuchtgeflügel: „Gefangene werden nicht gemacht!". Dass es sich bei den toten Rügener Singschwänen gar nicht um Zugvögel handelt, interessiert niemanden so recht. Nach einigen Wochen hitchcock-artiger Panik („Da sind *Vögel!*") flaut der Zustand öffentlicher Erregung dann ab, bevor sich eine sinnvolle Diskussion über Ursachen und Problemlösungen durchsetzen kann.

Wenn nicht mehr „alles aus" ist

Dass Katastrophen zu einem stetigen Gegenstand von Politik werden, dass das Leben mit der Katastrophe zur Realität einer frisch globalisierten Welt gehört, ist kaum zu übersehen. Unglücklicherweise tut sich die Rechte mit dieser Erkenntnis wesentlich leichter als die Linke. Rechte Reaktionsweisen auf Katastrophen, gern in schönfärberischer Weise als „Katastrophenschutz" ausgegeben, spulen das ab, was rechte Politik sowieso gerne tut: Bürgerrechte beschränken, absondern, überwachen; Menschen entmündigen, demokratische Strukturen entmachten, Handlungskompetenz an direkt unterstellte „special forces" abgeben; Hilfsmaßnahmen und Prävention auf die Wohlhabenden konzentrieren, global wie national; und nichts tun solange die privatwirtschaftlichen und staatlichen Kosten der Katastrophe nicht eindeutig die Kosten vorbeugender Maßnahmen übersteigen.

Eine linke Katastrophenschutzpolitik ist dagegen derzeit nicht wirklich zu sehen. Zu tief sitzt das Erbe der 1970er Jahre, als die Umwelt-, Friedens- und Anti-AKW-Bewegung ihre Kampagnen auf die Androhung der finalen Katastrophe aufbauten. Der Atomkrieg, der Super-Gau und nichts weniger als das Aussterben der Menschheit wurden herangezogen, um Massenmobilisierungen zu erreichen. Dies hatte jedoch zwei problematische Wirkungen. Zum einen führte die Tatsache, dass wir immer noch kollektiv am Leben sind, auf die Dauer zur Abstumpfung dieser Mobilisierungsmethode. Dass viele Risiken

gerade durch die Aktivität von Bewegungen verringert werden konnten, dass „aus Dusel" ausgelöste Atomkriege in den 1950er und 1960er Jahren sehr reale Möglichkeiten waren und dass Sicherheitsstandards in den Kernkraftwerken nur aufgrund der breiten Anti-AKW-Proteste extrem verschärft wurden, ging nicht ins kollektive Gedächtnis ein. Stattdessen setzte sich der Eindruck fest, als hätte die Linke ständig bloß Panik gemacht.

Zum anderen konzentrierte man sich auf Katastrophen, die sehr deutlich durch einfache politische Entscheidungen vermieden werden konnten – durch Atomausstieg, Abrüstung, Umweltauflagen. Hier sahen alle anderen Aspekte von Katastrophenschutzpolitik (Versorgung, medizinische Betreuung, Aufklärung, Bevölkerungstraining, Kriseneinsatzkräfte, wissenschaftliche Ursachen- und Risikoforschung etc.) schlicht zynisch aus – wie in den Aufklärungsfilmen, die NATO-Regierungen in den 1950er Jahren unter Titeln wie „Dug and Cover" drehten und die empfahlen, im Falle eines Atombombenangriffes einen Graben auszuheben und sich die Aktentasche über den Kopf zu halten. Es wurde Bestandteil politischer Reaktionsmuster der Linken, sich genau mit solchen Fragen nicht zu beschäftigen. Risikobegrenzung und Krisenmanagement galten als reaktionär. Wenn es passiert, ist sowieso „alles aus": Das war die Formel.

Katastrophen sind jedoch ein Normalfall. Sie passieren immer wieder und ihr Eintreten repräsentiert nicht nur das Scheitern kapitalistischer Gesellschaftsordnungen. Im Realsozialismus hat die Katastrophe genauso wie auch im Mittelalter ihr Unwesen getrieben.

Die Palette der spontanen Katastrophen des 21. Jahrhunderts ist erschreckend lang. Da wären „Naturkatastrophen" wie der Tsunami im Indischen Ozean vom Dezember 2004 mit vermutlich über 200.000 Toten; die Zerstörung von New Orleans durch den Hurrikan „Katrina" im August 2005 mit schätzungsweise 1.000 Toten; die Erdbeben in Indien und Pakistan im Oktober 2005 mit vermutlich 80-90.000 Toten. Die eigentlichen „Ursachen" liegen bei „Naturkatastrophen" außerhalb menschlichen Einflusses, die Folgen jedoch nicht. Wer arm ist, stirbt, lautet die einfache Regel. Das beginnt schon mit der Tatsache: Wer arm ist, wohnt falsch – nämlich dort wo es gefährlich ist, in Häusern die leicht einstürzen und in Sozialsystemen, die schon im Alltag kaum vernünftige Versorgung gewährleisten. Jede Form der Katastrophe, egal ob sie spontan oder kontinuierlich auftritt, verdeutlicht mit ihren Konsequenzen die soziale Struktur von Gesellschaften.

Die Katastrophen des 21. Jahrhunderts sind in ein komplexes soziales und globalisiertes Geflecht eingebunden. Zumindest die Häufung von Hurrikans, eventuell auch ihre Stärke, kann mit menschlich erzeugter Klimaveränderung zusammenhängen. Die Verwandlung des Elbhochwassers in eine Überschwemmung folgt denselben Mustern wie die Verwandlung pazifischer Flutwellen in die Auslöschung ganzer Küstenregionen. Künstliche Flussbegradigungen und Versiegelung natürlicher Überschwemmungsgebiete hierzulande, Abholzung von Mangrovenwäldern zugunsten von Aquafarming und Tourismus in Südostasien: Die Ökonomie geht erhöhte Katastrophenrisiken bewusst ein und führt sie herbei. Die Privatisierung von Reichtum und die Sozialisierung von Risiken bündelt sich schlaglichtartig in den „Jagdszenen" in New Orleans, wo Sicherheitskräfte nichts besseres zu tun hatten als auf schwarze Jugendliche zu schießen, die elektronische Geräte aus überschwemmten Läden klauten, oder sogar auf Menschen, die in Supermärkte einbrachen, um sich inmitten der Katastrophe noch versorgen zu können.

Die verdammten Biester: Seuchen und Globalisierung

Eine besonders beunruhigende Form der Katastrophen des 21. Jahrhunderts ist die Wiederkehr der Seuchen. Das Beispiel der Vogelgrippe zeigt, wie die Entstehung und Ausbreitung moderner Seuchen unmittelbar in die Veränderungen der globalisierten Ökologie und Ökonomie eingebettet ist. Die Vogelgrippe ist keine Erfindung des globalen Kapitalismus. Ihre Verwandlung in eine potenzielle globale Katastrophe ist jedoch ein direktes Produkt seiner Produktions- und Verkehrsformen.

Grippe ist eine Krankheit, die durch den Befall mit Viren entsteht. Viren haben im Unterschied zu Bakterien keinen eigenen Stoffwechsel. Sie können zwar häufig lange ohne Wirtstier „schlafen" oder in kleinen Reservoirs unauffällig überleben, sind aber prinzipiell davon abhängig, einen Wirt zu finden. Viren verbinden deshalb morphologische Einfachheit mit hoher Evolutionsgeschwindigkeit. Während Tiere und Menschen über Mechanismen verfügen, die genetische Mutationen stark begrenzen (weil das Risiko schädlicher Auswirkungen bei komplexen Organismen hoch ist), beschleunigen Viren ihre Mutationshäufigkeit, um so mit immer neuer biochemischer Gestalt in Wirtstiere eindringen und Immunabwehren überwinden zu können. Dennoch ist nicht jeder Virus zwangsweise schädlich für seinen Wirt. Bei vielen Wasservögeln sind Grippe-Viren endemisch, ohne dass die Vögel davon beeinträchtigt werden. Daneben leisten Viren vermutlich einen wichtigen Beitrag zur Evolution indem sie genetische Informationen von Art zu Art transportieren. Erkrankungen entstehen, wenn die Vogelgrippe-Viren Artengrenzen überspringen oder genetische Veränderungen erfahren, so dass die Viren echte körperliche Fehlfunktionen auslösen. Dann können Viren, obwohl sie abhängig von ihren Wirten, sind eine tödliche Gefahr für diese werden. Wenn der Erreger zudem so mutiert, dass die Individuen dieser neu befallenen Tierart sich auch gegenseitig anstecken können, existiert eine potenzielle Tierseuche. In der „freien Wildbahn" (oder dezentral-kleinbäuerlicher Landwirtschaft) unterliegt die Verbreitung von Epidemien allerdings anderen Bedingungen als in der industrialisierten Landwirtschaft.

Formen der Grippe befallen Menschen und Tiere. Der Grippe-Pandemie der Jahre 1918-1919 fielen weltweit zwischen 40 und 100 Mio. Menschen zum Opfer. Die Grippe tritt, wie viele andere Krankheiten auch, einerseits häufig und rhythmisch auf, kann jedoch katastrophale Züge annehmen, wenn sie auf gesellschaftlich geschwächte Abwehrsysteme trifft. 1918 waren die Menschen massenhaft von Krieg und Nachkrieg erschöpft, unterversorgt, in ihrem Immunsystem geschwächt, während gleichzeitig die Demobilisierung enorme Verbreitungsvektoren für Grippeviren bereitstellte. Gestorben wird an Atemwegserkrankung, sekundären Infektionen, Lungenentzündung.

Die „Schnelle Atemwegserkrankung" SARS, die 2003 durch China und Südostasien fegte, gab einen Vorgeschmack auf das tödliche Potenzial der Vogelgrippe. Auch SARS stellte sich als Viruserkrankung heraus, der das Überspringen der Artenschranke zwischen Tier und Mensch zugrunde lag, im Fall von SARS zwischen bestimmten essbaren Kleinnagern und Menschen. SARS ließ sich jedoch vergleichsweise gut mit den klassischen Methoden der Isolierung und Quarantäne bekämpfen, was bei Grippe kaum funktioniert.

Grippe ist sehr viel ansteckender, und Infizierte sind tagelang hochansteckend, bevor sie selbst irgendwelche Symptome zeigen. Die mögliche Entstehung eines für den Menschen gefährlichen H5N1Erregers (Vogelgrippe-Erregers) würde sich in eine lange Liste von Massenerkrankungen einreihen, die sich in den letzten Jahren

drastisch ausgebreitet haben. HIV, Cholera und Hepatitis sind vielleicht die bekanntesten davon. Mit der sich zunehmend verschärfenden Verarmung weiter Teile der Bevölkerungen im globalen Süden und dem Zusammenbruch ihrer Gesellschaften hat sich die Gesundheitssituation ebenfalls verschlechtert. In Regionen, in denen durch Krieg und ökonomische Ausbeutung die soziale und medizinische Infrastruktur zerstört wurde, oder in den Slum-Cities der urbanen Verdichtungsräume haben Epidemien ein leichtes Spiel.

Das moderne Agro-Business mit seinen Zentren industrieller Massentierhaltung kommt der Entstehung und Verbreitung globaler Seuchen entgegen. Für die Entwicklung einer gefährlichen Form der Vogelgrippe wird insbesondere die Kombination von Zentren agro-industrieller Massentierhaltung mit einer kleinbäuerlichen Peripherie, wo Menschen und Tiere in engem Kontakt stehen (und zusätzlich die Mischung von Geflügel- und Schweinezucht auf engem Raum), als günstige Voraussetzung angesehen. Zum einen gibt es in solchen Regionen wie in Guandong in Südchina ausreichend Federvieh, in dem die Viren unterschiedlichste Mutationen durchlaufen können. Daneben werden die Anpassungsfähigkeiten der Viren durch den umfangreichen Einsatz von Medikamenten in der Massentierhaltung extrem gefördert. Die Vögel werden quasi evolutionsbiologisch gegen gängige Medikamente geimpft, indem sie immer wieder neue Resistenzen entwickeln müssen. Und nicht zuletzt kommen die Viren in der benachbarten kleinbäuerlichen Landwirtschaft leicht in Kontakt mit Menschen. Je mangelhafter der Gesundheitszustand dieser Menschen ist, umso schneller infizieren sie sich und umso gravierender kann der Krankheitsverlauf werden.

Die Mutation des H5N1-Virus in eine den Menschen infizierende und gefährdende Variante ist in diesem Szenario nur ein Element. Die Seuchen des 21. Jahrhunderts erhalten ihr Gefahrenpotential für den Menschen durch die sozialen Bedingungen einer globalisierten Ökonomie und deren destruktive Aspekte in Hinblick auf das gesellschaftliche Naturverhältnis. Eine Massentierhaltung, die dem Futter der Tiere legal oder illegal Antibiotika und andere Medikamente beimengt allein um ihre Fleischproduktion zu steigern oder zu verhindern, dass sie bei einem lauteren Geräusch tot umfallen, untergräbt jede Gesundheitsvorsorge. Hier werden Viren gezüchtet, denen herkömmliche Medikamente nichts mehr anhaben können. Viren, die sich über globale Tiertransporte und den Reiseverkehr problemlos verbreiten können. Gesellschaften, die durch Verarmung und fehlende medizinische Infrastrukturen gekennzeichnet sind, sind für die daraus resultierenden Epidemien am anfälligsten. Aber nicht nur in Guandong entstehen Vogelgrippe-Erreger. In zunehmendem Maße treten in den letzten Jah-



ren US-amerikanische und europäische Massentierhaltungs-Zentren als „Wirtsmetropolen" hervor. Massenschlachtungen als Reaktion auf den Virenbefall der Viehbestände wie derzeit in Sachsen sind seit langem relativ unbemerkt an der Tagesordnung. Mit dieser Politik der Katastrophenbekämpfung wird jedoch keine Ursache der Vogelgrippe beseitigt. Die Katastrophe wird nur aufgeschoben.

Die Katastrophe als Film

Die populäre Rezeption der Katastrophe ist bis heute durch christliche Bilder beeinflusst. In diesen ist bereits die Spannung enthalten zwischen zwei Polen der Deutung: Dem Ereignis, das einfach nur hingenommen werden kann und dessen „Sinn" höchstens in der Prüfung liegt, die den Menschen dadurch auferlegt wird – und dem Ereignis, das auf etwas *reagiert*, das die „Strafe" für eine „Sünde" ist, die Folge von und Quittung für etwas, was seit langem schief liegt. Industrialisierung und Technisierung säkularisieren diese Deutungsmuster, behalten sie aber in veränderter Form bei.

Die bekannteste Wendemarke in diesem Prozess der Säkularisierung der Katastrophe war der Untergang der Titanic. Im Mittelpunkt der modernen Katastrophe steht nun das Scheitern der technologischen Kontrolle von Natur. Den einen ist die Katastrophe dabei ein bedauerliches Durchgangsstadium, eine „Prüfung" auf dem Weg zu noch besserer Naturbeherrschung. Den anderen ist sie „Strafe" für einen „Sündenfall": für den Leichtsinn fehlender Folgenabschätzung, die Skrupellosigkeit der Profitgier, den Hochmut unreflektierter, immer weiter gesteigerter Eingriffstiefe. Der zeitgenössische Katastrophenfilm, der seit „Independence Day" ein Lieblings-Genre der 50er Jahre wieder aufleben lässt, zeigt das Gegeneinander dieser Deutungsmuster, genauso wie die typischen Politiker-Reaktionen es benutzen. Die Katastrophe schweißt zusammen, und sie legt die Suche nach Sündenböcken nahe.

Die Katastrophe stellt die Determinanten des gesellschaftlichen Naturverhältnis in Frage. In der griechischen Tragödie ist es der Tod des Helden, der eine Wende der Geschehnisse einleitet. In seinem Tod kulminiert die Krise. In der Industriegesellschaft ist diese Krise eine der Naturbeherrschung, des Verlustes an technologischer Kontrolle und letztlich politischer Stabilität. Die Katastrophe repräsentiert das Scheitern der jeweiligen gesellschaftlichen Organisation des Zugriffs auf Natur.

Heute gilt: Die Hoffnung auf den „reinigenden", „kathartischen" Effekt der Katastrophe, auf die Katastrophe als Neuanfang, ist eine reaktionäre Hoffnung. Sie ist der Mythos und die Praxis rechter Politik. Wenn die Linke sich nicht dazu bequemt, Katastrophen vermeiden, verhindern, begrenzen zu wollen, das Spektrum gesellschaftlicher Wahlmöglichkeiten zu verteidigen gegen sein Abfackeln zugunsten globaler Notverwaltung – die Rechte wird es nicht tun. Sie lebt ganz gut mit der Katastrophe.

Mit der Katastrophe leben

Im Laufe der letzten Jahre ist das Katastrophen-Management zu einem zentralen Moment internationaler Politik geworden. In einer Politik, die die Krise einkalkuliert, sind ökonomische Ressourcen und die Fähigkeit, die eigene Sicherheit zu gewährleisten, entscheidend. Die koloniale Aufteilung der Erde in unterschiedlich relevante „Entwicklungszonen" beinhaltet die Definition von Zonen unterschiedlicher „Katastrophensicherheit". Katastrophenschutz wird so zu einem Instrument internationaler Herrschaft. Die Verweigerung von „Hilfe" kann in dieser Situation so gefährlich sein wie die „Entwicklungshilfe" selbst. Katastrophen sind in diesem politischen Denken keine zu vermeidenden Entwicklungen. Sie sind politisch nutzbare Mechanismen zur Aneignung neuer Machtbereiche. Nach den von den UN deklarierten Dekaden der Entwicklung und ihrem Scheitern wird es für einen immer größeren Teil der Weltbevölkerung existenziell bedrohlich. Armut, Hunger, Verödung, Klimaveränderung und die Zerstörung ganzer Ökosysteme schreiten in Zeiten der neoliberalen Globalisierung rasant voran.

Im Kontext kolonialer Machtbestrebungen sind diese Entwicklungen die Ausgangsbasis für eine zynische Politik, die die Katastrophe als Chance begreift. Wiederaufbau ist eine gängige Form von Wirtschaftsförderung geworden, etwa für die US-Bauindustrie nach den Kriegen in Afghanistan und Irak. Die Massenschlachtungen als Reaktion auf die Vogelgrippe vernichten bäuerliche Existenzgrundlagen und verstärken die industrielle Konzentration. Seuchen treffen arme Bevölkerungsgruppen, die nationalen Regierungen oft ohnehin als „überflüssig" gelten, und ziehen dann internationale Hilfsgelder an, die strukturpolitisch willkommen sind. Die Katastrophe ist das unwidersprechbare Einfallstor für „governance" – ein Geschäft, in das auch global operierende NGOs gewollt oder ungewollt hineingezogen werden, die z.B. nach dem Tsunami faktisch zu regionalen Parallel-Institutionen wurden, als Ersatz für fehlende Strukturen öffentlicher Daseinsvorsorge. Die globale *Katastrophen*gesellschaft ist *auch* eine neue Form globaler *Gesellschaft*, in der neue Strukturen von Enteignung und Transfer, Staatlichkeit und Entstaatlichung, globaler Sozialpolitik und öffentlicher Entdemokratisierung sich entwickeln.

Diese Katastrophenpolitik fügt sich in den Verteilungskampf um die Weltneuordnungspolitik nach 1989 zwischen den Metropolen und nun zwischen den Metropolen und China ein. Die einhergehenden Interessenskonflikte werden mit der Bereitschaft, Regionen der Ausbeutung und den damit einhergehenden Katastrophen auszuliefern, geführt. Sie ziehen die Destabilisierung und Zerstörung von sozialen und ökonomischen Infrastrukturen ebenso wie die so genannten Katastrophenhilfen als politisches Instrument heran. Versicherungsunternehmen sind hierbei die Global-Player, denen die Aufgabe zufällt, die Auswirkungen dieser Entwicklungen für den Norden zu regulieren. Sie steuern die Ökonomie und Planung der Katastrophen. Die Unternehmen haben dabei wie auch die Regierungen doppelschneidige Interessen. Sie brauchen die Katastrophenängste und Sicherheitsbedrohungen für ihre Existenz. Dennoch müssen sich die Schäden bei den Versicherten betriebs- und volkswirtschaftlich in Grenzen halten. Die von den Versicherungen finanzierte Katastrophenforschung sichert in diesem Zwiespalt die Zukunft katastrophaler Politiken ab. Es werden Grenzwerte ermittelt, die den Schaden und Nutzen von Katastrophenereignissen und Präventionsmaßnahmen bestimmen sollen. Strategien von Regierungen und Versicherungen sollen die Katastrophe planbar machen. Denn nur die planmäßige Katastrophe lässt sich letztlich politisch sinnvoll nutzen.

Die Linke muss sich darauf einstellen, dass wir längst mit der Katastrophe leben. Politik ist gefragt. Wer das Vermeiden von Katastrophen und den Schutz in der Katastrophe gegeneinander ausspielen will, wird verlieren. Die Eckpunkte einer linken Katastrophenschutz-Politik sind im Grunde klar: Sie besteht, im Unterschied zur rechten Katastrophen-Politik, auf der Verteidigung der Bürgerrechte und demokratischen Strukturen, sie versucht Gefahren klar zu benennen und nicht blinde Panik auszulösen. Sie richtet sich gegen das Abwälzen der Kosten auf die Schwachen (vor, in und nach der Katastrophe), sie kämpft für Gleichheit der Lebenschancen, für nationale und globale Gerechtigkeit in der Katastrophe. Sie orientiert auf inte-

grierte, kooperative Lösungen unter Führung der lokalen und regionalen Bevölkerung und aktiver Beteiligung der Betroffenen – anstelle die Menschen zum Objekt zu machen, setzt sie auf die Entfaltung von deren Kompetenz. Und sie setzt auf das Vermeiden von Katastrophen durch die Veränderung von Strukturen, welche sie begünstigen, auch wenn das bedeutet, überkommene Strukturen von Macht, Eigentum und Privileg zu verändern.

All dies gilt vor, in und nach der Katastrophe. Katastrophenpolitische Kompetenz wird zu einer linken Schlüsselkonsequenz. Nur dadurch lassen sich Bündnisse und Widerstand organisieren, die aus der Normalität der Katastrophe ausbrechen. Das zu tun was nötig ist, damit niemand aus vermeidbaren Gründen stirbt, und zwar weltweit: So hoch dieses Ziel gesteckt sein mag, so unerlässlich ist es. Es ist eine der Kernfragen demokratischer Moral im 21. Jahrhundert.

Kai Kaschinski *ist Dozent in der Erwachsenenbildung.* ***Christoph Spehr*** *ist Historiker und z.Zt. Mitarbeiter der Linkspartei im Arbeitsbereich Parteibildung. Beide sind Redakteure der „alaska – Zeitschrift für Internationalismus" und leben in Bremen.*

Literatur:

Daniel Allen Butler: Unsinkbar. Die wahre Geschichte der Titanic, Bielefeld 2000.

Lars Clausen/Elke M. Geenen/Elisio Macamo (Hg.): Entsetzliche soziale Prozesse. Theorie und Empirie der Katastrophen, Münster 2003.

Stefan Eckhardt/Niklas Reese (Hg.): Verflutet noch mal! Gesellschaftliche, globale und ökologische Dimensionen des Tsunami im Indischen Ozean, Essen 2005.

Mike Davis: Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter, Berlin 2004.

Mike Davis: Vogelgrippe. Zur gesellschaftlichen Produktion von Epidemien. Berlin 2005.

Gundolf Keil: Seuchenzüge des Mittelalters, in: Bernd Herrmann (Hg.): Mensch und Umwelt im Mittelalter, Frankfurt/Main 1989.

Naturschutzbund Deutschland (Hg.): Hintergrund. NABU-Positionen zu den Gefahren und Risiken der Vogelgrippe, NABU-Pressedienst vom 22. Februar 2006 unter www.nabu.de/m05/m05_03/04117.html (Stand 19.04.2006)

Peter Schwartz/Doug Randall: An Abrupt Climate Change Scenario and Its Implications for United States National Security, October 2003 unter http://net-news-global.de/pdf/PentagonStudie.pdf

Peter Sichrovsky/Peter Scheer: Resistent. Die Wiederkehr der Seuchen, Berlin 1998.

Invasion der Mikroben

Immunologische Diskurse zwischen Gefahrenabwehr und Selbstkontrolle

Von Erika Feyerabend

Der 11. September und die nachfolgenden Berichte über den Terrorismus des 21. Jahrhunderts, den so genannten Bio-Terror, sind bis heute im kollektiven Gedächtnis und gelten als eine Art Realitätsschock der westlichen Zivilisation. Denn: Ihre inszenierte ökonomische, politische und militärische Überlegenheit ist dahin. Nicht erst, aber eben auch seitdem liefert das Kollektivsymbol „Virus/Infektion" eine Metapher, um in den verschiedensten Diskursen über „Terroristen", wissenschaftlich identifizierte „Mikroben" und verloren gegangene Grenzposten zu sprechen. Am Beispiel der Bedrohung durch Viren und „Bio-Terror" interessiert Erika Feyerabend nicht die Frage, wie real die Gefahr global zirkulierender Erreger oder Anschläge ist, sondern welche populären und wissenschaftlichen Imaginationen mit diesen Ereignissen transportiert und politisch wirksam werden.

Bedrohungen und Sicherheitsverluste scheinen das alltägliche und gesellschaftliche Leben zu bestimmen. Nicht nur Arbeitsplätze und die Haltbarkeit der Sozialversicherungssysteme gelten als bedroht oder strapaziert - in der Regel durch eine überalterte Bevölkerung. Auch die Kommunikation wird seit Computerviren wie ILOVEYOU als gefährdet wahrgenommen. Sex außerhalb der ohnehin schwindenden Langzeit-Beziehungen wird im Zeitalter von AIDS von berufenen Experten als bedenklich eingestuft. Überhaupt die Gesundheit, sie ist permanent bedroht, durch nachlässigen Lebensstil, bekannte und unbekannte Krankheitserreger und ganz aktuell – virusverseuchtes Hühnerfleisch.

Willkommen in der Wüste des Realen

Der Film Matrix (1999) entwirft eine von einem gigantischen Computer geschaffene „Wirklichkeit". Als der Held der Geschichte dann in der „wirklichen Wirklichkeit" erwacht, sieht er die ausgebrannten Reste Chicagos nach dem globalen Krieg und wird vom Anführer des Widerstandes mit den Worten begrüßt: „Willkommen in der Wüste des Realen". Der slowenische Gegenwartstheoretiker Slavoj Zizek hat sich gefragt, ob nicht am 11.9. etwas ähnliches geschah – zumindest für die EinwohnerInnen New Yorks. Für das Weltpublikum im digitalen und medialen Netz erinnerten die einstürzenden Twin-Tower an die letzten Katastrophenfilme aus Hollywood. Oder an einen Werbespot wie jenen, der am 9. September 2001 in Hamburg seine Fernsehpremiere hatte: Ein Paar sitzt vor einer Hochhauskulisse mit Kaffee und Rotwein, stilvoll, bis ein Airbus den Wolkenkratzer durchbricht und ein Plakat mit der Service-Nummer 11880, für die der Spot wirbt, am Himmel erscheint. Zwei Tage später wurde der Spot aus dem Programm genommen. Die „undenkbare" Katastrophe war schon längst Teil des kollektiven Bilder- und Phantasiereservoirs. Zizek: „Es ist gerade nicht so, dass die Wirklichkeit in unsere Bilder einbrach – vielmehr drang das Bild in die Wirklichkeit ein und erschütterte sie, wobei Wirklichkeit als jene symbolischen Koordinaten zu verstehen ist, die bestimmen, was wir als Wirklichkeit/Realität erfahren." (Zizek 2002, 16, zit.n. Sarasin 2004) Die Attentäter vom 11.9. lebten genau in dieser Welt und kannten die medialen Vorlagen ihrer Tat. Zu Recht weist Zizek darauf hin, dass wir es gerade nicht mit dem „bösen Äußeren" zu tun haben, das von Politik und Medienwelt beschworen und als kulturelle Differenz beschrieben wird. Es ist der „zivilisierte Westen", der laufend Gewalt und Zerstörung in alle Welt exportiert. „Jedes Mal, wenn wir uns solch einem reinen bösen Äußeren gegenübersehen, sollten wir den Mut aufbringen, uns an die Hegelsche Lektion zu erinnern, und in diesem reinen Äußeren die destillierte Version unseres eigenen Wesens erkennen." (Zizek 2001)

Der Historiker Philipp Sarasin (Sarasin 2004) hat sich mit einer ähnlichen Perspektive den Anthrax-Briefen gewidmet, die im Herbst 2001 an einige Medienschaffende und PolitikerInnen verschickt worden waren. Ganze fünf Briefe zirkulierten zunächst, gefolgt von mehreren tausend falschen Nachahmer-Versionen. Anthrax war nicht nur die Bezeichnung für einen tödlichen Erreger, sondern wurde zur Metapher für die Bedrohungen der USA; Bedrohungen, die schon längst im Repertoire der gesellschaftlichen Phantasien zirkulierten. Sarasins paradigmatisches Beispiel aus der populären Kultur: Der BBC-Film „Invasion der Mikroben" aus dem Jahr 2000. Dort wird eine Infektion als Invasion gefährlicher Flugkörper in eine Hochhaus-Szenerie inszeniert. Die Stadt wird als Körper dargestellt, der Feind als Mikrobe. Dieser Stadt-Körper wird zerstört, weil die Killer-Zellen des urbanen Immunsystems die Flugkörper nicht zeitig abschießen konnten. Auch Filme wie „Outbreak", der ebenfalls die Invasion eines tödlichen Virus zum Thema hat, und der Computervirus ILOVEYOU im Jahr 2000 hatten bereits das Gefühl der Verletzlichkeit und Aufmerksamkeit durch „Angriffe" von Viren potenziert und führen die Phantasien in geleitete Bahnen: Obwohl die Anthrax-Briefe wahrscheinlich von jemandem abgesandt worden waren, der beruflich mit Biowaffen vertraut war,

erzeugten sie Angst vor Bio-Terror, der ohne jeden Beleg mit al Qaida und Taliban in Verbindung gebracht wurde. Obwohl Milzbrand in verschiedenen Ländern, beispielsweise in der östlichen Türkei, in einigen afrikanischen Staaten und Spanien endemisch ist, berichtete CNN 2001, dass ein Milzbrand-Alarm in Kenia der erste Fall außerhalb der USA gewesen sei. Obwohl vor allem der westliche Tourismus Tuberkulose, Hepatitis und sexuell übertragbaren Krankheiten zur Verbreitung verhilft, werden vor allem illegale Flüchtlinge als „ansteckend" angesehen – nicht nur als arm und rechtlos. So entsteht die metaphorische Konstruktion eines gefährlichen Anderen – der Fremden, Flüchtlinge oder arabischer Terroristen – die mit Parasiten oder Mikroben assoziiert sind. Das hat eine lange Geschichte, die sich nicht allein aus der Populärkultur sondern auch der Bakteriologie und Immunologie speist.

Kampf gegen „Fremde"

Seit den 1870er Jahren haben Bakteriologen wie Robert Koch und Ilya Metchnikoff das Infektionsgeschehen in den Begriffen von „Angriff" und „Verteidigung", entworfen und den Körper zu einem Kriegsschauplatz erklärt. „Solche primitiven Kampfbildungen durchtränken die ganze Immunitätswissenschaft. (...) Es gibt jedoch keinen einzigen experimentellen Beweis" für diese Auffassung, schrieb der jüdisch-polnische Mikrobiologe und Wissenschaftshistoriker Ludwik Fleck in den 1930er Jahren. (Fleck 1993, 79) Fleck kritisierte hier nicht nur die Popularisierung wissenschaftlicher Begriffe für das mehr oder weniger gebildete Laienpublikum. Die wissenschaftliche Tatsache selbst ist aufgefüllt mit gesellschaftlichen Praktiken, kulturellen Produktionen und politischen Eingriffen. Wissenschaft ist eine soziale Tätigkeit, in der es „gleichwie in der Kunst und im Leben keine andere Naturtreue als die Kulturtreue" gibt. (ebd., 48) Und umgekehrt gestalten diese Erkenntnisproduktionen das „populäre Wissen", das jeden versorgt – auch den Fachmann.

Die Medizingeschichte der Seuchen, Infektionen und Viren ist voll von „bedrohlichen Fremdkörpern" – unterm Mikroskop verorteten Erregern und im Gesellschaftskörper identifizierten Menschengruppen. Infektionen und Seuchen sind vor, mit und nach dem bakteriologischen Zeitalter, das Ende des 19. Jahrhunderts seine Blütezeit erlebte, in moralisch hoch aufgeladenen Diskursen mit „Fremden" assoziiert. Am geläufigsten ist das Muster, Juden hätten die Pestwellen im 14. Jahrhundert verursacht oder die Choleraepidemien des 19. Jahrhunderts zu verantworten. Aber auch Arme, entlassene Söldner, LandbewohnerInnen oder als gefährlich angesehene Arbeiterklassen werden je nach gesellschaftlicher Lage und Epoche beschuldigt, in böser Absicht oder über ihre Lebensweise und Kultur Krankheitsepidemien zu verursachen, ja ganze Gesellschaften zu destabilisieren. In diesem Sinne bevölkerten Geschichten über Infektionsträger „aus den Stammländern im Orient" und „Zigeunerbanden" nicht nur die Populärkultur, sondern auch die medizinischen Zeitschriften bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. Dieses Phantasma reicht bis in die Gegenwart. Die Ursprungs- und Verbreitungslegende um den HI-Virus der 1980er Jahre, verortet in rituellen Praktiken afrikanischer Regionen, passt in dieses Muster. „Ansteckung kann als totales soziales Phänomen gelten, in das die unterschiedlichsten Bedeutungen so verwoben werden, dass sie für eine in group stabilisierend – d.h. ggfs. auch hierarchiestärkend – wirken können. Gleichzeitig erlaubt dieser Diskurs, Andere zu „Fremden" zu machen und sie noch stärker auszugrenzen." (Martin Dinges, 2004, 85).

Die historischen Beispiele, dass diese Fremden, mikrobengleich, identifiziert, isoliert, gesäubert und unschädlich gemacht werden müssen, sind zahlreich. Philipp Sarasin erinnert daran, dass vor dem Ersten Weltkrieg Soldaten und jüdische MigrantInnen aus Osteuropa auf Druck der amerikanischen Einwanderungsbehörden entlaust wurden, dass am Warschauer Ghetto das Schild „Achtung Seuchensperrbezirk" hing. „Viele der mächtigsten politischen Diskurse des 20. Jahrhunderts waren im eigentlichen Sinn ‚vergiftet' von Metaphern, die um die Vorstellung des ‚infizierten und zugleich infizierenden Körpers' kreisten." (Sarasin 2004 b, 142) In dieser Tradition wuchert das Repertoire von krankheitsgefährdenden Flüchtlingen, Bio-Terroristen und immer neuen Viren aus fernen Ländern und Regionen.

Vom „äußeren Feind" zum „Selbst-Erhalt"

Die Bilder vom Infektionsgeschehen im „Immunsystem" haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte modifiziert, im populären Diskurs besonders nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Dort herrscht(e) zwar noch lange das Bild vom Kriegsschauplatz und Schlachtfeld: „Killer-Viren", „heimliche Herrscher", „Geheimterroristen im Körper", die „unheimlich", „unsichtbar" und „unberechenbar" sind. „Perfekt getarnt" schleusen sie sich in die Schaltstellen des Körpers, oder auch „als Terroreinheit, die wie der Spion selbst die Macht übernehmen will und ausgestattet ist mit der Lizenz zum Töten", so die Zeitschrift Petra Anfang 1990er Jahren. In dieser Zeit erklärte das Bundesgesundheitsamt, die Notwendigkeit, vom klassischen „Eroberungskrieg" als Metapher Abstand zu nehmen: „Mitte der achtziger Jahre war die Welt noch charakterisiert durch den Ost-West-Gegensatz, der den Feind nach außen projizierte. Mittlerweile ... verschärfen sich überall die innergesellschaftlichen Widersprüche. So spielt womöglich auch der Zeitgeist eine Rolle dabei, was für ein Bild sich die Menschen von einer Krankheit machen." (AIDS-Nachrichten 3/1992, 5f.) Der „äußere Feind" verschwindet damit nicht in den Krankheitsvorstellungen und muss weiterhin geschwächt werden. Der neue Fokus ist auf das innere „System" gerichtet, das „unbesiegbar" werden soll. Als die US-amerikanische Anthropologien Emily Martin ihre Untersuchung über die Visionen junger US-Amerikaner/innen zum Immunsystem 1994 publizierte, dominierte weniger das kriegerische Vokabular, sondern das der Kontrolle äußerer und innerer Einflüsse wie Umweltschmutz, Strahlung, Störfaktoren. Die gängigen Bedrohungsphantasien kreisten um „Selbst-Erhaltung" und „Selbst-Definition". Das "eigene Immunsystem" soll gestärkt werden, um den als unabänderlich angesehenen äußeren Drohungen wenigstens individuell stand zu halten.

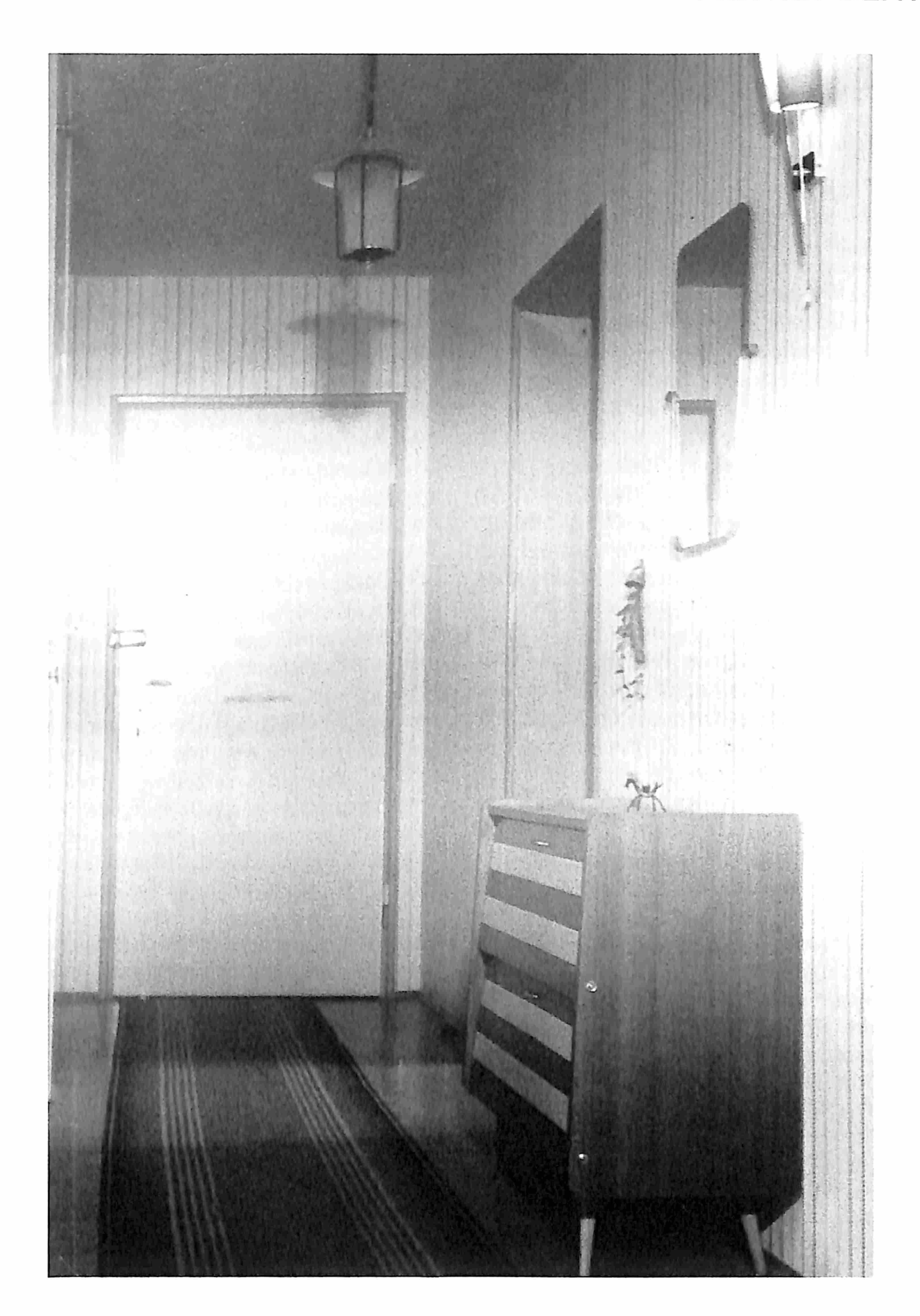
Diese populären Imaginationen korrespondieren mit Verschiebungen im wissenschaftlichen Feld. Bereits nach dem 2. Weltkrieg begannen die Architekten eines neuen Infektions- und Immun-Paradigmas, die Immunologen-Gruppen um Mc Farnet Burnet und Niels Jerne, den Körper nicht mehr als reines Schlachtfeld, sondern als eine Art „Öko-System" zu entwerfen. Auch richtete sich die Aufmerksamkeit nicht mehr ausschließlich auf den „äußeren Feind" im Fokus. Die Unterscheidung zwischen „Selbst" und „Nicht-Selbst" bestimmte fortan den wissenschaftlichen Diskurs rund um den „unscharfen Begriff" der Infektion und des Immunsystems. Solche „unscharfen Begriffe" in der Wissenschaft sind geeignet, die Kommunikation zwischen verschiedenen Disziplinen zu ermöglichen und über einen Gegenstand zu sprechen, der weder bekannt noch anerkannt definiert ist. Zusätzlich sind sie aber auch große Container für gesellschaftlich virulente Metaphern. Der Versuch zu definieren, wie der Organis-



mus „eigenes" erkennt, wie er lernt „eigenes" zu erkennen und „fremdes" zu identifizieren wurde zentral. Die Suche nach dem immunologischen „Selbst" wurde geradezu der Kristallisationspunkt des immunologisches Denkkollektivs – und zunehmend in kognitiven Metaphern der „Toleranz", des „Gedächtnisses", des „Überwachens" und „Lernens" beschrieben. Das „Selbst" – ursprünglich gar nicht in der Biologie beheimatet – beförderte die Kommunikation der Immunologen mit den Molekularbiolgen, die sich ebenfalls in den naturwissenschaftlich ausgebauten Bahnen der Selbsterkenntnis beweg(t)en, sowie den aufstrebenden Computerexperten und Kybernetikern. Das „Nicht-Selbst" – Viren, Feinde, Angreifer – wird nur im Kontext des „Selbst-Erkennens" identifizierbar, so lautete der sich ausbildende Konsens der Immunologen und läutete eine neue Epoche ein: die Biologisierung des „Selbst".

Möglicherweise ist auch im aktuellen Diskurs um Viren, (Bio-)Terror und Fremde, das „alte" Muster vom „rein bösen Äußeren" überblendet mit einem postmodernen Phantasma. Mit den verloren gegangenen Grenzposten im globalen Raum wird die Verortung des „äußeren Feindes" kompliziert und drängend. Sie korrespondiert mit der Suche nach dem „inneren Feind", der das gesellschaftliche Ganze wie das reine „Selbst" bedroht. „Selbst-Definition" wird zum „Selbst-Erhalt", auch um den Preis verschärfter innerer Sicherheit und Selbst-Kontrolle.

Erika Feyerabend *ist Redakteurin bei Fantômas und lebt in Essen.*



Literatur:

Martin Dinges 2004: Bedrohliche Fremdkörper in der Medizingeschichte. In: Ruth Mayer/Brigitte Weingart (Hg) Virus! Mutation einer Metapher, Bielefeld.

Donna Haraway 1995: Die Biopolitik postmoderner Körper. In: Haraway: Die Neuerfindung der Natur, Frankfurt/New York.

Emily Martin 1994: Flexible Bodies. Tracking Immunity in American Cultur – Form the Days of Polio to the Age of AIDS, Boston 1994.

Philipp Sarasin 2004: Anthrax. Bioterror als Phantasma, Frankfurt/M.

–2004b: „Anthrax" als Medienvirus. In: Ruth Mayer/Brigitte Weingart (Hg). Virus! Mutation einer Metapher, Bielefeld.

Lothar Schäfer und Thomas Schnelle: Ludwik Fleck. Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache, Frankfurt/M 1993.

Slavoj Zizek 2001: Willkommen in der Wüste des Realen. In: Die Zeit Nr. 39.

Es muss ein anderes Zeitalter gewesen sein

Von der Gesundheitskarte zur Kontrolle der Lebensstile

Ein Interview mit Wolfgang Linder

Vor einem Vierteljahrhundert scheiterte die Volkszählung. Individuelle Weigerung und politische Proteste trockneten die Datenströme für staatliche Bürokratien aus. Heute steht das weltgrößte Datenprojekt vor der Tür: Die elektronische Gesundheitskarte. Auf lange Sicht werden die medizinischen und lebensstilbezogenen Daten aller gesetzlich Krankenversicherten gespeichert und für gesundheitspolitische Planungen zugänglich, befürchtet Wolfgang Linder.

Fantômas: *Die elektronische Gesundheitskarte soll 2007 die Krankenversichertenkarte ersetzen. Was ist das Problem dabei?*

Wolfgang Linder: Das Problem liegt weniger in der Karte als solcher. Sie behält die Funktionen der Krankenversichertenkarte, wird um ein Foto des Inhabers ergänzt und soll EU-weit den Zugang zu Gesundheitsleistungen ermöglichen. Zusätzlich werden die ärztlichen Verschreibungen elektronisch gespeichert. Die Apotheker/innen bekommen das Rezept nicht mehr im Papier-Format, sondern können es über die Chipkarte einlesen. All das schreibt das Gesundheitsmodernisierungsgesetz von 2003 vor und ist eher unbedenklich. Geplant ist aber folgendes: Die Arzneimitteldokumentationen und Krankengeschichten der einzelnen Patienten sollen nicht etwa beim behandelnden Arzt oder Krankenhaus verbleiben. Es wird eine immense technische Infrastruktur aufgebaut, die weder gesetzlich vorgeschrieben noch für den Einzelnen transparent ist. Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte wird vielmehr zum Anlass genommen, die Gesundheitsdaten aller gesetzlichen Krankenversicherten zusätzlich auf zentralen Servern zu speichern.

Wer soll denn Zugriff auf diese sensiblen Daten bekommen?

Nach geltender Gesetzeslage dürfen nur Angehörige von Heilberufen Zugriff auf die zentral gespeicherten Gesundheitsdaten erhalten. Krankenkassen, Forschungsinstituten und der Werbeindustrie ist das – jedenfalls für personenbezogene Daten – verboten. Dennoch bleiben Fragezeichen. Die Daten sollen außerhalb des durch das ärztliche Berufsgeheimnis geschützten Bereichs gespeichert werden – und zwar zentral und in elektronischer, also in besonders leicht und umfassend auswertbarer Form, zum Schutz vor Unbefugten – dies wird jedenfalls versichert – pseudonymisiert und verschlüsselt. Nach meiner Erfahrung als Datenschützer kann es gut und gerne in den nächsten Jahren Versuche geben, diesen Schutz aufzuheben und die personenbezogenen Daten weit zugänglicher zu machen als bisher gesetzlich vorgesehen.

Im Gesundheitswesen geht es in der Regel um Kosteneinsparung. Ist das ein Motiv?

Begründet wird die Einführung der Gesundheitskarte meist mit Kosteneinsparungen ohne eingeschränkte Behandlungsqualität und eine verbesserte Kommunikation zwischen Patient/in und Heilberufler/in. Daran könnten alle interessiert sein, auch die Kranken. Gegen die Weiterentwicklung der Karte selbst und gegen das elektronische Rezept lässt sich wohl wenig einwenden. Das ließe sich aber auch ohne zentrale Speicherung der Gesundheitsdaten erreichen. Es gibt sogar ein rechtliches Modell dafür: das Bremische Krankenhausdatenschutzgesetz aus dem Jahr 2003. Heilberuflerinnen könnten, legitimiert vom Patienten, über die Karte gespeicherte Daten bei einem anderen Therapeuten abrufen. Dazu bedarf es keiner zentralen Erfassung. Die Daten-

schutzbeauftragten von Bund und Ländern haben sie übrigens in der Vergangenheit wiederholt abgelehnt.

Ein weiteres dominierendes Motiv ist die Aussicht auf Markterweiterung. Wer hat hier ökonomische Interessen?

Dieser überschießende Teil des Kartenprojekts lässt begründet vermuten, dass die Hauptinteressen in der Industriepolitik der Bundesregierung und in den Interessen der beteiligten Informatikindustrie liegen. Alle Großen sind hier vertreten: Siemens, T-Systems, SAP, IBM etc. Die Konzerne wollen mithilfe hoher Subventionen risikofrei die Technologie entwickeln, auf Kosten der Beitragszahler an die deutsche gesetzliche Krankenversicherung verkaufen und dann weltweit exportieren. Die Krankenkassen erhoffen sich auf die Dauer Einsparungen, auch wenn sie zunächst investieren müssen. Die Heilberufler als Berufsgruppe haben eigentlich keine wirtschaftlichen oder beruflichen Interessen daran. Es sei denn, Einzelne von ihnen beteiligen sich zusammen mit Vertretern von Industrie und Gesundheitsbürokratie an dem langfristigen Projekt. Man trifft sich fortlaufend in angenehmen Tagungshotels zu Arbeitsgruppen, zu Workshops, Foren und Symposien. Und alle sind ungemein wichtig, jedenfalls beteuern sie dies einander unentwegt. Und alles kostet.

Was kostet das ganze Projekt?

Bislang ist die Rede von 1,4 Milliarden Euro. Das ist aber nur als eine Anschubfinanzierung für die elektronische Gesundheitskarte selbst einschließlich des elektronischen Rezepts zu verstehen. Werden die zentrale Arzneimitteldokumentation und die elektronische Patientenakte mit der Speicherung der Gesundheitsdaten auf zentralen Servern einkalkuliert, sind schon 4 Milliarden Euro im Gespräch. Bei den Krankenkassen ist schon die Rede davon, womöglich deshalb die Beiträge erhöhen zu müssen.

Was wird denn in absehbarer Zukunft verpflichtend an Daten gespeichert?

Das Projekt ist differenziert gestrickt. Während der bereits angelaufenen Testphase werden in ausgewählten Regionen Krankenkassen die neuen Karten an ihre Versicherten ausgeben, die diese beim Besuch eines Arztes oder bei der Einlösung einer von ihm ausgestellten Verschreibung nutzen können. Krankenkassen, Ärzte, Apotheken und Versicherte können teilnehmen, müssen es aber nicht. Nach den Testläufen soll die Karte ab 2007 obligatorisch und flächendeckend eingeführt werden. Dann sollen Verschreibungen nur noch im elektronischen Verfahren mit Hilfe der Karte eingelöst werden können. Ich habe den Eindruck, dass die Rezeptdaten sowohl auf den Karten als auch auf Servern gespeichert werden sollen. Warum doppelt und wie lange, ist für mich eine offene Frage.

Und was ist mit den medizinischen Daten der Versicherten?

Später sollen Notfalldokumentation sowie Arzneimitteldokumentation, Arztbrief und Patientenakte eingebaut werden. Nur die Notfalldokumentation soll auf der Karte selbst, die anderen Daten sollen auf zentralen Servern gespeichert werden. Der Versicherte soll durch seine Karte den Zugriff auf die zentral gespeicherten Daten eröffnen, zusätzlich werden die Heilberufler eigene Karten benötigen. All diese Funktionen sollen – so ist die Gesetzeslage – der freien Entscheidung der Patienten unterliegen. Sie sollen darüber bestimmen, ob sie die einzelnen Anwendungen wollen oder nicht, welche Daten gespeichert werden und wer auf welche Daten zugreifen kann. Es ist allerdings umstritten, ob all dies praktikabel, wie es technisch durchführbar und wie teuer es ist. Das Projekt in seiner ganzen Dimension ist auf die zentrale Datenerfassung ausgerichtet. Nur deshalb muss diese aufwendige Infrastruktur aufgebaut werden.

Bleiben wir mal in der Jetzt-Zeit. Wo landet das elektronische Rezept eigentlich?

Es darf zunächst nur an Apotheker gelangen. Von dort geht das Rezept zwecks Abrechnung zur Krankenkasse. Dies ist schon jetzt so. Bislang reicht die Apotheke das Papierrezept einem Rechenzentrum ein, wo es eingescannt oder notfalls ausgelesen und per Hand eingegeben und dann elektronisch an die angegebene Krankenkasse übermittelt wird. Das elektronische Rezept soll nur den Medienbruch zwischen Papierform und elektronischem Verfahren überflüssig machen. Das Projekt „Gesundheitskarte" scheint also harmlos und für jeden einsichtig zu sein. Und genau so wird es auch den Bürgerinnen und Bürgern verkauft, die über die Weiterungen, insbesondere über die zentrale Speicherung ihrer Gesundheitsdaten, nicht informiert werden.

Welche Überwachungen drohen, sollte das Projekt einmal in Gänze umgesetzt sein?

Kontrolle hat verschiedene Ebenen. Es gibt bereits jetzt eine reine Abrechnungskontrolle und eine Wirtschaftlichkeitskontrolle. Zunehmend wird auch die Qualität medizinischer Leistungen durch die Krankenkassen überprüft. Hier wird es schon kritisch. Vorstellbar ist auch eine Kontrolle von Lebensstil und Gesundheitsverhalten der Versicherten. Im Rahmen der „Disease-Management-Programme" für chronisch Kranke und daher besonders kostenintensive Versicherte wie z.B. Herz-, Kreislauf- und Diabetespatienten geht es bereits in diese Richtung. Prompt werden hier schon jetzt im großen Umfang Krankengeschichten auf zentralen Servern außerhalb der Krankenhäuser und Arztpraxen erfasst und zu Kontrollzwecken durch die Kassen ausgewertet. Die Gesundheitskarte soll am Anfang der zentralen Erfassung der Krankheitsgeschichten aller Versicherten stehen. Nach derzeitiger Rechtslage bleibt es den Versicherten vor-

behalten, zu entscheiden, ob und in welchem Umfang die Daten gespeichert werden. Bislang sollen auch nur Heilberufler zu Behandlungszwecken patientenbezogene Daten einsehen können. Alle Anderen dürften allenfalls auf anonymisierte Daten zugreifen. Deshalb sollen die zentral erfassten Daten pseudonymisiert werden.

Auch die pseudonymisierten Daten können Risikoprofile schaffen, die als Instrument für Auswertungen dienen oder teurere Versicherungsbedingungen begründen.

Das trifft zu. Aus dem Datenbestand können Schlussfolgerungen gezogen werden, die sich für den einzelnen erfassten Versicherten negativ auswirken. Zudem kann das Pseudonym wieder aufgehoben werden, sodass die Daten auf ihn bezogen ausgewertet werden können. Die Frage ist, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen dies geschehen darf. In jedem Falle werden derzeit die technischen Voraussetzungen für Auswertungen aller Art durch vielfältige Interessenten vorbereitet, ohne dass dies öffentlich in Frage gestellt wird. In Zukunft bedarf es dann nur noch der Freigabe durch den Gesetzgeber. Wie oft hat dieser in der jüngsten Vergangenheit in der Sozialversicherung neue Datenaustausche und -auswertungen erlaubt! Seit den Protesten gegen die Volkszählung und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das Volkszählungsgesetz ist ein Vierteljahrhundert vergangen; es muss ein anderes Zeitalter gewesen sein. Dabei ging es seinerzeit nicht einmal um besonders sensible Gesundheitsdaten. Sind die erst einmal zentral erfasst, so könnte nach der nächsten oder übernächsten "Gesundheitsreform" zwecks Kostensenkung die Überprüfung des Lebensstils der Versicherten bis hin zur Sanktionierung als ungesund bezeichneter Verhaltensweisen realisiert werden. Schon jetzt wird die Standardisierung ärztlicher Behandlungen vorangetrieben. Als nächstes stünde dann die Standardisierung der Lebensstile auf der Tagesordnung. Würde dies nicht zur Gängelung durch eine anonyme und womöglich interessengeleitete Gesundheitsbürokratie führen?

Sind nur die Krankenkassen im Kontrollfeld positioniert?

Die zentralen Server müssen nicht zwingend durch die Kassen oder in deren Regie betrieben werden. Das Recht der EU scheint von verantwortlichen Stellen dahin ausgelegt zu werden, dass eine solche Dienstleistung EU-weit auszuschreiben ist und damit auch gewerbliche Unternehmen diese Server betreiben dürfen, voraussichtlich sogar betreiben werden. Das würde ganz neuartige Kontrollinstrumente und -verfahren gegenüber solchen Firmen erfordern, die ja über höchst sensible und ökonomisch wertvolle Information verfügen würden.

Bei der Datensammelei soll Freiheit herrschen. Wird das die Versicherten nicht restlos überfordern? Wird es überhaupt praktikabel sein?

Es besteht schon aufgrund des einseitigen Kräfteverhältnisses zwischen Krankenkassen und Ärzten einerseits und den Versicherten andererseits die Gefahr, dass diese zu freien Entscheidungen über den Umgang mit ihren eigenen Gesundheitsdaten gar nicht in der Lage sein werden. Sie erscheinen ja weniger als freie Bürger, sondern als leidende und hilfesuchende Patienten in der Arztpraxis und haben zu diesem Zeitpunkt drängendere Probleme als die Frage, ob und wie sie die ihnen gesetzlich eingeräumte „Freiheitssphäre" nutzen wollen. Die bisherige Informationspraxis lässt Schlimmes befürchten: Krankenkassen und Gesundheitspolitik thematisieren öffentlich nur die Karte selbst einschließlich des elektronischen Rezepts, nicht aber die zentrale Datenerfassung. Folglich erfahren auch die Patienten nichts von ihren dagegen gerichteten Rechten. Zudem stellt sich die Frage, ob sich der ganze Aufwand für Kassen und Ärzte lohnt, wenn viele Patienten sich verweigern. Denn: Was soll eine Patientenakte, die unvollständig ist? Und was sollen Auswertungen von Datenbeständen, in denen viele Versicherte gar nicht erfasst sind?

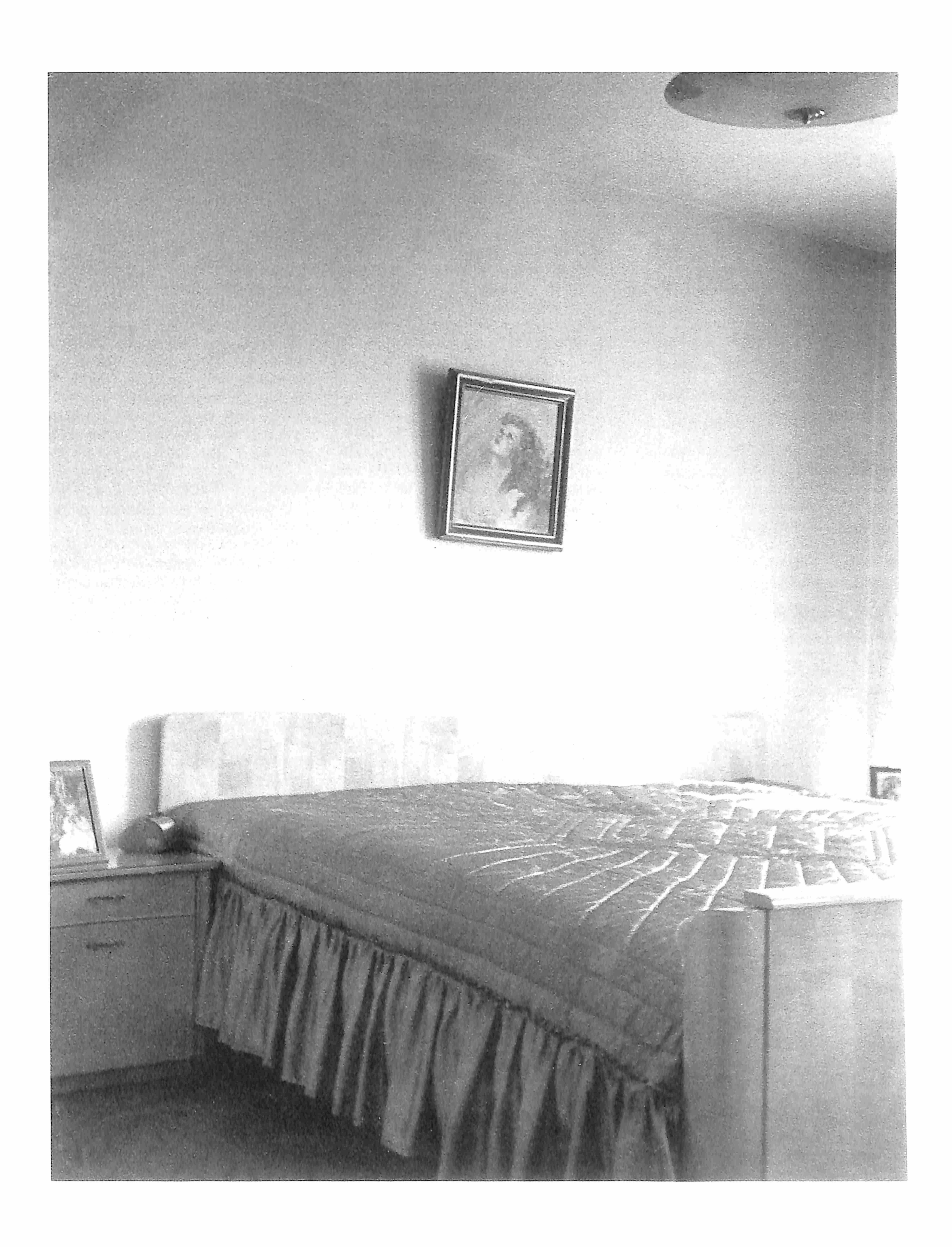
Entweder das System funktioniert, weil alle freiwillig gehorchen oder die vollständige Datenabgabe wird zur Norm.

Ja, es ist aber auch möglich, dass das Projekt elektronische Gesundheitskarte in seinem Gesamtumfang nicht realisiert wird, weil es zu teuer ist, weil technische Hindernisse auftauchen oder weil sich die beteiligten Interessengruppen nicht einigen. Ich befürchte aber, dass sie sich jedenfalls einigen, massiv von der Politik zu fordern, die hinderlichen Rechte der Patienten abzubauen.

Gibt es noch Einflussmöglichkeiten?

Einzelne Gruppen wie Patientenstellen, Bürgerrechtsinitiativen, Verbraucher- und Datenschützer machen sich darüber Gedanken. Voraussetzung ist jedenfalls, dem einseitigen Informations- und Akzeptanzmanagement von Politik und Betreibern eine kritische öffentliche Diskussion gegenüber zu stellen und über die Dimensionen dieses weltgrößten Erfassungsprojektes vollständig zu informieren.

***Wolfgang Linder** war bis 2004 Referent für Gesundheits- und Sozialdatenschutz beim Landesbeauftragten für den Datenschutz Bremen. Das Gespräch führte Erika Feyerabend.*



Neoliberale Sicherheiten, neoliberale Qualitäten

Die Neuausrichtung der Sozialen Arbeit

Von Cora Herrmann

„Es geht darum, die Unternehmensformen [...] zu verallgemeinern, indem man sie so weit wie möglich verbreitet und vervielfacht. Es ist diese Vervielfachung der Unternehmensform innerhalb des Gesellschaftskörpers, die, glaube ich, den Einsatz der neoliberalen Politik darstellt. Es geht darum, aus dem Markt, dem Wettbewerb und folglich dem Unternehmen etwas zu machen, das man die uniformierende Kraft der Gesellschaft nennen könnte." (Foucault 2004b, S. 210) Cora Herrman zeigt, wie diese "uniformierende Kraft" Sicherheit, Qualitätskontrollen und Sozialarbeit verbindet – und letztere dabei grundlegend neu strukturiert.

Im Übergang vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat, von der Versicherungsgesellschaft zur Unternehmergesellschaft setzen sich neoliberale Steuerungsstrategien und damit auch neoliberale Konzeptionen von „Risiko" gesamtgesellschaftlich immer mehr durch. Das wohlfahrtsstaatliche Konzept der „Versicherungsgesellschaft" ist längst in die Krise geraten. Wurden in der Versicherungsgesellschaft Risiken noch als soziale Risiken gefasst und fielen damit in den Verantwortungsbereich des Staates, setzt die am Unternehmen ausgerichtete Gesellschaft auf eine „Ökonomisierung des Sozialen"– was bedeutet, dass in dieser Konzeption von Gesellschaft das Soziale und das Ökonomische ineinander aufgehen. Das hat insbesondere in dem Bereich, der lange als eine Art Kernstück des Sozialen galt, drastische Konsequenzen: im Bereich der Sozialen Arbeit.

Ökonomisierung des Sozialen heißt: Kosten-Nutzen-Rechnungen und Marktkriterien werden auf Entscheidungsprozesse ausgedehnt, die bis dato als nicht ökonomisch regierbar galten. In diesem Zusammenhang wird nicht zuletzt auch „Sicherheit" neu definiert und Sicherheitspolitiken umcodiert: Regierungstechnologien sollen es jetzt ermöglichen, Menschen zu führen, ohne staatlicherseits Verantwortung für ihr Schicksal übernehmen zu müssen. Der Kritik am Sozialstaat wird spiegelbildlich dazu mit dem „Angebot" begegnet, private Verantwortung auch in solchen Bereichen zu übernehmen, die vormals in den Verantwortungsbereich des Staates fielen. Das Beteiligungsangebot schließt dabei allerdings den Zwang zur Verantwortungsübernahme für die Konsequenzen der Beteiligung auch im Falle des eigenen Scheiterns ein. Kurz: Aus ehemals gesellschaftlicher Verantwortung wird die Bürgerpflicht zur Selbstregulierung (vgl. Foucault 2004a, 2004b).

Im Rahmen dieser Verschiebung wird Soziale Arbeit mit der Aufgabe konfrontiert, die Qualität ihrer Angebote überprüfund kontrollierbar zu machen. Sie steht vor der Herausforderung, ebenso wie die Wirksamkeit auch die „Wirtschaftlichkeit" ihrer Angebote nachzuweisen. Die Rede von Qualitätssicherung und -entwicklung, von KundInnen, Produkten, Controlling, Ressourcensteuerung und Dienstleistungen etc. ist erst einige Jahre alt – und doch auch aus diesem Bereich nicht mehr wegzudenken.

Wettbewerbsfähig statt gemeinnützig

Die veränderte Notwendigkeit zur Legitimation Sozialer Arbeit materialisiert sich in den so genannten „Neuen Steuerungsmodellen" (1) und den Paragraphen zur Regelung der Finanzierungsmodalitäten im Achten und Zwölften Sozialgesetzbuch.(2) Zentrale Elemente der „Neuen Steuerungsmodelle" (NSM), die sich als Antwort auf die Krise der öffentlichen Verwaltung lesen lassen, sind Marktorientierung, Ergebnissteuerung und Kosten-Leistungs-Transparenz. Es geht um die so genannte „outputorientierte" Steuerung von Leistungen. Das heißt: Organisationen sollen von den beabsichtigten Resultaten, dem „Output", her gesteuert werden. BürgerInnen werden zu KundInnen und ihre unterstellten Interessen sowie die erbrachte „Leistungsqualität" zum zentralen Maßstab im Wettbewerb um zu vereinbarende Preise. „Qualität" meint in diesem Kontext also vor allem das, was unterm Strich aus dem Leistungsvergleich unterschiedlicher Organisationen und ihrer Einheiten sowie bei der Bilanz der Kosten-Leistungs-Relationen rauskommt.

Gleichzeitig führt die Änderung des Sozialgesetzbuches ein neues Finanzierungs-

system zwischen den Kostenträgern und den Sozial- und Jugendhilfeträgern ein: Das bis dato gültige Selbstkostendeckungsprinzip wird aufgehoben; stattdessen müssen soziale Einrichtungen jetzt „Vereinbarungen" mit Kostenträgern abschließen. Gegenstand der Vereinbarungen sind dabei die Leistungen, die Preise sowie die Verfahren zur Entwicklung und Prüfung von Qualität. Damit orientiert sich die Mittelvergabe nicht mehr an den tatsächlich anfallenden Kosten Sozialer Arbeit, sondern an im Voraus festgelegten Qualitäts- bzw. Wirtschaftlichkeitskriterien, an denen dann die Leistungen zu überprüfen sind. Die Folge: Der Qualitätsnachweis wird zu einem zentralen Wettbewerbsfaktor zwischen sozialen Einrichtungen. Dazu passt, dass privat-gewerbliche und privat-gemeinnützige Träger gleichgestellt, gleichrangige „Wettbewerbsteilnehmer" werden. Die ehemals gültige Vorrangigkeit der gemeinnützigen Träger ist damit aufgehoben.

Nicht zufällig ändert sich in diesem Rahmen auch die Konzeption derjenigen, die die Angebote Sozialer Arbeit nutzen sollen: Die Gesetzesnovellierung zielt einerseits auf eine Kostenentlastung der öffentlichen Haushalte und soll andererseits nicht weniger als die Transformation von „Almosenempfängern [...] [zu] autonomen Marktteilnehmer[n]" (Münder 1996, S. 33) ermöglichen.

Was überhaupt als „Qualität" in der Sozialen Arbeit gilt, wird dabei neu bestimmt: Bis zu den 1990er Jahren galt als Maßstab für Qualität die Orientierung an fachlichen Handlungsprinzipien, an Erkenntnissen aus den Bezugswissenschaften Psychologie und Pädagogik sowie an den Bedürfnissen der NutzerInnen. Diskussionen um das Vorhandensein und um den Verbesserungsbedarf von Qualität wurden unter dem Stichwort „fachliche Standards" geführt. Diese Standards galten als Richtschnur für die Bewertung struktureller Rahmenbedingungen, wie etwa die finanzielle Ausstattung von Einrichtungen. Das Verhältnis zwischen den zur Verfügung gestellten Ressourcen und den erbrachten Leistungen wurde seitens der Einrichtungen in Jahresberichten dokumentiert. Einer systematisierten Überprüfung und gezielten Beeinflussung der Wirkung der Arbeit stand Soziale Arbeit jedoch zumeist skeptisch gegenüber. Begründet wurde diese Zurückhaltung mit der Unmöglichkeit, im komplexen Feld der sozialen Hilfen eindeutige Ursache-Wirkungs-Beziehungen nachweisen zu können. Zur Reflexion und Verbesserung von Arbeitsprozessen und -ergebnissen kamen deshalb vor allem Verfahren wie Fallbesprechungen, Supervisionen, Fort- und Weiterbildungen zum Einsatz. Begleitforschungen wurden lediglich für wenige Projekte, in der Regel mit Modellcharakter, bewilligt. Von „Außen" war Soziale Arbeit üblicherweise also nicht mit Kontrollmaßnahmen konfrontiert. Sie galt aufgrund des offensichtlichen Bedarfs nach ihren Leistungen und aufgrund der unterstellten achtenswerten Motive von SozialarbeiterInnen als sowieso qualitativ gut.

Qualität ist Quantität ist Qualität ist ...

In dem Maße jedoch, in dem Qualität ökonomisch bewertet wird, verschiebt sich die Aufmerksamkeit von „fachlichen Standards" hin zu Effektivität und Effizienz – und die werden vorrangig quantitativ bestimmt. Gefragt wird beispielsweise nach der Zahl der NutzerInnenkontakte, nach der Zahl der bearbeiteten Fälle, der geführten Telefonate etc. Als „gut" gelten dann vor allem solche Angebote die viele Menschen „ziehen". In Hamburg erhalten bspw. Träger der Offenen Jugendarbeit, die regelmäßig Sportgruppen und Diskoabende veranstalten eher einen Zuschlag bei der öffentlichen Mittelvergabe, als jene, die auf die Bedeutung eines regelmäßigen Austausches mit und unter den Jugendlichen setzten. Gezählt wird wie viele Jugendliche in ein Jugendtreff kommen, nicht ob sie über ihren Stress in der Schule reden können.

Michael Lindenberg (2004) spricht in diesem Zusammenhang von einer bevorstehenden „Trivialisierung der Beziehungen". Mit dem Qualitätsdiskurs werden öffentliche Geldgeber ebenso wie NutzerInnen kurzerhand zu KundInnen erklärt. Soziale Einrichtungen werden zu Dienstleistungsunternehmen, deren Aufgabe im Liefern von Leistungen und Produkten an ihre doppelte Kundschaft – Geldgeber und NutzerInnen – besteht. Die vormals von Staat und sozialen Einrichtungen geteilte Verantwortung für professionelle Arbeit und finanzielle Ressourcen wird nunmehr praktisch ganz den Einrichtungen aufgebürdet.

In diesem Kontext verändern sich auch die Anforderungs- und Leistungsprofile, die an die ArbeitnehmerInnen im Bereich Sozialer Arbeit angelegt werden, ebenso wie deren Arbeitsbedingungen. Ein tarifpolitisches Gefälle zwischen öffentlichen Trägern, freien Trägern und nun zugelassenen privatwirtschaftlichen Anbietern droht sich zu entwickeln. Die Polarisierung zwischen „professionellen" und „einfachen" Tätigkeiten, eine zunehmende Professionalisierung und parallele Ausweitung des Niedriglohnsektors nimmt zu. Die hohe Zahl fachfremder, aber auch fachlich qualifizierter Ein-Euro-JobberInnen sei hier als Beispiel angeführt.

Gefährliche Subjekte: auf die Straße oder ins Heim

Und nicht zuletzt hat die beschriebene Verschiebung von „Verantwortung" zu „Qualität" einschneidende Konsequenzen für die NutzerInnen Sozialer Arbeit. PraktikerInnen aus Jugendwohngruppen berichten von (bisher noch) Einzelfällen, in denen Hilfen beendet wurden, mit dem Verweis darauf, dass Jugendliche „nichts machen, nichts wollen" – das heißt, genauer gesagt: ihrer Pflicht zur Beteiligung nicht nachkamen. Die Folge dieser veränderten Sicht auf die NutzerInnen: Sie werden ohne Perspektive auf die Straße ent- und sich selbst überlassen. Eine Praxis, die bis dato undenkbar war. In dem Maße jedoch, in dem – in diesem Fall – Jugendliche im Kontext Sozialer Arbeit als selbstverantwortlich autonome Subjekte bzw. als „KundInnen" verstanden werden, werden solche „Entlassungen" sich häufen.

Die Wiedereinführung der Geschlossenen Unterbringung (GU) in Hamburg im Jahre 2002 fast zeitgleich mit der Verpflichtung für Soziale Einrichtungen, Qualitätsvereinbarungen abzuschließen, liest sich vor diesem Hintergrund mitnichten als Zufall. Mit der GU wurde eine nicht nur in Fachkreise äußerst umstrittene Institutionsform (re-)installiert. Erst in den 1980er Jahren waren geschlossene Heime in Hamburg abgeschafft worden – seinerzeit unter dem Motto "Menschen statt Mauern". Konzipiert ist die GU für minderjährige, noch nicht strafmündige Jugendliche, die als delinquent eingestuft werden.



Eine Einweisung in die GU erfolgt durch das Familiengericht. In den letzten Jahren waren in Hamburg im Jahr durchschnittlich zehn Jugendliche im Alter zwischen zwölf und sechzehn dort untergebracht. Die zweite Bürgermeisterin von Hamburg, die Senatorin Birgit Schnieber-Jastram bringt es auf den Punkt wenn sie sagt: „Die Kinder und Jugendlichen werden durch die Geschlossene Unterbringung vor sich selbst und die Bürger vor ihren Taten geschützt." Wer in der GU untergebracht ist, scheint seinen BürgerInnenstatus verloren zu haben. Da Bürgerstatus und Bürgerpflicht zentrale Punkte im Qualitätsdiskurs sind, ist zu fragen, ob die Geschlossene Unterbringung damit nicht vor allem auf jene Jugendliche zielt, die nicht in der Lage oder Willens sind, eben dieser Bürgerpflicht nachzukommen. (3) Dies wäre zu deuten als Verlagerung des Risikos in die BürgerInnen, die – im günstigsten Fall – „KundInnen" werden und kompetent ihre eigenen Risiken managen, im ungünstigeren Fall aber zu „Gefahren" werden, die „abgewehrt" werden müssen.

***Cora Herrmann** lebt in Hamburg und forscht u.a. zum Qualitätsdiskurs in der Sozialen Arbeit.*

Anmerkungen:
1) KGSt: 1993, 1994, 1995, 1996, 1998. Das Kürzel KGSt steht für „Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung", ein Verein in der Trägerschaft von Städten und Landkreisen.
2) Die Paragraphen (77/ 78a-g SGB VIII und 75-81 SGB XII) gelten in der jetzigen Form seit dem 1.1.1999 bzw. 1.1.2005.
3) Informationen des Aktionsbündnisses gegen die Geschlossene Unterbringung in Hamburg sind zu finden unter: http://www.geschlossene- unterbringung.de/

Literatur:

Foucault, Michel 2004a: Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik, Frankfurt am Main.
–2004b: Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Frankfurt am Main.
Lindenberg,Michael 2004: Sozialstaat und Sozialbudget am Beispiel des Jugendhilfebudgets, Unveröffentlichtes Manuskript.
Münder, Johannes 1996: Rechtliche Vorgaben für die Erarbeitung von Qualitätsstandards bei Sozialleistungen. In: Hamburgische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V. (Hg.), Qualitätssicherung in der ambulanten Suchtkrankenhilfe, Geesthacht.
Schnieber-Jastram, Birgit 2004: Presseerklärung der Behörde für Soziales und Familie am 07.01.2004, Hamburg.



Ordnung im städtischen Raum

Obdachlosenvertreibung und Verhinderung politischen Protests in US-Städten

Von Bernd Belina

Der Kontrolle des städtischen Raumes kommt in den polizeilichen Sicherheitsstrategien eine entscheidende Rolle zu. In der neoliberalen Stadtpolitik wird die Freizügigkeit im vermeintlich „öffentlichen Raum" zunehmend von oben eingeschränkt und auf spezielle Zielgruppen zugerichtet. Mögliche Abweichler und Störer werden in für sie vorgesehene Viertel abgeschoben und zunehmend kriminalisiert. Über neuere Tendenzen in den USA berichtet Bernd Belina.

In der kapitalistisch und demokratisch geordneten Stadt gilt zunächst, dass die Freizügigkeit der Individuen gewährleistet ist. *Ad abstractum* kann jedeR überall hingehen, solange dem nicht das Privateigentum anderer an Grund und Boden entgegensteht. Die vermeintlich allgemein zugänglichen Räume firmieren in Alltag, Wissenschaft und Politik unter dem Titel „öffentlicher Raum". Dabei wird üblicherweise so getan, als sei ein Raum aufgrund bestimmter Eigenschaften, die er aufweist, mehr oder weniger „öffentlich" (was dann identisch mit „gut" gesetzt wird). Bei näherer Betrachtung ist es mit der freien Zugänglichkeit für alle *in concreto* allerdings nicht allzu weit her: „Der öffentliche Raum als jederzeit für jedermann zugänglicher Raum hat noch nie in irgendeiner Stadt existiert." (1) Deshalb werden vor allem von WissenschaftlerInnen alle möglichen Zwischenformen der Dichotomie privat/öffentlich zur Bestimmung städtischer Räume eingeführt. Dieses Unterfangen ist von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Denn im emphatischen Sinne ist „Öffentlichkeit", der „freie Zugang für alle", ganz dichotom: entweder, dieser wird eingelöst, oder eben nicht. Das hat Habermas überzeugend herausgearbeitet: „Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit". (2) Weiterhin zeigt er aber auch, dass dieser Anspruch zwar *ad abstractum* in dieser Absolutheit formuliert werden muss, dass er in der Sphäre der bürgerlichen Öffentlichkeit *in concreto* aber ebenfalls nie verwirklicht war oder sein kann. Im Sinne eines Anspruchs auf Inklusion stellt „Öffentlichkeit" also keine angemessene Beschreibung der sozialen Wirklichkeit dar, sondern gibt lediglich die Gleichheitsideologie der Bourgeoisie wieder, die hinter der normativen Überhöhung der abstrakten Egalität die konkreten Macht- und Reichtumsunterschiede verschwinden lassen will.

Die Mär vom „öffentlichen Raum"

Damit soll nicht gesagt werden, dass es verschiedene Öffentlichkeiten als Sphären des Sagbaren und der diskursiven Kämpfe nicht gibt – im Gegenteil wird in ihnen neben vielem anderen auch der Zugang zu städtischen Räumen ausgefochten. Diese Öffentlichkeiten basieren aber nicht, wie die für den „öffentlichen Raum" unterstellte, auf dem absoluten Maßstab des freien Zugangs für alle. Sich auf dieses Gleichheitsversprechen positiv zu berufen bedeutet deshalb, von gesellschaftlichen Kämpfen gerade abzusehen und damit der Ideologieproduktion auf den Leim zu gehen. Habermas selbst hält trotzdem am Ideal des freien Zugangs für alle fest, allerdings nicht als Bestimmung sozialer Realität, sondern als Ideal, das strategisch im Dienst emanzipatorischer Politik in Anschlag gebracht werden kann. Die Widersprüchlichkeiten dieser Position auf strategischer Ebene sind hier nicht weiter von Interesse; die Folgerung auf theoretischer Ebene aber sehr wohl. Übertragen auf die Stadt lautet sie: „Öffentlichkeit" ist keine *Eigenschaft* von Räumen, sondern ein strategisch eingesetztes, normatives Ideal, das interessensgeleitet *zugeschrieben* wird.

Aus der vermeintlich „öffentlichen" Natur eines Raums leitet sich deshalb auch kein Rechtsanspruch bezüglich seiner Regulierung oder dergleichen ab, wie er quer durch das politische Spektrum häufig formuliert wird. Anstatt als Linke also etwa zu behaupten, dass auch Randgruppen oder politische Demonstrationen in der Stadt geduldet werden müssten, *weil* es sich um öffentliche Räume handelt, gilt es – viel konkreter – schlicht zu fordern, dass die Randgruppen nicht vertrieben werden sollen, weil man das politisch für nicht richtig hält. Bestenfalls kann der „öffentliche Raum" im o.g. Sinn strategisch angerufen werden, wenn es für die eigenen Ziele erfolgversprechend erscheint. Denn die Regulierung des Zugangs zu städtischen Räumen wird – „öffentlich" hin oder her – in gesellschaftlichen Auseinandersetzun-

gen ausgefochten und schlussendlich vom (lokalen) Staat polizeilich betrieben.

Zwei Bereiche, in denen als Folge „von oben" angezettelter Kämpfe in der jüngeren Vergangenheit eine deutliche Einschränkung der Freizügigkeit durch staatliche Regulierung und polizeiliche Praxis zu verzeichnen ist, will ich im Folgenden anhand aktueller Entwicklungen in den USA diskutieren: die Vertreibung von Obdachlosen aus den Innenstädten und die Verhinderung politischen Protests in eben diesen. Im Mittelpunkt steht dabei die Polizei.

Policing the Dangerous Classes

Als Folge der Neoliberalisierung der US-amerikanischen Politik seit den 1980er Jahren haben sich Anzahl und Sichtbarkeit des „toten Gewichts der industriellen Reservearmee", also von Leuten, die bis auf Weiteres nicht mehr gebraucht und wegen politischer Harmlosigkeit nurmehr verwaltet und nicht mehr befriedet werden, deutlich vergrößert. Der staatliche Umgang mit ihnen erfolgt im kapitalistischen Staat – flankiert durch legitimierende Ideologieproduktion und abgesichert durch blanke polizeiliche Gewalt – durch sich ergänzende Maßnahmen der Sozial- und Kriminalpolitik. Dabei hat sich seit den 1980ern der Schwerpunkt deutlich in Richtung letzterer verlagert. Auf rechtlicher Ebene hatte sich die Lage Obdachloser zuvor, in den 1960er und 1970er Jahren, zwischenzeitig verbessert, v.a. wegen einiger Urteile des Supreme Court. In dem im Prinzip noch immer gültigen Urteil *Papachristou v. City of Jacksonville* von 1972 – dort ging es um die Verfassungsmäßigkeit eines lokalen Gesetzes gegen Stadtstreicherei – stellt dieser fest: „Die Vermutung, dass Leute, die herumgehen oder faulenzen oder herumstehen oder Etablissements frequentieren, in denen Alkohol ausgeschenkt wird, oder die vom Geld ihrer Ehefrauen leben oder die der Polizei verdächtig erscheinen in Zukunft Kriminelle werden, ist für rechtsstaatliche Prinzipien zu unsicher." (3)

Als Folge dieses und ähnlicher Urteile mussten lokale und einzelstaatliche Gesetze, die das schlichte Herumstehen (*loitering*) oder explizit eine Lebenslage (*status*) wie Obdachlosigkeit kriminalisieren, aufgehoben werden. Stattdessen werden seitdem Gesetze erlassen, die sich spezieller gegen Personen richten, die zu einem inkriminierten Zweck herumstehen. Diese Zwecke sind stets solche, die nur von bestimmten (Rand-)Gruppen verfolgt werden bzw. gegen diese besonders leicht als Vorwand der Vertreibung herangezogen werden können: Lagern, Urinieren in der Öffentlichkeit oder Betteln etwa. Um die praktische Durchsetzung solcher Gesetze gegen Obdachlose zu dokumentieren, führt das National Law Center on Homelessness & Poverty in regelmäßigen Abständen Untersuchungen zur Vertreibungspolitik in US-amerikanischen Städten durch und dokumentiert damit die kontinuierliche Brutalisierung der Situation. (4)

Die ideologische Legitimierung dieser Politik arbeitet u.a. mit der eingangs diskutierten *strategischen* Anrufung des „öffentlichen Raums". Der Titel der berüchtigtsten Strategie der New Yorker Polizei in den 1990ern, die Police Strategy No. 5, lautet nicht zufällig „Reclaiming the Public Spaces of New York". In ihr werden unter dem Label „Vergehen gegen die Lebensqualität" Verhaltensweisen und damit Personen benannt, die zum Zweck der „Rückeroberung öffentlicher Räume" aus ebendiesen zu vertreiben sind: Obdachlose, Prostituierte, psychisch Kranke etc. Diese Anrufung funktioniert dabei ebenfalls über den vermeintlich freien Zugang für alle, nur dass hier Obdachlose und andere Randgruppen nicht als Leute auftauchen, denen freier Zugang *zusteht*, sondern als *Hindernis* des freien Zugangs für „normale" Leute. Denn, so ein neokonservativer Historiker: „Was einst als ‚funky' und ‚freakig' galt wird nunmehr immer häufiger – auch von Kindern der Sechziger – als abstoßend empfunden." (5) Deshalb, so ein anderer Ideologe, sei die „Öffentlichkeit" städtischer Räume gerade der Grund *für* Ordnungspolitik qua Vertreibung: „Um wahrhaft öffentlich zu sein, muss ein Raum ordentlich genug sein, um eine große Mehrheit zu seinem Gebrauch einzuladen." (6)

In demselben Beitrag fordert der Autor, ein Jurist, die Aufteilung der Stadt in verschiedene „Zonen", in denen „dauerhaft öffentliches Fehlverhalten" in unterschiedlichem Umfang toleriert werden soll. In den „roten Zonen", die rund 5% der Stadt ausmachen sollen, wäre demnach auch Betteln und Lagern erlaubt, im Rest der Stadt dafür absolut untersagt. Dieser Vorschlag einer expliziten sozialen Apartheidsstadtplanung wird wohl in näherer Zukunft nicht umgesetzt werden. Das ist allerdings auch gar nicht notwendig, denn die polizeiliche Praxis auf Basis der modernisierten Vertreibungsgesetzgebung sorgt bereits heute dafür, dass die ökonomisch Überflüssigen in den (weitgehend innerstädtischen) Armenquartieren konzentriert werden. Der Stadtforscher Peter Marcuse nennt diesen neuen Typus von Stadtteilen das „Ghetto der Ausgeschlossenen (outcast ghetto)" 7), weil seine BewohnerInnen nicht mehr, wie diejenigen des afroamerikanischen Ghettos der Nachkriegszeit, von der Mehrheitsgesellschaft ausgebeutet, sondern nurmehr abgeschottet werden.

Auf einer allgemeineren Ebene hat der Geograph Neil Smith die Ideologie der US-amerikanischen städtischen Eliten und Mittelklassen der 1980er und 90er Jahre als „urbanen Revanchismus" bezeichnet. (8) Am Fall von New York zeigt er, wie die Vorstellung, dass Minderheiten (AfroamerikanerInnen, Feministinnen, Homosexuelle etc.) in den 1970ern der weißen Mittelschicht die Stadt „gestohlen" hätten, fast jede Brutalität gegen Abweichler/innen von der bourgeoisen Normalität rechtfertigt. Ihre materielle Basis hat diese Ideologie in der tatsächlichen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Mittelklassen, die in New York wegen der restriktiven Sparpolitik in Folge der Finanzkrise der späten 1970er mit großflächigem und sichtbarem Verfall von Infrastruktur, Schul- und Sozialwesen besonders drastisch war. Vor diesem – materiellen und ideologischen – Hintergrund wurde die beschriebene Raumstrategie der „Säuberung" der Stadt in den 1990ern unter Bürgermeister Giuliani ab 1992 mehrheitsfähig und stellt bis heute einen Aspekt der Verwaltung der überflüssig Gemachten dar.

Policing Political Dissent

Auch bei der polizeilichen Regulierung von Demonstrationen und dergleichen werden seit einigen Jahren Rechte eingeschränkt, die auf der Basis von Urteilen des Supreme Court im Laufe des 20. Jahrhunderts festgeschrieben wurden. So hat das Gericht 1939 in *Hague v. CIO* festgestellt: „die Nutzung von Straßen und Parks zum Austausch von Ansichten zu nationalen Angelegenheiten darf im Interesse aller reguliert, sie darf aber nicht unter dem Vorwand der Regulierung verkürzt oder vorenthalten werden". (9) In der Folge der Verrechtlichung des Protests hat sich ein Genehmigungssystem entwickelt, das de facto ein polizeiliches Mittel darstellt, „um politischen Dissens aktiv zu *formen*, wenn nicht gar ihn direkt zu kontrollieren". 10) In jüngster Zeit, verschärft im post-9/11-Kontext und unter dem Mantel der „Terrorismusgefahr" werden diese Genehmigungen zunehmend räumlich enger gefasst. So war es der Protestkundgebung anlässlich des Parteitags der Republikaner im Sommer 2004 in New York nicht gestattet, wie geplant am Gebäude der UNO vorbeizuziehen und eine Abschlusskund-

gebung im Central Park abzuhalten – letzteres unter dem Vorwand, der Rasen würde das nicht vertragen, obschon er zuvor bereits diverse Großveranstaltungen überstanden hatte. (11) Auch der regulierte politische Protest wird also auf diese Weise raumstrategisch ver- und im Wortsinn an den Rand gedrängt. Inwiefern Appelle an die vermeintliche „Öffentlichkeit" städtischer Räume – seien sie idealistisch oder strategisch inspiriert – ein wirksames Mittel gegen diese Verdrängung sein können (12), wird sich in der Praxis zeigen.

Viele Demonstrant/inn/en wollen sich darauf offenbar nicht verlassen und setzen stattdessen auf praktische Raumaneignung, um die polizeiliche „Ghettoisierung des Protests" (13) zu überwinden. Zudem sehen sie sich wegen der mangelnden Medienresonanz und damit Wirkungslosigkeit der harmlosen genehmigten Kundgebungen gezwungen, die räumlichen Vorschriften zu übertreten. In großem Stil geschah das erstmals bei den Anti-WTO-Protesten in Seattle 1999, als sich rund 20.000 DemonstrantInnen über die auferlegten Einschränkungen hinwegsetzten.

Diese Übertretungen der polizeilichen (Raum-)Ordnung liefern der Staatsgewalt den Anlass, ihrerseits die vom *Supreme Court* garantierten Rechte einzuschränken und zunehmend Demonstrationen auch wieder komplett zu verhindern oder doch zumindest brutal zu bekämpfen. Diese Polizeistrategie firmiert unter dem Namen „Miami Model". Der Name geht auf das Vorgehen der Polizei (genauer: von über 40 städtischen, einzelstaatlichen und zentralstaatlichen Polizeien) während der Proteste gegen die Verhandlungen über die Errichtung der Free Trade Organization of the Americas in Miami im November 2003 zurück.

Die drei Kernelemente der Strategie „auf der Straße" sind massenhafte, präventive Sicherheitsverwahrung potenzieller Protestierender, massive und einschüchternde Polizeipräsenz und exzessive Informationssammlung vor und während der Demonstrationen, die gegen (potenzielle) DemonstrantInnen auch im Nachhinein verwendet werden können. (14) Hinzu kommt eine Rückkehr zur vollkommenen Verteufelung von Kundgebungen, die auch nur irgendwie links sind oder sein könnten. Alle Protestierenden als „Kommunisten", „Anarchisten" und „Gewalttäter" zu diffamieren war in den USA bis weit in die 1970er Jahre gängig und wurde nur zwischenzeitig und bezogen auf „ordentliche" Demonstrant/inn/en relativiert. Im Vorfeld und während der Proteste in Miami gab es solche Relativierungen in der polizeilichen Sprachregelung und bei den „embedded journalists" (15) der bürgerlichen Presse nur noch selten. Die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit/Hetze war eine Lehre, die der Polizeichef und Einsatzleiter in Miami, John Timoney, aus der desaströsen Berichterstattung über sein („auf der Straße" ganz ähnliches) Vorgehen gegen die Protest-Kundgebungen zum Parteitag der Republikaner 2000 in Philadelphia gezogen hatte, wo er zu diesem Zeitpunkt Polizeichef war. Seit „Miami" gilt Timoney in polizeistrategischen und Medienkreisen als Held und sein repressiver Ansatz wird vielerorts kopiert.

Leistungen und Grenzen der Raumstrategien

Beim Umgang mit den Folgen des neoliberalen Klassenkampfs von oben greift der Staat zunehmend auf (ideologisch verbrämte) Repression zurück. Dabei fungieren die Raumstrategien an verschiedenen Stellen als Mittel. Sowohl beim „Polizieren" der überflüssig Gemachten als auch beim Umgang mit politischem Protest macht eine spezifische Eigenschaft räumlicher Praxen zum Zweck der staatlichen Kontrolle diese besonders geeignet: Indem ganz (polizei-)praktisch aus *sozialen* Phänomenen *räumliche* gemacht werden, indem also nicht mehr interessiert, *warum* jemand obdachlos oder gegen die Politik der Regierung ist, sondern nur noch, *wo* sie/er das ist, wird tendenziell vom Sozialen überhaupt abgesehen und damit eine technokratische, verwaltende und Risiken managende Kontrollpolitik ins Werk gesetzt, die dem Abschied von der zeitweilig für notwendig erachteten Integration auch Überflüssiger und Oppositioneller ins große Ganze der fordistischen Gesellschaft entspricht – und die zudem weit billiger ist.

Die Übertretung dieser neuen staatlichen Ordnungen kann eine Methode sein, sich der Neoliberalisierung der Städte entgegenzustellen. Und zwar nicht, weil die Räume, aus denen Randgruppen und Protest verdrängt werden, doch eigentlich „öffentlich" sind – das hieße, wie gesagt, bourgeoisen Ideologien anzuhängen –, sondern weil damit möglicherweise die *soziale* Natur der verräumlichten Konflikte verdeutlicht werden kann.

***Bernd Belina** lebt in Berlin und arbeitet am Geographischen Institut der Uni Potsdam. Von ihm erscheint im Frühjahr 2006 beim Verlag Westfälisches Dampfboot (Münster) „Raum, Überwachung, Kontrolle".*

Anmerkungen:

1) W. Siebel & J. Wehrheim (2003): Sicherheit und urbane Öffentlichkeit. *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften* 42: 11-30, 12.
2) J. Habermas (1980): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Darmstadt [1961]: 107.
3) U.S. Supreme Court (1972): *Papachristou v. City of Jacksonville*. 405 U.S. 156-172: 171.
4) zuletzt: NLCHP (2006): A Dream Denied: The Criminalization of Homelessness in U.S. Cities. Washington.
5) F. Siegel (1995): Reclaiming Our Public Spaces. In: P. Kasinitz (Hg.): Metropolis. New York: 369-383 [1992], 382.
6) Ellickson, Robert (1996): Controlling chronic misconduct in city spaces. *The Yale Law Journal* 105: 1165-1248, 1174.
7) P. Marcuse (1998): Ethnische Enklaven und rassische Ghettos in der postfordistischen Stadt. In: W. Heitmeyer, R. Dollase & O. Backes (Hg.): Die Krise der Städte. Frankfurt a.M.: 176-193.
8) N. Smith (1996): The New Urban Frontier. London & New York.
9) U.S. Supreme Court (1939): *Hague v. CIO* 307 U.S.: 496-533, 515.
10) D. Mitchell & L. A. Staeheli (2005): Permitting Protest: Parsing the Fine Geography of Dissent in America. *International Journal of Urban and Regional Research* 29: 796-813, 797.
11) P. Marcuse (2005): The "Threat of Terrorism" and the Right to the City. *Fordham Urban Law Journal* 32: 767-785, 780f.
12) z.B. ebd., 781f.
13) D. Mitchell (2003) The liberalization of free speech: or, how protest in public space is silenced. Stanford Agora, September.
14) C. Getzan (2004): Infamous ‚Miami Model' of Protest Clampdown, Coming to a Town Near You. *The New Standard*. http://newstandardnews.net/content/index.cfm/items/488 (05.04.06).
15) vgl. I. Hogue & P. Reinsborough (2004): Lessons from Miami: Information Warfare in the Age of Empire. http://www.greens.org/s-r/34/34-19.html (05.04.06).

We didn't cross the border, the border crossed us

Ein Gespräch mit Elizabeth Blaney und Leonardo Vilchis von der *Unión de Vecinos* aus Los Angeles

Fast eine Million Menschen demonstrierten in Los Angeles am 25. März 2006 gegen eine Gesetzesinitiative der US-Regierung, die das „nationale Sicherheitsrisiko" Migration ausschalten sollte, in dem sie den undokumentierten ImmigrantInnen die soziale Sicherung verweigert und deren UnterstützerInnen kriminalisiert. Der Versuch konnte zumindest vorläufig abgewehrt werden. Manuela Bojadžijev von der Gruppe kanak attak fragt nach, wie es dazu kam.

Leonardo: Will man wissen, wie alles anfing, müsste man bis zum Jahr 1847 zurückgehen, als US-amerikanische Truppen die mexikanische Stadt Los Angeles besetzten. Damit hat, wie wir hier sagen, die Grenze uns überschritten, und seitdem müssen wir uns gegen diese Grenze wehren. In den letzten Wochen hieß das, gegen den Versuch der reaktionärsten Teile der Regierung auf die Straße zu gehen, mit den ImmigrantInnen auch die Leute zu kriminalisieren, die sie unterstützen. Jemanden z.B., der einem Familienmitglied hilft, seinen Aufenthalt zu organisieren, Pastoren, die ImmigrantInnen in ihren Kirchen Obdach gewähren, kurz alle, die uns irgendeine Hilfe anbieten, und sei es, dass sie einem Illegalen etwas zu essen geben. Das Vorhaben ist erst einmal gescheitert, was nicht heißt, das die Sache vom Tisch wäre. Leider können wir nicht sagen, dass die Straße den rassistischen Vorstoß zu Fall gebracht hat. Den Ausschlag haben parteitaktische Erwägung der Republikaner und Demokraten im Blick auf die nächste Kongresswahl gegeben. Wir müssen uns jetzt schon darauf einstellen, dass sie nachlegen werden: Es wird wohl eine begrenzte Amnestie geben, es wird schärfere Sanktionen gegen Leute geben, die ImmigrantInnen beschäftigen und die Militarisierung der Grenze wird weitergehen.

Elizabeth: Auch wenn wir uns über das freuen, was hier in den letzten Wochen los war, und auch wenn die Demonstration und die anderen Proteste belegen, dass die ImmigrantInnencommunities noch nie so politisiert waren: Die Bewegung hat den Überschuss nicht zu nutzen gewusst, der in ihr steckte. Denn hier ging es nicht einfach um einen Einspruch gegen ein reaktionäres Gesetz, sondern um eine Befreiung, die in der Aktion selbst lag, in der kollektiven Freisetzung eines Gedankens, den wohl jedeR ImmigrantIn schon einmal gedacht hat: Was ist, wenn alle Latinos zusammen auf die Straße gehen?

Leonardo: Das stimmt. Leute ohne Papiere leben hier schon seit Generationen, eine lange, lange Zeit. Und in ihrem Bewusstsein, in ihrer Kultur gibt es diese Vorstellung, diesen Gedanken schon sehr lange: Was, wenn wir eines Tages alle zur Demonstration gehen? Was, wenn wir eines Tages alle streiken? Das ist es, was sich jetzt artikuliert hat, oder was dabei war, sich zu artikulieren. Das Gesetz war da nur ein Anlass, es hätte auch etwas anderes sein können. Dazu passt, dass es nicht die Gewerkschaften und die politischen Organisationen waren, die dieses Moment aufgegriffen haben, sondern die mexikanischen Radiostationen und die Musiksender, die alle in den Communities hören. Die DJs haben die Proteste entfesselt, und daran hing beides: die große Chance dieser Bewegung, und die Gefahr ihrer Entpolitisierung.

Manuela: Verstehe ich das richtig: Ihr sagt, dass das, was die Bewegung ausgezeichnet hat, ihre Herkunft aus der politischen Kultur der Leute, ihr innerer Zusammenhang mit der individuellen und kollektiven Erfahrung, zugleich der Grund ihrer Schwäche, letztlich ihrer Niederlage war?

Elizabeth: Lass mich das an der Demonstration selbst erläutern, an der Frage der weißen Hemden. Ursprünglich hatten die Communityorganisationen zu der Demonstration aufgerufen und waren damit auf mäßiges Interesse gestoßen. Dann haben die Radioreporter und die DJs den Vorschlag gemacht, auf Slogans, Transparente und alle eindeutig politischen Zeichen zu verzichten, und statt dessen in weiß auf die Straße gehen, mit weißen Hemden und T-Shirts. Das war es, was gezündet hat. Die Demo fand in Downtown statt, Meilen entfernt von East LA, wo die großen ImmigrantInnencommunities leben. Als ich früh morgens dorthin fuhr, um Freunde abzuholen, waren alle Bushaltestellen schon von Menschentrauben umlagert, und über die drei Brücken, die East LA und Downtown verbinden, zog ein ununterbrochener Strom von Leuten. Da alle weiß trugen, war klar, dass diese Leute jetzt Meile um Meile zu Fuß nach Downtown, zur Demonstration gehen würden. Das war einfach großartig, unglaublich. Und doch war das von Anfang an widersprüchlich: Einmal zeigte sich da der Überschuss, der Umstand, dass es nicht bloß um dieses Gesetz ging, um Forderungen, die man auf Transparenten und Flug-

blättern artikuliert. Zum andern aber steckte darin von vorneherein ein Entpolitisierung: Das Symbol sollte Frieden sein, nicht Konflikt. Und das war ein Teil der Botschaft, die durch die Radios verbreitet wurde. Die Stimme, die ein bestimmtes Bewusstsein entfesselt, kann immer die Stimme werden, die ihm die Politik wieder entreißt. Und diese Politik lautet: Wir wollen als Bürger anerkannt werden, wir wollen voll an dieser Gesellschaft teilnehmen, wir wollen die Macht, selbst zu bestimmen, wie wir repräsentiert werden, wer uns repräsentiert, welche Gesetze wir haben. Deshalb haben sich die politischen Organisationen entschieden, farbige Kleidung zu tragen, um zwischen all' den weißen Hemden ihre Anwesenheit zu zeigen.

Leonardo: Das ist es, worum unsere Diskussionen momentan kreisen, und das bezieht sich nicht nur auf Los Angeles. Wir fragen uns: Welche Bedeutung haben diese politischen Praktiken zu diesem historischen Zeitpunkt? Im Februar 2003 gab es z.B. alle diese Demonstrationen gegen den Irakkrieg, weltweit – aber welche Effekte haben sie erzielt? Das ist der Punkt, an dem ich in Konflikt gerate mit den Bewegungen, die in Seattle ihren Ausgang nahmen. Wenn das nicht politisch organisiert wird, wenn es nicht um wirkliche Veränderung und deshalb eben auch um Macht geht, sondern nur darum, die Stimme zu erheben und zu sagen, dass wir nicht derselben Meinung sind, dann führt das zu nichts, dann gerinnen solche Demonstrationen zum Endprodukt und setzen nichts frei, was darüber hinaus geht. Und das hat eben damit zu tun, dass es keine organisierenden Strukturen gibt, die diese Energien irgendwo anders hinführen könnten, auf ein anderes, vielleicht radikaleres, auf jeden Fall aber strategischeres Niveau.

Manuela: Auf der anderen Seite sagt ihr aber, dass es die DJs und die Musiksendungen waren, die den Gedanken der Leute artikuliert haben, und dass die Gewerkschaften und die politischen Organisationen das nicht aufzugreifen wussten. Und aktuell zeigt sich doch, dass es die organisierten Strukturen sind, die Ruhe und Ordnung wiederherstellen, die katholische Kirche, die Gewerkschaftsfunktionäre und Communitysprecher, die alten ImmigrantInnenverbände. Sie sind es z.B., die ihre Bemühungen auf die Maikundgebung richten, die sie gerade vorbereiten.

Leonardo: Unsere Idee ist es, und da knüpfen wir an das überschüssige Moment der Bewegung an, dass die Idee des Generalstreiks wieder aufgenommen werden sollte. Die ist immer mit der Idee verbunden gewesen, dass ein Tag kommen würde, an dem alle Latinos demonstrieren. Und auch wenn damit an einem besonderen Tag ernst gemacht wird, den niemand voraussehen und deshalb auch niemand planen kann, braucht eine solche Aktion ihre organisierende Struktur, die sich lange vorher bewähren muss, in den alltäglichen Auseinandersetzungen um Wohnungen, um bessere Löhne oder schlicht um das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Für uns ist die Unión de Vicinos mit ihren Nachbarschaftskomitees eine solche Struktur.

Manuela: Was versteht ihr unter einem Generalstreik der ImmigrantInnen? Damit kann ja nicht gemeint sein, dass die Gewerkschaften den proletarischen Generalstreik ausrufen, und am Tag drauf stehen die Fabriken still?

Elizabeth: Die Themen der ImmigrantInnen werden normalerweise ausgeblendet. Ich meine die Fragen des Wohnens, der Gesundheit, der Jobs. Das ist weitgehend unsichtbar für die Leute in diesem Land, die für Meinungsbildung sorgen. Eine Möglichkeit, das zu ändern, ist sich zu entziehen, und das ist es, was wir mit dem Generalstreik der ImmigrantInnen meinen: dass also alle Immigranten für einen Tag, vielleicht nur für zwei Stunden zu arbeiten aufhörten, und damit all' die Dienstleistungen liegen bleiben, die sie erbringen: öffentliche Dienstleistungen, auf die die ganze Stadt angewiesen ist, Dienstleistungen zugleich, die nur realisiert werden, weil ImmigrantInnen sie erbringen – die selbst von all' dem ausgeschlossen sind. Wenn man das klar machen kann, wird auch die Abstraktheit der Forderung nach Legalisierung einsehbar. Natürlich ist Legalisierung wichtig, auch und gerade für diejenigen unter uns, die hier schon 20, 30, 40 Jahre leben, die hier arbeiten, Steuern zahlen, deren Kinder hier zur Schule gehen. Doch sie trifft nicht den Kern der Veränderungen, die wir eigentlich wollen, Veränderungen, die sowohl mit konkreteren wie mit grundlegenderen Dingen zu tun haben: die Möglichkeit, gute Gesundheitsversorgung, gute Schulen zu haben, die Möglichkeit, an einem Ort zu wohnen, wo du dich sicher fühlst, usw. Diese Aspekte fehlen zur Zeit in der Diskussion. Der Generalstreik wäre eine Chance, sie auf die Agenda zu setzen.

Leonardo: Augenblicklich fehlen die Kräfte, das durchzusetzen. Doch hat die Demonstration gezeigt, dass es da eine Potenz gibt, auf das man sich beziehen kann. Denn auch, wenn nicht zu erwarten war, was am Tag der Demonstration möglich wurde, ist dieser Aufbruch nicht vom Himmel gefallen, sondern hat Jahrzehnte vorher begonnen, seit sich Leute ohne Papiere und Bürgerrechte an den alltäglichen sozialen Auseinandersetzungen beteiligen, sich in Gewerkschaften und Communityorganisationen organisieren. Es geht nicht um die Organisationen, sondern darum, die kulturelle Präsenz der ImmigrantInnen, ihre Präsenz in den Lebensweisen der Stadt, zu politisieren.

__Manuela Bojadžijev, Elizabeth Blaney__ und __Leonardo Vilchis__ sprachen schon in Fantômas 1 vom „Sound der Alltagskämpfe". Am Gespräch in Los Angeles beteiligt waren auch Knut-Soeren Steinkopf und Susanne Lang von der Bildungsoffensive. Die gegenseitigen Besuche in Frankfurt/Main und Los Angeles werden fortgesetzt.



periphere un-sicherheiten

vom außen der reichen zentren. sicherheitszustände und -zuständigkeiten im globalen süden, vor allem in iran, irak, sierra leone. linke sichtweisen darauf heute und vor 25 jahren.

- ☐ *reese* zum fehlgeschlagenen projekt nachholender entwicklung und zum selbstmanagement der elendsbevölkerung.
- ☐ *alnasseri* über die auswirkungen der irakkrise auf den rest der welt und die möglichkeit grenzüberschreitender alternativprojekte im arabischen raum.
- ☐ *redaktionskollektiv der autonomie neue folge* im jahr 1979 über die revolution im iran und die „hoffnung, mit fremden augen die realität der eigenen metropolen zu durchdringen".
- ☐ *banse* und *seibert* zur imperialen weltordnung, möglichkeiten ihrer überwindung von unten und zum krieg in sierra leone.

Die neue Welt*un*ordnung

Vom „Entwicklungsstaat" zum Management „globaler Herausforderungen"

Von Niklas Reese

Nach dem 2. Weltkrieg wurde „Entwicklung für alle" zum Dispositiv der Weltpolitik. Was im Norden der fordistische Wohlfahrtsstaat übernahm, sollte im globalen Süden der „Entwicklungsstaat" bewerkstelligen: Akzeptanz für bürgerlich-kapitalistische Modernisierung schaffen, für die „Normalisierung" der Gesellschaften sorgen und die dazu nötigen „fügsamen Körper" produzieren, disziplinieren und pflegen. Heute ist das Versprechen geplatzt und hat die Objekte der Entwicklung zum „Sicherheitsrisiko" werden lassen, das zu „managen" bleibt.

Im Unterschied zur frühen Kolonialzeit galten nicht-industrialisierte und nicht-westliche Lebensweisen im Dispositiv der „Entwicklung" nicht mehr als „wild", sondern als „unterentwickelt". Den „Entwicklungsländern", ein Begriff, unter dem all die vielgestaltigen, nicht-westlichen Länder des globalen Südens zusammengefasst wurden, wurde „nachholende Entwicklung" versprochen. Als „Entwicklungsbahn" (Arim Ziai) diente dabei das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell mit den USA an der Spitze. Setzte man anfangs auf bloßes Wirtschaftswachstum als Entwicklungsstrategie, so gesellte sich mit der Einläutung des „Entwicklungsjahrzehnts" Ende der 1960er Jahre auch Verteilung hinzu: „Redistribution with growth" (Umverteilung mit Wachstum) hieß das Programm von Weltbank-Präsident Robert McNamara.

Der Entwicklungsdiskurs führte zu einer Vertiefung und Verstärkung des *colonial mindset,* der kolonialen Denkweisen. Individuen und Gesellschaften nahmen sich weithin als arm, defizitär, unterentwickelt und hilfsbedürftig wahr. Wo eine solche „Selbstführung" aber nicht gewährleistet war und der stumme Zwang der Verhältnisse bzw. das Zuckerbrot der „Entwicklungshilfe" nicht ausreichten, griff man in die Werkzeugkiste souveräner Macht: Gewalt gegen diejenigen, die sich dem Fortschritt verweigerten – bis hin zu Mord und Vernichtung. Der verengte Entwicklungsbegriff des Ökonomismus diente als Rechtfertigung für die Verletzung von Menschenrechten, für notwendige Opfer, um den „großen Sprung nach vorn" zu schaffen. Auch die Kooperation mit Militärdiktaturen in Afrika, Lateinamerika und Südostasien (und heute China oder Russland) war gang und gäbe: Hauptsache sie waren „unser Bastard" (US-Präsident Richard Nixon über Nicaraguas Diktator Somoza).

Diese Gewalt war nicht einfach nackt, für sie galt paradigmatisch die Verbindung von Wissen und Macht, wie sie (auch) bei Foucault zentral ist: ExpertInnen aus dem Norden und westlich bzw. im Westen ausgebildete lokale TechnokratInnen legitimierten sich durch ihr besser(es) Wissen, untersuch(t)en die Minderwüchsigen, diagnostizierten Abnormalitäten, verschrieben die benötigten Eingriffe. Dabei lassen sich Parallelen zu den Erziehungs- und Entwicklungsdiktaturen der asiatischen „Tiger" (Japan, Südkorea, Taiwan, Singapur) mit ihrer autoritären Wirtschaftspolitik ziehen. Streikverbote und staatlich verordnetes Lohn- und Sozialdumping waren dort gang und gäbe, allerdings auch Agrarreformen, Ausbau der Infrastruktur und Ausbildung des „Humankapitals", so dass eine Mischung aus selektiver Öffnung und Protektionismus dort immerhin Wohlstand geschaffen hat.

Der britische Politologe Tony Evans hält diese Parallele nicht für zufällig: „Wo soziale Unruhen die geschmeidige Fortführung der Globalisierung gefährden, werden Demokratie und Menschenrechte hintangestellt. EntscheidungsmacherInnen fragen selten nach Rechenschaftspflicht, wenn die Beibehaltung der globalen politischen Ökonomie auf dem Spiel steht. (...) Wo die Demokratie niedriger Intensität nicht mehr in der Lage ist, Dissens zum Schweigen zu bringen, (...) greifen Regierungen zu militärischer Gewalt." (1) Für das Entwicklungsdispositiv sind formale Demokratie, „Entwicklungsdiktatur" und der souveräne Staat mit seiner Macht über den Tod alle bloß Mittel zum Zweck.

„Global challenges"

Anders als der Wohlfahrtsstaat ist der Entwicklungsstaat größtenteils ein Versprechen geblieben, an dem sich bloß die Oligarchien bereichern konnten. Er diente mehr der Rhetorik der internationalen Organisationen und der Industrieländer, als dass er realisiert wurde. Zugleich haben sich hinter dem missionarischen Anspruch der Entwicklungstheorie stets handfeste politisch-strategische und kommerzielle Interessen versteckt. Dabei wurden traditionelle Sicherungsmodelle geschwächt, nichtkapitalistische Lebensweisen zerstört, die Gefährdung durch Risiken erhöht und Verelendungsdynamiken verschärft.

Wurde die dem Kapitalismus inhärente Produktion von Katastrophen lange geleugnet, bestreitet er nun, wo es nichts mehr zu leugnen gibt, die Vaterschaft. Ein

Beispiel aus jüngster Zeit ist der Tsunami im Indischen Ozean Ende 2004: Statt das Seebeben sozial und ökonomisch zu kontextualisieren, wurde eine natürliche Katastrophe konstruiert, der „wir" ausgeliefert seien und die „wir" hinnehmen müssten. Diese vorpolitische Sicht der Katastrophe wurde durch den Eindruck verstärkt, die Flut sei über eine Region hineingebrochen, die zwar arm, doch merkwürdig unberührt von Macht, Herrschaft oder Ausbeutung sei. Dass Tourismus, Garnelenzuchtfarmen und eine sozial blinde und nicht naturverträgliche Entwicklungspolitik maßgeblich zum massenhaften Sterben so vieler Menschen und zum ungeheuren Ausmaß an Verwüstung beigetragen haben, wurde weitgehend ausgeblendet. Statt die Mitverantwortung der Länder des Nordens zu thematisieren, wurde die „eine Welt" zu einer „Verantwortungsgemeinschaft" stilisiert. Dies geht einher damit, dass „im wohlhabenden Teil der Welt die Tendenz (besteht), Mitleid und Nächstenliebe an besondere Situationen zu binden, um damit ihr Nichtvorhandensein im täglichen Leben zu legitimieren und für normal zu erklären. Gerechtigkeit wird zur guten Tat, die über den Mangel an Gerechtigkeit als geltende Norm hinwegtröstet (...), ein unpolitischer Pragmatismus, der sich nicht einmischen will, keine Partei ergreifen möchte, sich um Linderung der ärgsten Not kümmert, aber die bestehende Ordnung nicht mehr in Frage stellt." (2)

Hier spiegelt sich ein Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik wider. Zu Beginn der 1990er Jahren diagnostizierten neue Ansätze der internationalen Politik eine wachsende „Welt*un*ordnung": Man sprach vom Scheitern der großen (Entwicklungs-)Theorie und entdeckte eine ungeordnete Anhäufung von *global challenges* (globalen Herausforderungen) – ein unkontrolliertes Wachstum von konfliktträchtiger Verelendung, die zu Massenemigration und „Migrationsdruck" führt und in Drogenkriminalität, Fundamentalismus und Terrorismus, in der drohenden Ausbreitung von ABC-Waffen und schließlich in der Bedrohung der Lebensgrundlagen durch eine Globalisierung der Umweltprobleme kulminiert. Schadensbegrenzung und das Management eines potenziell chaotischen Weltsystems standen von nun an im Mittelpunkt des Interesses, das Axiom der Stabilität löste die Philosophie des Fortschritts in der Entwicklungstheorie ab. In der Form von „Krisenprävention", „ziviler Konfliktbearbeitung" und seit dem 11.9.2001 auch als „Terrorismusbekämpfung" wurde Entwicklungspolitik mehr und mehr zur erweiterten und präventiven Sicherheitspolitik gegen die „Chaos-Macht" der globalen Herausforderungen.

Dem in den 1980ern propagierten „Ende der Politik" wurde nun das Konzept einer „Weltinnenpolitik" (Dieter Senghaas) entgegengesetzt. Statt mit Menschenrechten und Eigenrechten der Natur zu argumentieren, wurde und wird bis in linke Kreise hinein auf „unser wohlverstandenes Eigeninteresse" verwiesen, wenn erklärt wird, dass sich die Risiken von „Menschenfluten" und „Armutsterrorismus" nur dann vermeiden lassen, wenn es zu einer gerechteren und ökologischeren Weltordnung komme. Man erkannte, dass der Wohlstand des Nordens nicht ohne ökologische Zerstörung der Erde auf fünf oder gar acht Milliarden Menschen ausdehnbar sei. Statt die Frage zu stellen, ob der Norden überentwickelt sei, wurde es unter neoliberaler Ägide zu „einer der zentralen Gestaltungsaufgaben des Staates, den Ausschluss eines wachsenden Teils der Bevölkerung aus der formellen Ökonomie und ihre Abdrängung in die Informalität (Unsicherheit und Marginalisierung) bzw. die Arbeitslosigkeit (Überflüssigsein bzw. Bereithalten als Reservearmee) zu möglichst geringen gesellschaftlichen Kosten zu bewerkstelligen, ohne die Stabilität des kapitalistischen Systems zu gefährden". (3)

Du bist nie zu dünn

Eingeleitet wurde das Ende des Paradigmas vom Entwicklungsstaat allerdings bereits Anfang der 1980er, als die Schuldenkrise die betroffenen Länder zu Protektoraten der internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) machte. Ihre Ökonomien sollten mit der Magie des Marktes international wettbewerbsfähig gemacht werden. Ziel war jetzt nicht mehr ihre Entwicklung, sondern die Schuldendienstfähigkeit. Weltweit wendete sich der Staat vom Ziel der Daseinsfürsorge, also der umfassenden Bereitstellung sozialer Infrastrukturen ab und zog sich aus gesellschaftlich wichtigen Bereichen zurück. Die auferlegte Exportorientierung führte dazu, dass an Stelle von Grundbedürfnisbefriedigung und autozentrierter Entwicklung die Produktion von Luxusgütern trat, über die primär die Kaufkraft der KonsumentInnen v.a. im Norden entscheidet. Der Staat drohte „auf die Rolle des örtlichen Distriktpolizisten reduziert zu werden, um das Minimum an Ordnung aufrechterhalten, das erforderlich ist, um die Geschäfte zu erledigen." (4).

Der neoliberale „Minimalstaat" war allerdings schon in den 1980ern kein reiner Nachtwächterstaat. Mit der selektiven Deregulierung ging eine Reregulierung einher, um die Verwertung des Nützlichen, kapitalfreundliche Rahmenbedingungen und den Aufbau einer neoliberalen Weltwirtschaftsordnung in Form von GATT (jetzt WTO) zu gewährleisten.

Do it yourself!

Die 1990er machten dann das Scheitern des „schlanken Staates" unübersehbar. Gleichzeitig wuchsen die Proteste der globalisierungskritischen Bewegung, auf die es zu reagieren galt. So ist seit dem Weltsozialgipfel 1995 und dem UN-Millenniumsgipfel und seinem Aktionsplan 2015 „Armutsbekämpfung" zum zentralen Ziel internationaler Entwicklungspolitik geworden. Ganz im Sinn neoliberaler Gouvernementalität geht es dabei allein darum, die Verwundbaren zu „aktivieren", die Überflüssigen zu kontrollieren und sie zugleich zu Tätern ihres eigenen Ausschlusses zu machen. Punktgenau auf Symptombekämpfung durch Investitionen und materielle Verbesserungen ausgerichtet, soll „Armutsbekämpfung" machbar sein, ohne die sozioökonomischen Mechanismen von Ausschluss und ungleicher Verteilung anzurühren. Armut wird nicht in den Kontext ihrer strukturellen Ursachen gestellt und der Fokus ihrer Bekämpfung liegt nicht auf den Mangelzuständen (deren Behebung erhebliche Umverteilung erfordert), sondern auf Hindernissen, die beseitigt werden können, ohne dass Dritte Opfer bringen müssen. Sozialpolitik wird als „Sprungbrett" konzipiert, das zur Verbesserung bzw. Stabilisierung der Lebenssituation beitragen soll. Dass dabei Bildungs- und Gesundheitsprogramme betont werden, ist nicht zufällig, sollen diese Sektoren doch der Herstellung individueller Handlungsfähigkeit und dem Ausbau von „Humankapital" dienen.

Statt für eine gerechtere Verteilung von Ressourcen, Macht, und Wohlstand und somit für menschliche Sicherheit zu sorgen, bedeutet „Regieren" Aktivierung von Engagement (Mobilisierung) und der Entscheidungsbereitschaft des Einzelnen (Empowerment),. unter dem Signum von Eigenverantwortung, und Eigeninitiative. Die Figur des aktiven Selbstunternehmers, der aus sich selbst ein „Projekt" macht, wurde zum Vor- oder Leitbild der neoliberalen Subjektivierung, zum Persönlichkeitsmodell des Neoliberalismus. Dieses Subjekt kann auch ein kollektives Subjekt sein – *Communities* wie zum Beispiel Familien, Nachbarschaften oder Nichtregierungsorganisationen, die in „die Spiele der Macht eingebunden werden und letztlich zu ihrer eigenen Verherrschaftung beitragen" (5). Königsweg der Armutsbekämp-

fung ist deshalb die (Selbst-)Konstituierung von KleinstunternehmerInnen und die Förderung von *livelihood* (Existenzsicherung, Lebensunterhalt) im Rahmen von Mikrofinanz- und Kleinkreditprogrammen. Wo immer möglich, sollen Eigenvorsorge und Marktlösungen Vorrang erhalten. Das alte Fürsorgeprinzip wird wieder zur Geltung gebracht, indem auch der Staat nur dort einspringen soll, wo Individuen, Familien oder soziale Netzwerke „versagen". Unter dem Motto des *targeting* (Zielorientierung) werden Sozialtransfers an die „Ärmsten der Armen" nur dann vorgenommen, wenn diese bedürfniszentrierte Unterstützungsleistungen nicht „marktverzerrend" sind.

Gleichzeitig äußert sich in diesen Programmen das affirmative Verhältnis des Neoliberalismus zu Risiko und Unsicherheit: Risiken werden nicht mehr als zu beseitigendes Defizit gesehen, sondern als konstitutive Bedingung für „individuelle Entfaltung" und gesellschaftlichen Fortschritt. Prekarisierung – ein Phänomen, das weit mehr als bloß Fragen von Armut und Verarmung berührt – ist darum kein Betriebsunfall, sondern ein erwünschtes Strukturmerkmal neoliberalisierter Gesellschaften.

Was den an den Wohlfahrtsstaat Gewöhnten im Norden erst mühsam beigebracht werden soll, ist im Süden längst *common sense*: Die Rahmenbedingungen werden als unveränderlich ausgegeben und auch so wahrgenommen. Ökonomische Probleme werden als individuelle Probleme begriffen und daher auch individuelle Überlebensstrategien verfolgt. Statt soziale Probleme zu lösen, geht es darum, persönliche Probleme erfolgreich zu managen und produktiv zu nutzen.

Vernetzte ortlose globale Mittelklasse

Diese Armutsbekämpfungsprogramme dienen zugleich der Überlebenshilfe, weil sich das Problem der „Überflüssigen" – die wachsende Zahl derer, die der Kapitalismus produziert, aber nicht mehr nutzen kann – in den Gesellschaften des Südens bereits sehr viel krasser stellt. „Nord" und „Süd" werden in sozio-ökonomischer Hinsicht immer mehr zu einer Bruchlinie zwischen Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern – und das in Nord und Süd. Es bildet zugleich eine ortlose globale Mittelklasse heraus, die ökonomisch vernetzt, im Internet der *cyber-society* kulturell verbunden, sozial etabliert und ökonomisch abgesichert ist. Die Verlagerung von (qualifizierten) Arbeitsplätzen in den Süden verteilt den Wohlstand zwar internationaler, führt zur Zeit jedoch nur zu einer Verschärfung der strukturellen Heterogenität zwischen weltmarktintegrierten und abgekoppelten Gegenden und schafft kaum mehr als Inseln des Fortschritts in Ozeanen des Elends. Hundert „Entwicklungsländer", viele von ihnen in Afrika, sind für den Norden für Investitionen aus ökonomischen Gründen nahezu bedeutungslos geworden, weil sie weder als Exportmärkte, noch als Produktionsstandorte, noch als Rohstofflieferanten von Interesse sind. Ausdruck für die Versorgung dieser Abgehängten ist der neue „entwicklungspolitische Katechismus" (Christa Wichterich) der *Millenium Development Goals* (Millenniums-Entwicklungsziele, MDGs), die sich mit der Abschaffung „extremer" Armut bescheiden: Nur wer weniger als einen Dollar pro Tag verdient, gilt nun noch als „würdiger Armer", der Hilfe verdient hat. Im gleichen Sinne wird auch nur den von den IFIs als „hochverschuldet und am ärmsten" definierten Staaten („HIPCs") ein Anspruch auf Entschuldung gewährt: Die Ärmsten sollen mit Krümeln ruhig gestellt werden, mehr als Grundschulbildung gestehen ihnen die MDGs nicht zu.

Gefährliche Klassen?

Weil Menschen sich solcher Behandlung immer wieder auch durch legitime, aber illegale Widerstandsformen erwehren, mit denen indirekte und institutionalisierte in direkte physische Gewalt umschlägt, sollen Feuerwehrmaßnahmen und Notfalloperationen in Form von Spendensammlungen und „friedenssichernden" Militärinterventionen die Ausgeschlossenen im Zaum halten. Wie systemgefährdend aber ist das Drohpotenzial der „Verdammten" wirklich? Im Hinblick auf die Philippinen stellt der Soziologe Niels Mulder fest, dass „die Verachtung der gegenwärtigen politischen Situation weit verbreitet (ist). Das ist aber nicht notwendigerweise ein Anreiz, nach positiver Veränderung zu streben. Solche Ansichten können auch Zynismus, Weltflüchtigkeit, Gleichgültigkeit, Konsumismus oder einen verbissenen Individualismus und eine bloße Überlebensorientierung fördern." (6) Vom Staat erwarten die Armen wenig, die „Volksrevolutionen" von 1986, 2001 und die jüngsten Proteste gegen Präsidentin Arroyo sind weitgehend Sache der Mittelklasse und der von ihr organisierten Armen geblieben. Die unorganisierten Armen, die bei weitem die Mehrheit stellen, beschränken sich in der Regel auf kurzfristige und konkrete Überlebensstrategien, zu denen allerdings auch „störende" Aktionen wie das *squatten* gehören. Die Annahme, so der Soziologe Erhard Berner, dass von der Unzufriedenheit Steuern zahlender Eliten für Regierungen eine größere Bedrohung ihrer Machtbasis ausgeht als von massenhafter Armut, wird unter Linken zwar nicht gerne gehört, dürfte aber von einiger Stichhaltigkeit sein. (7) So ist denn auch eher die weithin von der Mittelklasse getragene politische Zivilgesellschaft zum die Opfer systematischer staatlicher Repression geworden: AktivistInnen, die gegen Entwicklungsaggression protestierten und für die Rechte der Marginalisierten eintraten, tatsächliche und vermeintliche Mitglieder und SympathisantInnen von Rebellenorganisationen, JournalistInnen und Menschenrechts- und FriedensaktivistInnen.

Ausschluss der VerliererInnen

Obwohl die Ausmerzung von „Überflüssigen", „Minderwertigen" und „gefährlichen" Menschen", von „Asozialen" und „Gemeinschaftsfremden" bis jetzt noch das Schicksal weniger ist, wird den Überflüssigen das „Recht, Rechte zu haben" (Hannah Arendt) nicht mehr unbedingt zugestanden. Vorerst re(a)giert das System „bloß" mit dem Ausschluss der VerliererInnen aus den Räumen, die die Gewinner für sich beanspruchen und in denen sie sich in ihrem ästhetischen Empfinden oder den durch Kaufkraft hergestellten Platzansprüchen durch die Verlierer gestört fühlen. Neben Einkaufspassagen und *gated communities* (geschlossene Wohnanlagen gehobenen Standards) gehört dazu allerdings auch die ganze Festung Europa. Was außerhalb dieser Kontrollräume geschieht, bleibt weithin ohne Belang. Man überlässt diese Räume den Warlord- und „Selbstkontrollregimen", zu denen auch die Selbstjustiz von Gangs zählt. In der südphilippinischen Stadt Davao sind allein 2004 mindestens fünfundneunzig Menschen, v.a. Kinder und Jugendliche, die des Drogenhandels oder Taschendiebstahls bezichtigt werden, vereinzelt aber auch linke Oppositionelle oder Menschenrechtsaktivisten, von Todesschwadronen hingerichtet worden. Solche „Anarchie" geschieht mit Duldung und zum Teil aktiver Partizipation staatlicher Machtträger. Oftmals gehören sogar Mitglieder der Polizei den Todesschwadronen an und werden von der Justiz bestenfalls halbherzig verfolgt. Große Teile der Bevölkerung, aber auch Meinungsbildner haben das Zutrauen in den Staat verloren und bewerten das Treiben der Todeskommandos sogar positiv. In gelegentlichen Razzien interveniert der Staat allerdings auch direkt, um seinen Machtanspruch zu dokumen-



tieren – und sein Existenzrecht: Weil auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik noch die Souveränität inszeniert werden kann, die in der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik längst aufgegeben wurde, ist „Sicherheit" zur Ersatzlegitimation eines Staates geworden, der sich durch Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und Weltmarktorientierung selbst kastriert hat.

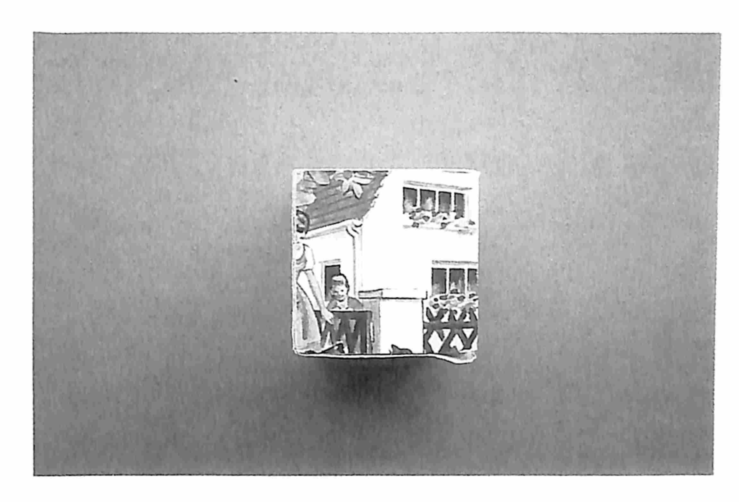
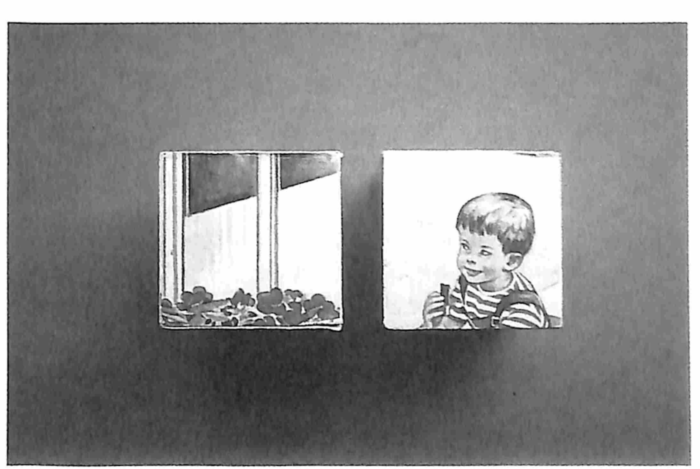
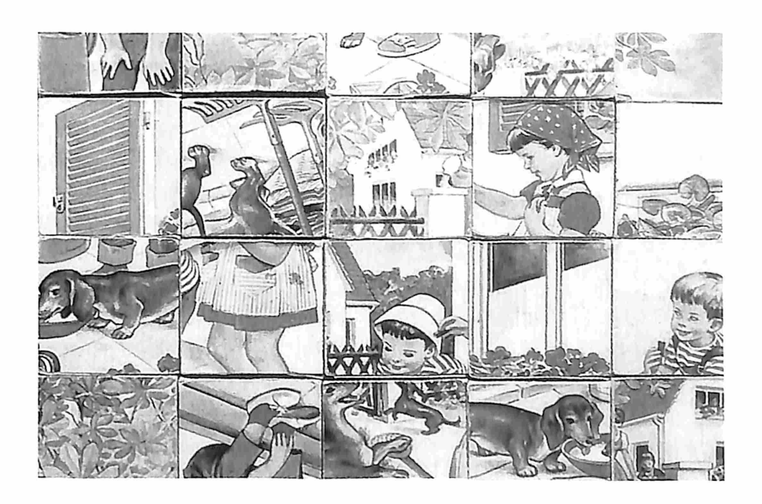
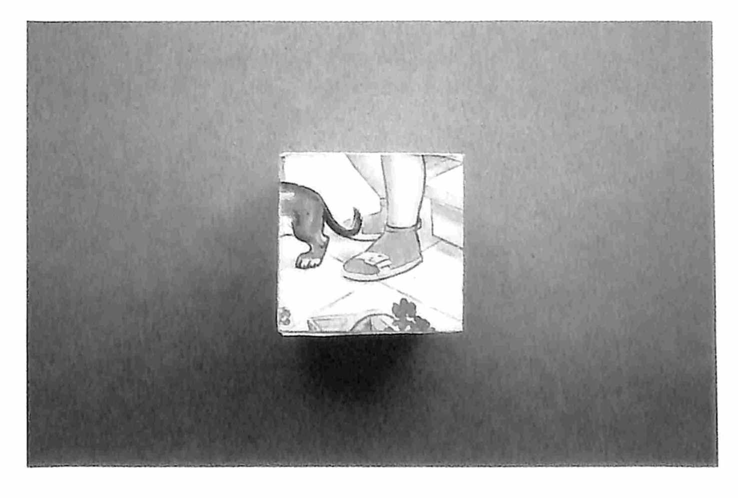
Vom Süden lernen

Spätestens mit der Agenda 2010 ist der Neoliberalismus auch in Deutschland angekommen. Die „fetten Jahre" sollen jetzt vorbei sein. Was wir nun in Deutschland erleben, ist allerdings seit Anfang der 1980er bereits Alltag für Menschen in den Ländern, die von den IFIs abhängig sind – mit ein Grund, warum viele Merkmale der „Kontrollgesellschaft" dort schon länger an der Tagesordnung sind. Im Unterschied zu den Bessergestellten im Süden müssen die im Norden aber noch lernen, ihre Privilegien ohne Gewissensbisse zu genießen und auch lernen, „was sie vor zwei Jahrzehnten nur im Auslandsurlaub können mussten, nämlich: im Angesicht der Armut anderer den eigenen Wohlstand leben." (8)

In einer Reaktion auf eine Beschwerde über die „geschäftsschädigende Wirkung" von Obdachlosen brachte die damalige Hanauer Oberbürgermeisterin 1996 das Dilemma der Modernisierungsgewinner hierzulande auf den Punkt: „Ich kann die Leute doch nicht erschießen." In Davao oder Rio de Janeiro hat man da weniger Skrupel.

***Niklas Reese** zeigt als Mitarbeiter des Sozialprojekts des Asienhauses (asienhaus.de) „Eigeninitiative" und ist in verschiedenen linken Zusammenhängen gegen die Agenda 2010 mobil.*

Anmerkungen:
1) Tony Evans, *The Politics of Human Rights*, London 2001, S. 89ff.
2) Thomas Gebauer in: Niklas Reese/ Stefan Eckhardt, *Verflutet noch mal!*, Essen, 2005, S. 72.
3) Evans, a.a.O.
4) Zygmunt Bauman in Kinder der Freiheit, Frankfurt, 1997, S.322.
5) Peripherie Nr. 92, Editorial
6) Niels Mulder, *Inside Philippine Society*, Quezon City 2004, S. 91.
7) Erhard Berner in E+Z, 6/2005, www.inwent.org
8) Friedhelm Hengsbach, Matthias Möhring-Hesse: *Eure Armut kotzt uns an*, Frankfurt 1995, S. 9.

Die Widerspenstigkeit der nomadischen Struktur

Über den imperialen „Kampf der Kulturen" und die Chancen eines grenzüberschreitenden Befreiungsprojekts

Ein Interview mit Sabah Alnasseri

Erleiden die USA und ihre Verbündeten nach dem Scheitern ihrer Versuche, Afghanistan und den Irak zu „befrieden", im eskalierenden Konflikt mit dem Iran eine weitere Niederlage, wird der Bestand der herrschenden Weltordnung ohne Zweifel ernsthaft in Frage gestellt sein. Der nicht auszuschließende Einsturz des Imperiums allein aber ist noch lange kein emanzipatorisches Ereignis, im Gegenteil: Auf die mörderische Weltordnung des globalen Kapitalismus könnte eine „Weltunordnung" von schlicht katastrophischem Charakter folgen. In derart unsicherer Lage stellt Fantômas Sabah Alnasseri die in linker Perspektive wichtigste aller Fragen: „Was tun?"

Fantômas: *Walden Bello, ein anerkannter Sprecher der globalisierungskritischen Bewegungen des Südens, hat gesagt, dass sich im irakischen Falludscha das Schicksal des US-Imperialismus entscheidet. Was hältst Du davon?*

Sabah Alnasseri: Bello denkt in Analogie zum Vietnamkrieg und in klassisch-antiimperialistischer Perspektive. Deswegen geht er davon aus, dass „der" Imperialismus an einem bestimmten Ort, diesmal im Irak, zu Grunde gehen könnte. Doch ist Imperialismus heute ein globales Verhältnis, dass sich in unterschiedlichen Formen reproduziert. Wenn der Irak trotzdem ein Ort ist, an dem sich die Widersprüche imperialistischer Herrschaft verdichten, dann weil dort ihre hegemoniale Form auf dem Spiel steht, die neokonservative, die gegenwärtig die Politik der USA bestimmt. Diese Form von Imperialismus versucht, die globalen Verhältnisse bipolar umzustrukturieren, und dazu dient den USA Samuel Huntingtons Szenario eines „Kampfs der Kulturen". Das ist es, was im Irak und im arabischen Raum auf dem Spiel steht, nicht „der" Imperialismus. Deshalb wird ein Scheitern der Neokonservativen im Irak zunächst einmal neue Formen imperialistischer Herrschaft hervorbringen. Denkbar ist z.B., dass es zu einem Kompromiss mit den irakischen Eliten kommt, der es den USA erlaubt, ihre Position ohne militärische Präsenz zu sichern. Soll der Widerstand gegen die neokonservative Politik des „Kampfs der Kulturen" für die Reproduktion des Imperialismus überhaupt global gefährlich werden, muss er andere, globale Formen annehmen.

Das erinnert an die These einer anderen Sprecherin der Bewegungen des Südens, an Arundhati Roy. Auf dem Weltsozialforum in Mumbai hat sie gesagt, dass es für die Bewegungen nicht darum geht, sich mit dem irakischen Widerstand zu solidarisieren, sondern darum, selbst zum globalen Widerstand gegen die Besatzung zu werden. Meinst Du das?

Nur bedingt. Roy konstruiert einen „Hauptwiderspruch", den zwischen dem von den USA dominierten Imperialismus und den globalen Bewegungen. Damit verdeckt sie – ganz nach dem Schema von Haupt- und Nebenwiderspruch – die Vielzahl der tatsächlichen Konflikte, allen voran die Konflikte im Irak. Was in diesem Schema als nebensächlich erscheint, kann aber sehr wohl dominant werden: Dass der Widerstand im Irak ultrakonservative Formen angenommen hat, ist doch nicht nebensächlich für das, was global möglich ist!

OK, dann lass' uns einen dritten Versuch machen. IrakerInnen aus dem Exil haben eine „Erklärung zum Dritten Jahrestag der Besetzung des Irak" veröffentlicht, in der sie „sämtliche politischen Aktivisten und alle sozialen und religiösen Führungspersönlichkeiten" zu einem „echten nationalen irakischen Dialog" aufrufen, der den „genuinen patriotischen Widerstand mit einschließen" soll, den „friedlichen" und den „mit anderen Mitteln". Liegt darin nicht die Antwort auf die Frage: Was tun?

Der Aufruf wendet sich an „unser ganzes Volk", fordert einen „vereinten, demokratischen und vollständig unabhängigen Irak" und behauptet, dass „die Iraker Einheit, Frieden und Stabilität" wollen, um ein „nationales Programm des Wiederaufbaus und der Entwicklung beginnen zu können". Das ist ein arabisch-nationalistischer Diskurs. Wenn man von der „Einheit der Iraker" und vom „Volk" spricht, dann spricht man vom arabischen Volk. Das schließt zum Beispiel die KurdInnen aus und verdeckt zugleich all' die anderen Widersprüche, die Widersprüche im Widerstand, aber auch die unter den Eliten. Versteht mich richtig: Auch ich halte die Bildung einer breiten Front im Kampf gegen die Besatzung für nötig, doch darf das nicht die Front eines „echten nationalen irakischen Dialogs" und schon gar nicht die eines „genuin patriotischen Widerstands" sein. Man kann zum Beispiel nicht negieren, dass die KurdInnen den Sturz

Saddams als Befreiung erlebt haben. Das muss man ernst nehmen, damit muss man den Anfang machen.

Das klingt nach der Quadratur des Kreises. Kann das gelingen?

Ja, wenn ein solches Bündnis nicht das Projekt einer bestimmten Kraft wird, sondern es zu einer Kombination der verschiedenen Ansätze, zu einer vielfältigen Trägerschaft käme, die religiöse und säkulare, schiitische und sunnitische, konservative, liberale und linke Gruppen ebenso einschließt wie die Tribalorganisationen in Kurdistan und im südlichen und mittleren Irak. Und, um den Preis noch höher zu schrauben: Dabei dürfen weder Klassenfragen, noch die der Geschlechterverhältnisse, noch die tatsächliche Internationalisierung unserer Erfahrungen übersprungen werden, in der dem Exil und der Migration seit fünfundzwanzig Jahren eine entscheidende Rolle zukommt. Es muss also eine Lösung für die inneren Widersprüche eines solchen Bündnisses gefunden werden, die niemanden ausschließt – außer den bloß zerstörerischen Kräften mit baathistischem oder radikalislamitischem Hintergrund. Schließlich darf es sich dabei nicht um ein „irakisches" Projekt handeln, sondern das muss grenzüberschreitend angegangen werden und sich auf den gesamten arabischen Raum beziehen, auch wenn es vom Irak ausgeht. Dabei kann dann auch in den Blick genommen werden, dass sich mit der Krise imperialistischer Politik im Irak die Spielräume der Politik z.B. in Lateinamerika erweitern. Ihr seht: Ich sage nicht, dass es ganz falsch ist, was Bello, Roy und dieser Aufruf sagen.

Aber die Frage, wie so ein Prozess möglich werden soll, beantwortest Du so wenig wie Bello oder Roy. Woher nimmst Du die Hoffnung auf eine solche emanzipatorische Transformation und Erweiterung des Widerstands?

Man muss dazu die zahlreichen Verschiebungen seit 2003 beachten. Anfangs stand die Mehrheit der Bevölkerung dem US-Angriff passiv gegenüber und eine Minderheit versuchte, den Krieg mit spektakulären Aktionen in die Länge zu ziehen. Dieses Kalkül ist aufgegangen, das ist zunächst einmal eine Tatsache, auch wenn die Aktionen schrecklich waren und sind. Die im Krieg zerstörte Infrastruktur wurde nicht wieder aufgebaut, der Kreis der Verlierer erweitert sich enorm, die Mittelklasse gibt ihre Hoffnung auf einen Aufstieg auf und schließt sich dem unbewaffneten, sogar dem bewaffneten Widerstand an. Es gibt inzwischen große Palette unterschiedlicher politischer Organisationen, die in der Gegnerschaft zur US-Besatzung verbunden sind. Um drei Beispiele zu geben: Als das irakische Parlament eröffnet werden sollte, war es eine rein patriarchale Anstalt, in der die Teilnahme von Frauen nicht vorgesehen war. Dann haben die Frauen demonstriert und erzwungen, mindestens ein Viertel der Sitze für sie zu reservieren. Zugleich haben sich konservative Frauen Zugang zum Klerus verschafft, mittlerweile gibt es wenigstens eine weibliche Rechtsgelehrte. Drittes Beispiel ist die autonome Gewerkschaftsbewegung im Süden des Irak. Sie ist weder staatsnoch parteinah organisiert, kämpft sowohl gegen die Besatzung als auch gegen Privatisierung. Obwohl sie erst seit drei Jahren existiert, zählt sie bereits 35.000 Mitglieder und hat ein Mobilisierungspotenzial von 200.000 Leuten. Das nenne ich den offenen Prozess des Widerstands, und dem schließen sich mittlerweile auch konservative Kräfte an. Mit deren Einbindung wäre viel gewonnen, weil sie enormen Einfluss auf die Landbevölkerung haben.

Und gerade wegen dieses schwierigen Prozesses kann und muss man für den sofortigen Rückzug der Besatzung sein?

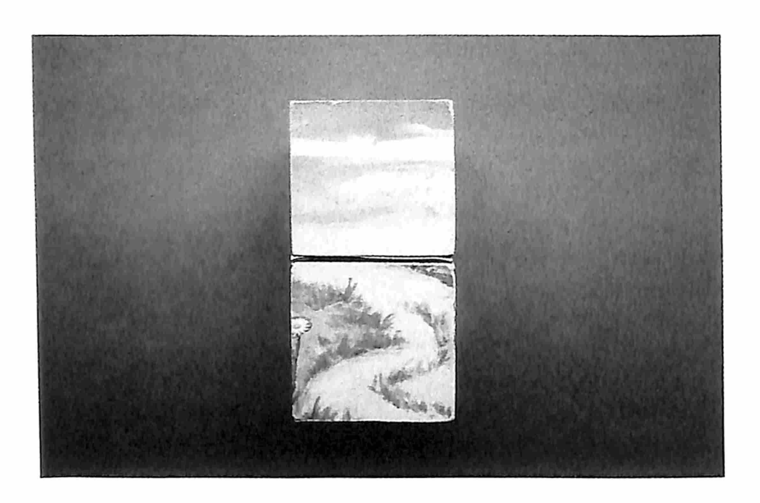
Wenn man das sofortige Ende der Besatzung durchsetzt, werden sie ein bis zwei Jahre brauchen, ihre Truppen abzuziehen. Es geht um eine Botschaft: Seid ihr bereit, den Irak zu verlassen, sind wir bereit, zu verhandeln. Und dann brauchen wir einen föderalistischen Staat, in dem sich die Widersprüche spiegeln, in dem sie ausgetragen werden können. Gelingt es nicht, die inneren Widersprüche ernst zu nehmen, wird der Prozess scheitern. Wie schwierig es ist, sie auszutragen, sieht man an der Regierungsbildung: Die Wahlen sind vier Monate her, aber wir haben noch immer keine Regierung. Darin drückt sich die Orientierungslosigkeit, doch auch die Offenheit aus. Dass das ein offener Prozess ist, heißt natürlich auch, dass es nicht um einen linken Prozess geht. Mein Punkt ist die Grenzüberschreitung.

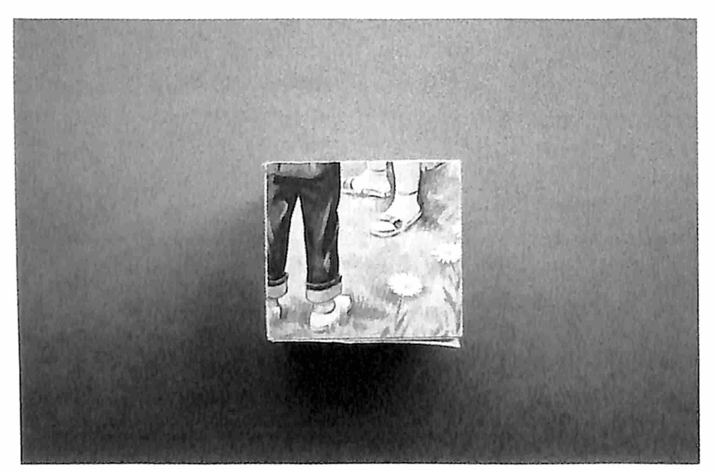
Gut, dass Du darauf zurückkommst. Du sagst, dass sich der Widerstand wenigstens auf den arabischen Raum beziehen muss. Was verstehst Du darunter?

Mit dem Begriff des „arabischen Raums" beziehe ich mich auf die für den Mittleren und Nahen Osten prägende Kolonialgeschichte, die natürlich nicht nur AraberInnen betrifft, sondern auch KurdInnen, BerberInnen, den Iran, Afghanistan usw. Die Struktur dieses Raums wird institutionell durch das bestimmt, was ich die „nomadische Staatsform" nenne. Damit meine ich nicht den historischen Umstand, dass die Gesellschaften des ganzen arabischen Raums Nomadengesellschaften waren und in Teilen immer noch sind. Ich meine die Form von Staatlichkeit, die der Kolonialismus produziert hat, als er sich diese Gesellschaften unterworfen hat. Die aus dem Kolonialismus hervorgegangenen Staaten des arabischen Raums sind „nomadisch", weil sie zwei Momente des alten Nomadismus übernommen haben: die kollektivistisch-klientelistische Organisation von Herrschaft, und den Umstand, nicht nationalräumlich fixiert zu sein. Der nomadische Staat ist kein Nationalstaat und wird auch nicht von einer nationalen Bourgeoisie getragen. Er ist eine grenzübergreifende Mischform stammesgesellschaftlicher und staatlicher Herrschaft.

Was bedeutet diese „nomadische" Struktur für soziale Kämpfe und politische Organisierung, gerade im Bezug auf den Widerstand, von dem Du sagst, dass er „grenzübergreifend" sein muss?

Im arabischen Raum folgen politische Organisierung und soziale Kämpfe seit dem Kampf gegen den Kolonialismus eigentümlichen „Pan"-Ideologien, früher dem Panarabismus, gegenwärtig eher einem





Panislamismus. Das hat exakt mit der nomadischen Staatsform zu tun, die nie auf ein nationales Projekt westlichen Sinns zu beschränken war und immer grenzüberschreitenden und insofern inklusiven Charakters ist. Dass erst die arabisch-nationalistischen, dann die islamitischen „Pan"-Ideologien hegemonial wurden und mit ihnen das sie finanzierende, von ihnen artikulierte „Islamkapital", nicht aber eine sozialistische, hat mit strategischen Fehlern der Linken innerhalb wie außerhalb des arabischen Raums zu tun, mit ihrer Fixierung auf die Staatsmacht. Emanzipation wurde über den Staat gedacht. Die Islamiten hingegen versuchten, vom Staat wegzukommen und außerstaatliche soziale Institutionen zu etablieren – wie die Hamas zum Beispiel oder die Muslimbrüder, die Hisbollah. Dies hat die Linke marginalisiert. Doch darf nicht vergessen werden, dass der Sozialismus im arabischen Raum ebenfalls als „Pan"-Ideologie funktionierte, und dass er zeitweilig sehr stark war. Daran kann angeschlossen werden, weil es auf Grund der im gesamten arabischen Raum ähnlichen soziokulturellen Strukturen die einschließende Kraft für ein grenzüberschreitendes und eben nicht bloß „arabisches" zivilisatorisches Projekt gibt. Der Konflikt im Irak verstärkt, auch wenn das nicht unmittelbar augenscheinlich ist, gerade diese latente Möglichkeit. So sind die aktuellen arabischen Regime massiv unter Druck geraten: Gehen die Leute gegen den Krieg auf die Straße, kann die Regierung schlecht gegen ihre Position sein. Doch stellen die Leute mit den USA auch diese Regime in Frage. Deshalb taumeln sie ständig einen Schritt vor und zwei zurück: sie übernehmen die Forderungen der Leute und verbieten ihre Demonstrationen. Das ist eine Position der Schwäche, die sich auch daran zeigt, dass sie es sich nicht leisten können, die neoliberale Agenda eins zu eins umsetzen. Dem entspricht, dass im Libanon, in Marokko und Algerien immer stärkere demokratische und globalisierungskritische Gruppierungen in Erscheinung treten, die für ein grenzüberschreitendes und im emanzipatorischen Sinn antiimperiales Projekt stehen.

Das führt uns aufs Imperium zurück. Geht man davon aus, dass für die „internationale Gemeinschaft" einerseits imperialistische Motivationen treibend sind – von der Rohstoffsicherung bis zur geostrategischen Kontrolle – und andererseits im engeren Sinn imperiale, also der Versuch der Aufrechterhaltung bzw. Durchsetzung von Weltordnung im Interesse eines global operierenden, vom Nationalstaat gelösten Kapitals – welche



Motivation leiten die USA als hegemoniale imperial(istisch)e Macht?

Man kann sicher partikulare Interesse aufzählen, Öl, Militärbasen und anderes. Aber das sagt nichts über den globalen Zusammenhang imperialer Politik. Ausgehend davon, dass es eine globale Krise der Weltordnung gibt, behaupte ich, dass die Neokonservativen in den USA es darauf anlegen, genau die Konstruktion Huntingtons, also den „Kampf der Kulturen", in Bewegung zu setzen. Sie wollen aus kulturellen Unterschieden tatsächlich ein Politikum machen und eine Umstrukturierung in Gang zu setzen, die nach Ende des Kalten Krieges eine bipolare Welt wieder herstellt, ideologisch neu aufzieht. Die Ironie der Geschichte ist, dass die USA vor dem Ende des Kalten Krieges die islamische Revolution und mit ihr die schiitische Ideologie eindämmen wollten – und deshalb mit Saddam Hussein lange die sunnitische Karte ausgespielt haben -, mit dem Einmarsch 2003 allerdings genau die schiitische Form des Islam verstärkt haben, im Irak, in Iran, Afghanistan, Libanon, Pakistan, Syrien. Deshalb, um darauf zurückzukommen, steht im arabischen Raum nicht „der" Imperialismus, sondern seine neokonservative Form auf dem Spiel.

Für wie wahrscheinlich hältst Du vor diesem Hintergrund einen US-Einmarsch in Iran?

Ein Krieg ist unwahrscheinlich, ich rechne eher mit chirurgischen Schlägen gegen strategische Orte, z.B. Atomanlagen. Noch besser wäre für die USA, wenn inneriranische Kräfte dies erledigen würden. Allerdings ist es schwer, die Bush-Administration einzuschätzen, es gibt da eine Radikalität, die tendenziell irrational ist. Dem steht auf der anderen Seite Ahmadinejad gegenüber, ein Kerl aus ultrakonservativem Haus, der im Kampf gegen liberal-schiitische Kräfte nach oben kam, die durch den Irakkrieg geschwächt wurden. Doch muss man gerade bei ihm zwischen Rhetorik und Realpolitik unterscheiden. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass er und seine Leute einen Krieg riskieren und jeden Kompromiss ablehnen: Sie haben sehr viel zu verlieren, haben erfolgreich ein eigenes Entwicklungsmodell in Gang gesetzt. Die Atomanlagen sind ein Zeichen dafür, dass sich das Land industriell sehr viel weiterentwickelt hat als man dachte. Deshalb werden die Verhandlungen auch von eher liberalen Kräften geführt, es ist eine Arbeitsteilung. In diesen Verhandlungen agieren die Europäer äußerst ungeschickt, indem sie dem Iran im Grund kaum die Möglichkeit gewähren, einen Kompromiss zu schließen.

Was treibt die USA und die EU, wenn sie so vorgehen?

Man hat die Gefahr entdeckt, dass es dem Iran möglich ist, innerhalb der Globalisierung eine Entwicklungsstrategie in Gang zu setzen, die zwar kulturell schiitisch daher kommt, de facto aber innerhalb der iranischen Gesellschaft mehrere Klassen einbindet, auch die Arbeiter. Und das ist eine Gefahr sowohl für die Europäer als auch für die USA, weil sich da ein weiteres subimperiales Zentrum bilden könnte, neben China, neben Brasilien. Das Problem ist, dass sich die konservativen Kräfte in den USA wie auch in Israel zu sehr auf ihre militärische Dominanz verlassen – das ist trügerisch. Hinzu kommt die extrem ungeschickte Verhandlung der EU mit dem Iran, die ihm wie gesagt keinerlei Spielräume ließ. Nimmt man das zusammen, muss man sagen: die Hauptgefahr bleibt die Bush-Administration.

Das einmal zugegeben – was kann angesichts der antisemitischen Rhetorik und ultrakonservativen Politik Ahmadinedjads die Position einer globalen Anti-Kriegs-Bewegung sein?

Das Problem ist noch immer dasselbe wie 1990/91 und 2003: Wie kann man gegen den Krieg sein, ohne Pro-Saddam oder eben Pro-Ahmadinedjad zu sein? Wenn man den Globus als Kontext sieht, muss man sowohl gegen den Krieg wie auch gegen das irakische oder das iranische Regime sein. Das heißt man muss gegen alle Kräfte sein, die dem imperialen Projekt einer bipolaren Neustrukturierung der Welt im „Kampf der Kulturen" in die Hände spielen. Im arabischen Raum heißt das, für das grenzüberschreitende Alternativprojekt zu arbeiten, von dem ich sprach. Innerhalb dieses Alternativprojekts – das im Ganzen ja kein linkes ist – und in dem Bezug, den man von hier aus zu diesem Projekt aufbauen muss, wird es dann darum gehen, Mehrheiten für materielle Freiheitssehnsüchte zu mobilisieren, für eine Befreiung vom Imperialismus, die diesen Namen zu Recht trägt.

__Sabah Alnasseri__ ist Politikwissenschaftler und lebt in Frankfurt. Er ist der Herausgeber von „Politik jenseits der Kreuzzüge. Zur aktuellen politischen Situation im Mittleren und Nahen Osten", Westfälisches Dampfboot Verlag, Münster 2004. Das Gespräch führten __Frauke Banse__ und __Thomas Seibert__.



Wichtiger als der Rote Oktober!

Die Iranische Revolution und ihre Bedeutung für die Linke

Vom Redaktionskollektiv „Autonomie Neue Folge“

Herrschaft der Mullahs, Unterdrückung der Opposition: Mit der Iranischen Revolution von 1979 verbinden sich keine angenehmen Assoziationen. Kaum vorstellbar, dass die Revolution einmal zu großen Hoffnungen in Teilen der Linken Anlass gab. Und dennoch war es so, wie der Auszug aus dem Editorial der Nummer 1 der *Autonomie Neue Folge* vom Mai 1979 verdeutlicht.

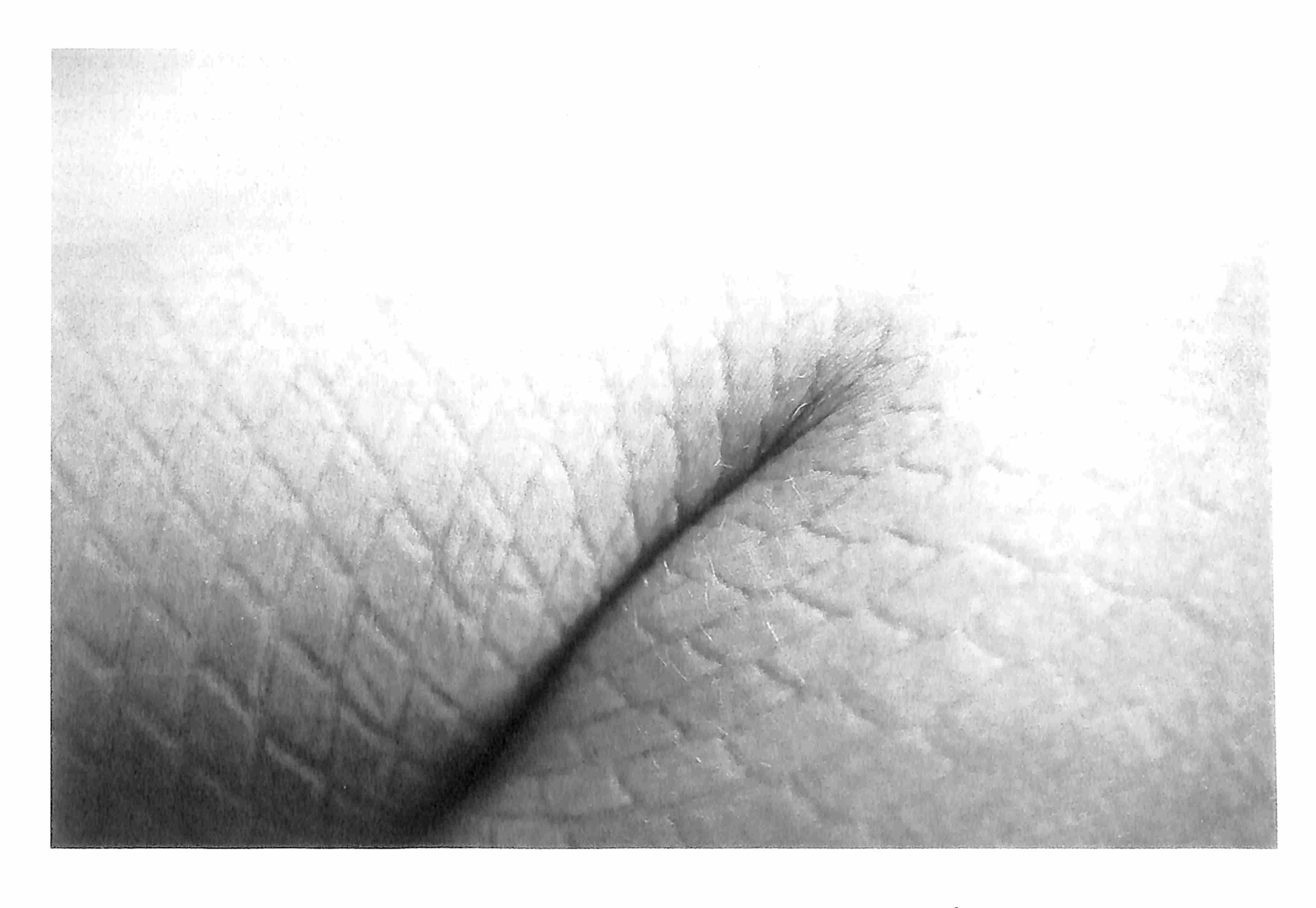
Als wir bei unseren Massendemonstrationen am 2. und 3. in Westberlin und Hamburg den Tod Benno Ohnesorgs und die erstmalige Praktizierung von Vorbeugehaft erlebten, hatten wir keine Hoffnung auf eine soziale Revolution gegen das despotische Pahlevi-Persien in absehbarer Zeit. Auch im verhaltenen Nachklang fast zwölf Jahre später, anlässlich der iranischen Herbstmassaker von 1978, war Zuversicht auf eine grundlegende Umwälzung im Iran nicht zu spüren. Mit den Kenntnissen um die Avantgarde des iranischen Widerstands war es schlecht bestellt. Über den Volkswiderstand selbst wussten wir überhaupt nichts. Unser Interesse war nicht gerade groß, die Beziehung der sozialrevolutionären Gruppen zum untergründigen Rumoren in den iranischen Volksmassen gegen eine überstürzte Neuauflage der orientalischen Despotie unter den Vorzeichen des „westlichen Fortschritts“ zu begreifen und auf unsere eigene metropolitane Situation zu beziehen. Inzwischen ist die iranische Revolution Wirklichkeit geworden. Wenn uns nicht alles täuscht, überragt ihre Bedeutung den roten Oktober 1917 bei weitem; sie ist dabei, mit ihren Erfahrungen und Inhalten an seine Stelle zu treten. Ein ungeheures Paradox für uns: mit dem Marxismus – unserem Marxismus – hat diese Revolution so gut wie nichts zu tun. Der soziale Aufstand der iranischen Massen hat sich mit einer chiliastisch gefärbten wie traditionsreichen sozialrevolutionären Bewegung zur Rückeroberung von entfalteter und reicher sozialer Individualität jenseits aller „objektiven“ Fortschritts- und Entwicklungsmythen verbunden. Der „neue Mensch“ des Schiismus, der die Revolution massenhaft von unten vorantreibt, beginnt aus Gründen der Moral, der Menschenwürde, der Wiedererweckung von Gemeinschaftlichkeit in Familienunion und Gemeinde den autokratischen Sprung des Pahlevi ins 21. Jahrhundert mit seinen Kernkraftwerken, komplexau-



tomatisierten Kombinaten und Agrofabriken zu stoppen. Er zielt auf humane Vielfalt, wenn er nach dem Volksaufstand die Debatten um Dezentralisierung von ökonomischer und politischer Macht und um die mit umstrukturierten Technologien zu bewerkstelligende Erneuerung der traditionellen Gemeinschaftlichkeiten der Unterklassen aufnimmt.

Für uns ist das eine ungeheure Provokation. Provokation heißt Herausforderung. Lasst die iranische Revolution auf uns vom Standpunkt sozialrevolutionärer Solidarität, von unten her, wirken. Lasst uns erst einmal zuhören, auf den Begriff bringen, was dieser Massenaufstand gegen den positivistisch-neokolonialistischen Fortschrittsmythos des Westens vorzubringen hat, der auch ein gut Teil unserer eigenen marxistisch-leninistischen Denkmuster ist. Erfolgreiche Revolutionen haben das Recht, erstgenommen, studiert zu werden, und scheinbar festgefügte Dogmengebäude zu erschüttern. (...)

Unser bisheriger Internationalismus war eurozentristisch. Wir hingen immer denjenigen Avantgarden an, die letzten Endes nur das entwicklungsorientierte Weltbild der Metropolen reproduzieren wollten: forciert natürlich, nachholend akkumulierend, gegen die Strategien der heutigen Metropolen-Multis gerichtet. Diese Art von Antiimperialismus war in ihren zentralen Inhalten durchaus affirmativ, auf die Erzeugung von atomisierter Arbeitsmoral ausgerichtet, wenn auch auf eigene „avantgardistische" Faust und außerhalb des aktuellen weltwirtschaftlichen Zyklus. Voraussetzung für die schon fast gesetzmäßig gewordene Enttäuschung über die Folgen dieser „Revolutionen" war unser Liebäugeln mit einer Halbheit, die wir überwinden müssen. Es wird langsam Zeit, dass wir zuallererst einmal die Legitimität nicht-eurozentristisch geprägter sozialrevolutionärer Praxis im Iran und in den drei Kontinenten überhaupt anerkennen. Wir müssen endlich bereit sein, die sozialen Kämpfe der nichteuropäischen Volksmassen mit ihren eigenen Augen zu sehen und ihren eigenen Ohren zu hören, nicht mit unseren. Vielleicht werden wir dann eines Tages fähig sein, mit fremden Augen die Realität unserer eigenen Metropole zu durchdringen, in der unser Land ist. Vielleicht brauchen wir diese von außen kommende Fremdheit, um zu untersuchen, inwieweit es bei den Unterklassen hierzulande noch etwas Eingewurzeltes, Beharrendes, auf den sozialen Menschen statt das Wirtschaftswachstum zum Atomstaat setzendes Verhalten gibt, das für eine sozialrevolutionäre Alternative wichtig ist. Vielleicht ist der Graben, der uns bis heute von den Unterklassen im eigenen Land getrennt hält, ganz anders beschaffen, als wir uns bislang vorstellten. Vielleicht gibt es tatsächlich hinter der sozialtechnisch perfekt werdenden Fremdheit des zum Arbeitstier degradierten metropolitanen Menschen der Massengesellschaft seiner Tätigkeit, seinen Angehörigen und Nachbarn gegenüber alte Vorstellungen von Egalität, Würde, von Lebensvielfalt zu entdecken, die entfaltungsbedürftig sind: Wir wissen es nicht, aber immerhin werden wir uns die Sozialgeschichte von unten bis zurück ins 16. Jahrhundert, bis hin zum Bundschuh und zu Thomas Müntzer, neu aneignen müssen. Was auf jeden Fall ansteht, ist der Schritt über die Verweigerungsnegativität des atomisierten Massenarbeiters hinaus zur positiven sozialen Utopie, die auch hier zum Umsturz drängt, sobald sie konkret wird.



Die Protektorate des Imperiums

Zur Kritik „humanitärer Interventionen" – der Fall Sierra Leone

Von Frauke Banse und Thomas Seibert

Mit der absoluten Verelendung ganzer Regionen entstehen Ökonomien der Gewalt, deren Reproduktionsweise der auf Dauer gestellte Krieg ist. Mit ihnen öffnet sich ein post-politischer Raum, der Rechtsbrüche nicht mehr kennt, weil ihm Recht und Rechtlichkeit gänzlich fremd geworden sind. Die Ideologen des Empire propagieren deshalb „humanitäre Interventionen" und „liberale Protektorate". Frauke Banse und Thomas Seibert erkunden die Voraussetzungen einer linken Antwort auf ein Problem, das sich nicht abweisen lassen wird: zuerst entlang der Differenz zwischen imperialer und imperialistischer Politik, dann, konkret, in Sierra Leone.

Spätestens seit dem Ende der Blockkonfrontation sind die geopolitischen Strategien der global dominierenden Mächte auch deshalb schwerer einzuschätzen als zuvor, weil sie zugleich von imperialistischen wie von imperialen Kalkülen bestimmt werden. Bei ersteren geht es primär um einen möglichst exklusiven Zugriff auf territorial verortete Ressourcen, Arbeitskräfte und Märkte im Rahmen einer Konkurrenz verschiedener imperialistischer Nationalstaaten, die dabei jeweils im Interesse „ihres" Kapitals zu handeln suchen. Im imperialen Kalkül dagegen geht es nach Michael Hardt und Toni Negri darum, eine zunehmend deterritorialisierte und strukturell prekäre „Weltordnung" zu sichern bzw. allererst durchzusetzen. (1) Wenn wir im folgenden wiederholt auf Hardt/Negri zurückkommen, geht es uns nicht um ihre Theorie des Empires, sondern um eine erste Annäherung an ein Problem, das wir mit Hilfe ihrer Begriffe vorläufig skizzieren wollen.

Stellt auch das imperiale Kalkül Konkurrenzverhältnisse verschiedener Akteure in Rechnung, handelt es sich dabei weniger um eine Konkurrenz im Zugriff auf bestimmte Territorien, als um die jeweilige Position und Kompetenz im globalen Machtgefüge imperialer Kontrolle und die Art und Weise der Durchsetzung und Verteidigung eines solchen grenzübergreifenden Kontroll- und Sicherungsregimes. Hier wirken strukturale Zwänge, deren wichtigster die Transformation der staatlichen Souveränität ist: Während innerimperialistische Konkurrenz zwischen einer Vielzahl nationaler Souveräne ausgespielt wird, verstrickt innerimperiale Konkurrenz ihre – formell meist nationalstaatlich organisierten – Mitspieler in einen Kampf um ihren Anteil an einer einzigen, der imperialen Souveränität.

Empire *und* Imperialismus

Ohne Zweifel besteht die Hauptschwierigkeit in der Analyse imperialistischer wie imperialer Politiken darin, dass beide im konkreten Einzelfall kaum eindeutig voneinander getrennt werden können. So war die um den Irakkrieg geführte Auseinandersetzung zwischen dem angloamerikanischen und dem deutschfranzösischen Machtblock sicher auch eine Auseinandersetzung um den Zugriff auf die Ressourcen des Irak sowie die strategische Vormacht im Mittleren und Nahen Osten im Rahmen traditioneller innerimperialistischer Konkurrenzen. Doch wurden die Konflikte um Ressourcenströme, Arbeitskraft, Märkte und strategische Vor- und Nachteile von Anfang an von einer innerimperialen Konkurrenz um die Aufrechterhaltung und Durchsetzung von Weltordnung überlagert – in den Worten Hardt/Negris: von der Konkurrenz zwischen der cäsarischen Macht und der wichtigsten aristokratischen Macht um die Führung des Imperiums. In der ging es nicht darum, ob, sondern wie das zum „Sicherheitsrisiko" gewordene Baath-Regime beseitigt werden durfte bzw. sollte. Dabei folgte die Forderung des deutschfranzösischen Blocks nach einer multilateralen Abstimmung des Vorgehens und nach dessen juristischer Legitimation durch die UNO vordringlich imperialen, weniger imperialistischen Kalkülen, während der Unilateralismus der USA ganz offensichtlich Ausdruck eines internen „imperialist backlash" war, in dem die Berufung auf Demokratie und Menschenrecht eher als bloß ideologischer „Vorwand" im klassischen Sinn des Begriffs diente.

Tatsächlich ist der unterschiedliche Umgang mit der im formellen Sinn demokratischen, im engeren Sinn juristischen, in jedem Fall aber menschenrechtlichen Legitimation des eigenen Handelns eines der wichtigsten Kriterien, um imperialistische und imperiale Politiken unterscheiden zu können. Natürlich sind Demokratie und Menschenrecht in den Kalkülen der Dominanzmächte der Globalisierung insoweit „bloß" fiktive Einsätze, als deren Logik materiell in jedem Fall auf die Verfügungsgewalt über den weltgesellschaftlichen Reichtum und die Mittel seiner Reproduktion zielt und Demokratisierung deshalb immer nur begrenzt zugelassen werden kann. Sofern es imperialer Politik aber gerade deshalb, d.h. gerade aus der Nötigung, das Imperium führen zu müssen, immer auch um eine „pax imperiale" geht, die als symbolische Geschäftsgrundlage einer inklusiven Weltordnung funktionieren soll, bildet die Berufung auf eine formaldemokratische und formaljuristische Legitimation zugleich einen realen, d.h. ernsthaft ausgespielten und somit

wesentlich zum Kalkül selbst gehörenden Einsatz. Der Nachweis, dass die beanspruchte Durchsetzung von Demokratie und Menschenrecht „vorgeschoben" werde und es „in Wahrheit" nur um Macht gehe, schließt also nicht aus, sondern gerade ein, dass die Ausübung dieser Macht – besser: dieser Führung – an der natürlich immer begrenzten Anerkennung von Demokratie und Menschenrecht hängt.

Der Gewalt Grenzen ziehen

Deutlicher noch als in der innerimperialen Konkurrenz um die „Befriedung" des Irak kann dies an den Debatten um die so genannten „failed states" bzw. die Einrichtung „liberaler Protektorate" in den Zusammenbruchsregionen des Globalen Südens abgelesen werden. Dabei gehen die konzeptiven Ideologen eines solchen „Protektionismus" – in Deutschland etwa Erhard Eppler, Ulrich Menzel und Herfried Münkler, bezeichnenderweise allesamt von der Linken kommend – von einem Problem aus, das sich imperialistischer Politik so nie gestellt hat: dem Problem, dass im globalen Empire nach außen sich abschottende, doch zugleich auch von innen bedrohte Zonen relativen Reichtums und relativer Zivilität von wachsenden Gebieten absoluter Armut, sozialer Verwüstung und extremer Gewalt umschlossen werden, in denen eine Unterklasse der „Überflüssigen" unter zum Teil unvorstellbar grausamen Bedingungen ihr Überleben organisieren muss. Auch wenn selbst in den elendsten Winkeln dieser „killing fields" der Globalisierung noch spezifische Verwertungsinteressen ausgemacht werden können – Profite aus Mikrokreditökonomien, dem Waffen-, Drogen- und Rohstoffschmuggel oder der Vermarktung von Nicht-Regierungs-Organisationen entwendeten Hilfsgütern – können „humanitäre Interventionen" zur Einhegung verwilderter Gewaltverhältnisse mit solchen Interessen *allein* nicht erklärt werden.

Dafür spricht nicht zuletzt die eher polizeiliche Form der seit den 1990er Jahren zunehmenden „Weltordnungskriege". (2) Bis zum Dritten Golfkrieg verliefen diese primär nach dem Muster einer Razzia, in der die Polizei ein von Gangstern beherrschtes Stadtviertel „aufmischt". In einer solchen Aktion geht es nicht darum, das betreffende Gebiet dauerhaft von „Schurken" zu säubern, um seinen BewohnerInnen eine Perspektive auf „nachhaltige Entwicklung" und „friedliche Beteiligung" zu eröffnen – folglich aber auch nicht oder zumindest nicht primär darum, Ressourcen und Arbeitskräfte zu verwerten und ihre Märkte zu öffnen.

Ziel ist zunächst einmal sicher die Festsetzung der Elendsbevölkerung im eigenen Quartier, d.h. die territoriale Abschottung der „gated communities" der noch prosperierenden Weltregionen. Zugleich aber soll demonstrativ klargestellt werden, wer ein „anständiger Bürger" und wer ein „Schurke" ist und wo die Grenzen dessen liegen, was toleriert wird und was nicht. Letzteres hat dann mit dem *realen* und damit auch ernst zu nehmenden Einsatz der Demokratie- und Menschenrechtsanrufung zu tun: Soll unter den prekären Ein- bzw. Ausschlussdynamiken des transnational entgrenzten Kapitalismus überhaupt noch „Ordnung" gewahrt werden, müssen dabei gerade die Standards und Normen zur Geltung kommen, in denen zwischen den Funktionseliten des Empire und den sie politisch tragenden globalen Mittelklassen ein nicht nur instrumentelles Einverständnis besteht.

Deshalb richtet sich die Anrufung von Demokratie und Menschenrecht immer an wenigstens zwei Adressen. Einmal gilt sie natürlich den ins Visier der imperialen Polizeistreitmächte geratenen „Schurken" selbst und wirkt als „letzte Warnung", sich der Oberhoheit des imperialen Gesetzes zu unterstellen. Zum anderen aber richtet sich die „humanitäre Intervention" nach innen, zielt auf die loyale Einbindung der globalen Mittelklassen und nimmt dabei deren ideologische Orientierung an liberaler Modernität und zivilisatorischer Rechtlichkeit ernst. Das geht soweit, dass die Zahl der Zyniker unter den Propagandisten „humanitärer Interventionen" vermutlich gering zu schätzen ist: Subjektiv sind die meisten Strategen und Ideologen des Empire wohl wirklich von der alt-liberalen Devise überzeugt, nach der es in der Politik darum geht, das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl an Menschen zu verwirklichen.

Deshalb waren die Taliban nicht erst nach dem 11.9. und nicht bloß deshalb „fällig", weil sie einer zumindest partiellen Verwertung der faktisch überflüssigen afghanischen Arbeitskraft bzw. Ressourcen zunehmend im Weg standen. Unsere These ist vielmehr, dass sie ausgeschaltet werden mussten, nachdem sie mit der Sprengung der zum „Weltkulturerbe" gehörigen Buddha-Statuen von Bamyan in symbolisch unmissverständlicher Weise unter Beweis gestellt hatten, dass mit ihnen „zivilisatorisch" kein „Staat" und kein „deal" mehr zu machen war. „Symbolisch unmissverständlich" muss hier wörtlich und unbedingt ernst genommen werden, weil es im imperialen Kalkül – wie in jedem Herrschaftskalkül – nie nur um die effektive, materielle „Störung" der Ordnung, sondern immer auch um deren symbolische Geltung geht.

Aus demselben Grund aber darf die Auseinandersetzung um „humanitäre Interventionen" und „liberale Protektorate" nicht einfach als ideologische Maskerade imperialistischer Raub- und Aneignungsfeldzüge missverstanden werden. Dies umso mehr, als dabei nicht nur die für das Empire unverzichtbare Loyalität der globalen Mittelklassen, sondern auch das selbst nicht nur „nackte", weil ebenfalls immer auch symbolisch artikulierte Überlebensinteresse der Unterklasse der „Überflüssigen" auf dem Spiel steht – wie am Beispiel Sierra Leone gezeigt werden kann.

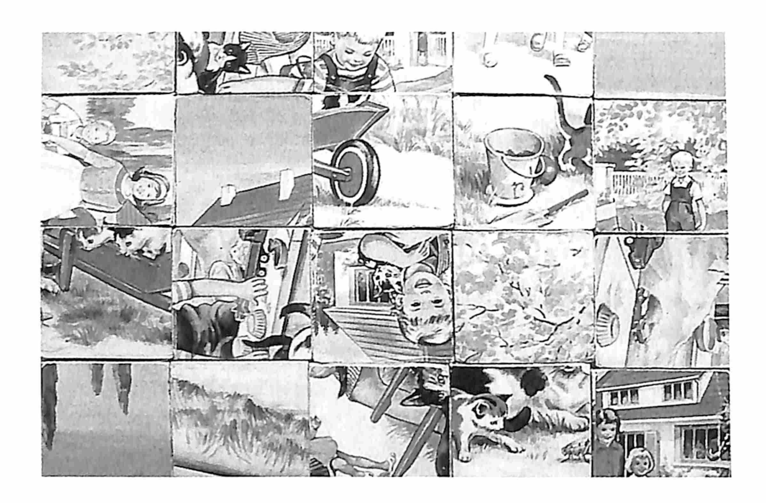
World's End, World's Beginning

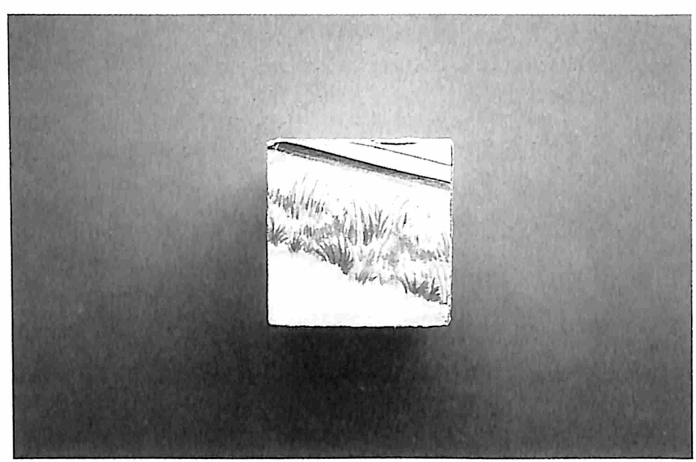
Ein Jahrzehnt lang, von 1991 bis 2002, herrschte in dem westafrikanischen Land die absolut verwilderte Gewalt. Unter dem politisch durchaus rationalen Kalkül begonnen, das korrupte Regime des Präsidenten Joseph Saidu Momoh zu stürzen, entwickelte sich der Bürgerkrieg schnell zu einer Ökonomie fortgesetzter Plünderung, deren „nachhaltigste" Branche der auf Rechnung von Warlords unterschiedlichster Rangstufen betriebene Diamantenhandel wurde. Die Frustration mit dem Regime wurde durch die massive sozial-ökonomische Ungleichheit verstärkt.

Bald wurde der Kriegsdienst für zahllose junge Männer zur einzig attraktiven Verdienstquelle. Zum berühmtesten Profiteur wurde der jüngst wieder in die Schlagzeilen geratene frühere liberianische Präsident Charles Taylor, Schutzherr der aus dem Nachbarland Liberia eindringenden *Revolutionary United Front* (RUF), der mächtigsten und grausamsten „Rebellenbewegung" des Bürgerkriegs. Neben ihr operierten drei bis vier weitere Kampfgruppen, die sich in wechselnder Konstellation gegenseitig bekämpften und doch immer auch miteinander Handel trieben.

Die Verwüstung, die der Konflikt hinterlassen hat, ist unbeschreiblich. Über 20.000 Menschen wurden mit Macheten die Hände oder Beine abgehackt, viele von ihnen verbluteten. Mehr als 40.000 Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt, viele auf lange Jahre zu sklavenförmiger Prostitution gezwungen. Ungezählt auch die Zahl der anderweitig Verstümmelten und Gequälten, der dauernd unter Drogen gesetzten Kindersoldaten. Von den insgesamt nur fünf Millionen EinwohnerInnen wurden ca. zwei Drittel der Bevölkerung vertrieben und ungefähr 50.000 starben. (3)

Die vielbeschworene „internationale Gemeinschaft" und die Kolonialmacht Großbritannien zeigten in den ersten Jahren des Krieges nur wenig Engagement, den Konflikt zu beenden. Ausländische In-





vestitionen waren durch den Krieg nur marginal gefährdet, im Gegenteil: Der britisch-südafrikanische Diamantenkonzern De Beers profitierte nicht schlecht vom billigen Preis der aus dem Land geschmuggelten Diamanten.

1999 wurden die United Nations Mission in Sierra Leone (UNAMISL) aufgestellt, deren Aktivität auf Grund eines sehr beschränkt Mandats und zahlreicher interner Probleme kaum Einfluss auf das Kriegsgeschehen hatte. Im Mai 2000 nahm die RUF, von Sanktionen gegen den Diamantenhandel und Verlusten in Kämpfen mit guineischen Truppen geschwächt, fünfhundert UN-Soldaten als Geiseln. Vermutlich wollte sie so, angelehnt an die Erfahrung in Somalia 1993 und Ruanda 1994, einen Rückzug der UN-Truppen erwirken. Doch gab ausgerechnet die Geiselnahme den Ausschlag für eine veränderte Strategie sowohl der UN als auch Großbritanniens. Die UN hatte aus dem Schock von Ruanda gelernt, zog sich nicht zurück, sondern verlieh der UNAMSIL ein „robusteres" Mandat und stockte sie mit insgesamt 20.500 Soldaten zur weltweit größten UN-Mission auf. Zugleich rüstete Großbritannien die bisher unterbezahlte und wenig effektive sierra-leonische Armee auf und intervenierte selbst mit einer zweihundert Soldaten starken Eliteeinheit – wenn auch offiziell nur zum Schutz britischer Soldaten.

Dennoch gilt die Intervention der Briten als Wendepunkt des Konflikts: „We have almost won a war without firing a shot ... Presence means a lot in this country", sagt ein britischer Soldat. Nicht nur er ging davon aus, dass die symbolische Aktion der früheren Kolonialmacht befriedende Wirkung zeigte. (4) Das Risiko für die UN wie für Großbritannien war allerdings auch nicht sonderlich hoch: Sierra Leone ist ungefähr so groß wie Hessen, mit der Aufstockung und Ummandatierung der UN-Mission war vom Erfolg der Operation auszugehen – und davon, dass ein solcher Erfolg der durch die Geiselnahme einmal mehr düpierten Institution UN gut zu Gesicht stehen würde. Wie hoch auch immer der Blutzoll war, den die Leute von Sierra Leone über all die Jahre zu leisten hatten, die Geiselnahme war eine Grenzüberschreitung, die – hier drängt sich die Parallele zur Sprengung der Buddhafiguren in Bamyan auf – schlichtweg nicht hingenommen werden konnte, sollte von „Weltordnung" die Rede sein. Dieses Kalkül ist aufgegangen: Der Fall Sierra Leone gilt überall als Musterbeispiel eines gelungenen UN-Einsatzes.

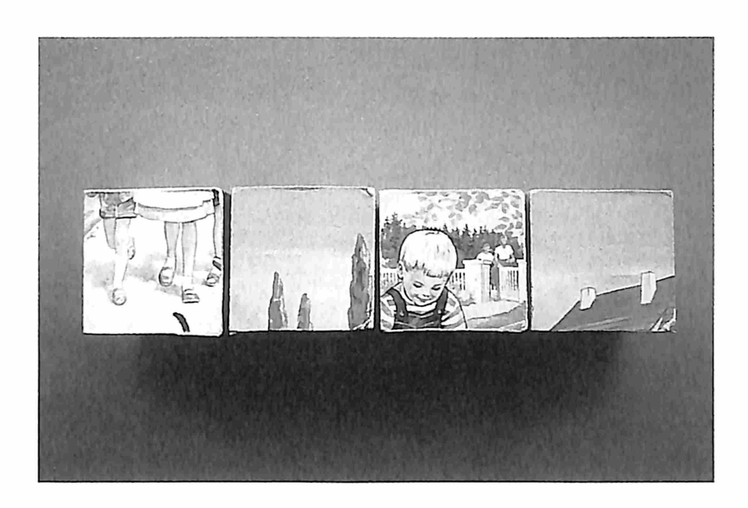
Ob die Mission tatsächlich friedensschaffend war, bleibt nach dem Abzug der UNAMSIL Ende letzten Jahres offen. An der ökonomischen Ungleichheit hat sich nichts verändert. Die Jugendlichen, auf Grund der Perspektivlosigkeit ihrer Situation die damals am einfachsten zu rekrutierende gesellschaftliche Gruppe, sind heute genauso zukunftslos. Ein jüngst von der UN veröffentlichter Bericht lässt nichts Gutes vermuten: Der beste Arbeitgeber für Jugendliche in Westafrika ist der Krieg, so die Studie. (5) Allerdings sorgt sich die Protektoratsmacht Großbritannien um „Good Governance", zielt auf Korruptionsbekämpfung, Aufbau von Rechtsstaatlichkeit, Weltmarktintegration durch Liberalisierung und Stärkung der Zivilgesellschaft.

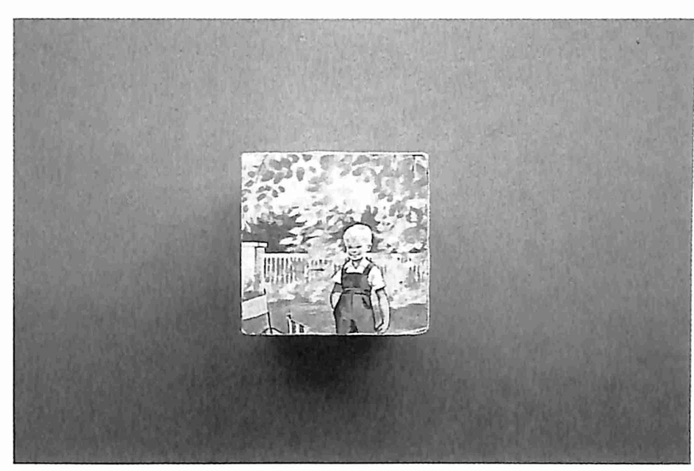
All das gleichzeitig zu verwirklichen, erscheint jedoch als paradoxe Aufgabe, wie schon ein Blick auf die sierra-leonische Zivilgesellschaft zeigt: Wo internationale NGOs der einzig sichere Arbeitgeber von Intellektuellen sind, entsteht eine politische Kultur, die sich vermittels massiver Konkurrenzen strukturiert und vor allem die Sprache der Geldgeber beherrscht. Dem entspricht, dass die „freie Presse" ihren JournalistInnen so wenig zahlen kann, dass diese ihre Artikel nicht auf den Abdruck, sondern auf die Schmiergeldzahlung hin schreiben, die fällig wird, wenn auf Veröffentlichung „verzichtet" wird.

Nicht weniger fragwürdig sind die diversen Programme zur „Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration" (Disarmement, Demobiliation, Reintegration, DDR). Durch sie erhalten frühere Kämpfer zwar eine Kurzausbildung z.B. als Schneider, doch bleibt denen oft nichts anderes übrig, als ihr Werkzeug schleunigst zu verkaufen, weil sie ihre Ware angesichts der Altkleiderschwemme aus Europa auf den Märkten Westafrikas sowieso nicht loswerden könnten.

Politisch bedeutsamer ist allerdings, neben dem militärisch erfolgreichen UN-Einsatz, die Etablierung eines Sondergerichts (Special Court) zur Verfolgung und Verurteilung schwerster Kriegsverbrechen. Der Komplex, der sich in der Hauptstadt Freetown wie ein UFO ausnimmt, ist durch die Verhaftung Charles Taylors wieder in den Blick der Öffentlichkeit geraten und gilt als Musterbeispiel einer Kombination internationaler und nationaler Strafgerichtsbarkeit, mithin als wichtige Referenz für die Etablierung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag. Doch fällt auch hier die Bilanz eher bescheiden aus, vor allem im Verhältnis zur parallel durchgeführten „Wahrheits- und Versöhnungskommission" (Truth and Reconciliation Commission, TRC).

Während der Prozess der Kommission vollkommen unterfinanziert war, den „Versöhungsprozess" in gerade eben vier Monaten absolvieren musste und zentrale Teile seines Abschlussberichts von PraktikantInnen schreiben ließ, beschäftigt der *Special Court* überwiegend gut bezahltes und ausgebildetes Personal und wird wohl 120 Millionen Dollar verschlingen. (6)





Das lässt den Schluss zu, dass das Sondergericht mit der Verurteilung prominenter „Schurken" eher der Legitimierung der Intervention vor der „Weltöffentlichkeit" dienen wird. Auch wenn es selbstredend Sinn macht, Leute wie Taylor vor Gericht zu stellen, macht solches – mit Verlaub – Brimborium noch lange keinen Frieden nach einem Krieg, in dem vor allem Nachbarn Nachbarn terrorisierten. Das alles aber ändert nichts daran, dass der forcierte Einsatz der UNAMSIL und der britischen Eliteeinheit ein furchtbares Gemetzel beendet und Millionen Menschen zumindest den Schutz vor willkürlichen Angriffen und der Gefahr maßloser Demütigung und unwiderruflicher Verstümmelung bieten konnte.

Gegenmacht-im-Werden?

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: „Humanitäre Interventionen" sind und bleiben in den allermeisten Fällen abzulehnen, und in einer Welt rasant zunehmender Verwüstung liegt die erste Aufgabe der Linken in der Denunziation der Verhältnisse, die ein, zwei, viele Sierra Leone schaffen. Deshalb geht es uns hier nicht um ein Pro und Contra zum nächsten „liberalen Protektorat", sondern um eine Reflexion der Bedingungen, unter denen ein solches Entweder-Oder entschieden werden könnte. Die Unumgänglichkeit einer solchen Reflexion resultiert im ersten Schritt aus dem Umstand, dass Linke – sieht man von ausdrücklich pazifistischen Positionen ab – nicht prinzipiell gegen Versuche sein können, nötigenfalls „von außen" gewaltsam in Gewaltverhältnisse einzugreifen. Im zweiten Schritt hängt sie daran, dass uns, wenn wir den nächsten Bundeswehreinsatz im imperial(istisch)en Mandat wenigstens behindern wollen, nicht gleichgültig sein kann, wie sich die Fraktion der Linkspartei zu ihm verhält. Die würde „humanitären Interventionen" auf längere Sicht ihre Zustimmung wohl nicht verweigern, wenn sie völkerrechtlich legitimiert im formaldemokratisch bestätigten UN-Auftrag erfolgen – an Gelegenheiten dazu wird es in nächster Zeit nicht mangeln. Was also tun, was sagen, zu Sierra Leone, zu Dafur, zum Kongo, wenn wir mehr sagen wollen, als dass die Katastrophe durch den globalisierten Kapitalismus bedingt ist? Sagen wir doch einmal, probehalber: Ja, im Mandat der UNO. Worauf führt uns ein solcher Vorschlag? Darauf, die Demokratisierung der „internationalen Gemeinschaft" fordern zu müssen, eine radikale Transformation der UNO, deren erster Schritt die Abschaffung des Sicherheitsrates wäre.

Das ist zugegebenermaßen nicht sonderlich neu, gar nicht revolutionär und andererseits trotzdem, wie man so sagt, „ziemlich utopisch". Es eröffnet aber eine strategische Option, die zu erproben wäre. Im Modell Hardt/Negris liefe sie darauf hinaus, sich im Gefüge der imperialen Souveränität auf deren „plebejische" Stufe zu beziehen. Wird die cäsarische Position von den USA und die aristokratische Position von den mächtigsten Nationalstaaten, den internationalen Finanzinstitutionen und den multi- bzw. transnationalen Konzernen eingenommen, stellt die plebejische Position ein extrem heterogenes Ensemble dar, zu dem die schwachen und schwächsten Nationalstaaten, die massenmedial organisierte „Weltöffentlichkeit", die hunderttausenden von Nicht-Regierungs-Organisationen aller Art gehören.

Die Ränder der plebejischen Stufe fasern unausgesetzt aus und bezeichnen derart die Orte, an denen sich, von der Plebs nur diffus unterschieden, Multituden bilden: die nicht weniger heterogenen subjektiven Milieus der dem Empire immanenten Gegenmacht-im-Werden. Von diesen Rändern aus die Demokratisierung der UNO zu fordern und nach Möglichkeit durchzusetzen – anlässlich einer imperialen Polizei- und Militäraktion und in einer Koalition, die von den Multituden einer global operierenden Antikriegsbewegung über die Netzwerke der NGOs bis hin zu plebejischen, gegebenenfalls auch einzelnen aristokratischen Regierungen reichen könnte – , würde dann einen politischen Ort schaffen, an dem veränderte globale Kräfteverhältnisse ihren institutionellen Ausdruck finden könnten. Zu erreichen ist eine solche Machtverschiebung aber nicht über das Problem „humanitärer Interventionen" und schon gar nicht über „liberale Protektorate", sondern nur im Kampf gegen die ökonomischen und politischen Ursachen gesellschaftlicher Katastrophen, in denen „humanitäre Interventionen" als einzig noch möglicher Ausweg erscheinen.

__Frauke Banse__ und __Thomas Seibert__ sind Redakteurin und Redakteur von Fantômas, leben gegenwärtig in Frankfurt/Main und arbeiten in einer entwicklungspolitischen Hilfsorganisation.

Anmerkungen:

1) Michael Hardt, Toni Negri: Empire. Die neuen Weltordnung, Frankfurt 2000. Methodisch heißt es dort schon zu Beginn (S. 19): „Empire ist als Untersuchungsfeld in erster Linie durch die simple Tatsache bestimmt, dass es eine Weltordnung gibt."

2) Der Begriff stammt von Robert Kurz, vgl.: Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honnef, 2003.

3) Keen, David: Conflict and Collusion in Sierra Leone, New York, Oxford, 2005. S. 1.

4) ebd., S. 273.

5) www.un.org/unowa/unowa/studies/unemployment-insecurity.pdf

6) *Irin News*, 25. Mai 2005.

theoretische un-sicherheiten

über die machtwirkung von wissen und kontrolle im zeichen neoliberaler regierung, die alltägliche wahrscheinlichkeit des ausnahmezustandes und über die möglichkeiten, freiheitliche sicherheit von links her zu denken.

- ☐ *opitz* erklärt mit foucault, was es mit dem (sicherheits-)dispositiv auf sich hat und warum der liberalismus zwingend unfreiheit produziert.
- ☐ *diefenbach* erklärt mit agamben, was hartz IV, die dämonisierung der rütli-schüler und die französischen riots mit kafka zu tun haben.
- ☐ *dieckmann* geht den begriffen freiheit, sicherheit und solidarität nach – in vertikalen wie horizontalen sozialen verhältnissen, mit präferenz auf letzteren.

Jenseits von gut und böse

Foucault und die Dispositive der Sicherheit

Von Sven Opitz

Nur eines scheint gegenwärtig sicher zu sein: der Umstand nämlich, dass die Chiffre der Sicherheit nahezu das gesamte Feld des Sozialen durchdringt. Sicherheit wird heute vermisst und angemahnt, in ihrem Namen werden Kriege geführt und Wartezeiten an Flughäfen gerechtfertigt, sie soll beruhigen und versetzt in Aufregung. Sicherheit ist in aller Munde, umso wichtiger erscheint es, die Perspektive kenntlich zu machen, aus der man sich dem Phänomen nähert. Sven Opitz schlägt vor, Sicherheit im Anschluss an Michel Foucault als strategischen Einsatz eines „Dispositivs" zu untersuchen.

Was ist ein Dispositiv?", fragt der Philosoph Gilles Deleuze in der Überschrift eines Aufsatzes, der in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts das Werk seines Freundes Michel Foucault zum Gegenstand machte. Eine bündige Antwort sucht die interessierte Leserin jedoch vergebens in dem Text. Dabei geistert der Begriff zu diesem Zeitpunkt bereits gut 20 Jahre im Vokabular vor allem französischer Denker umher. Man findet ihn bei Jean-Francois Lyotard, Pierre Legendre oder Jean-Louis Boudry in unterschiedlichsten Schattierungen. Und jedes Mal bezeichnet er kein distinktes Objekt, sondern den Modus der Verbindung heterogener Elemente zu einer Ordnung. Deshalb ist die Frage nach dem Sein eines Dispositivs ein Täuschungsmanöver, die Figur des Dispositivs hat die Was-Frage immer schon in eine Wie-Frage verwandelt. Dem Dispositiv wohnt somit ein analytischer Appell inne: Nicht *was* es *ist*, soll man untersuchen, sondern *wie* es als artikulatorische Praxis funktioniert.

Die Figur des Dispositivs

Foucault selbst hat den Begriff des Dispositivs wie nahezu alle anderen von ihm in Anspruch genommenen Termini weniger definiert als *in actu* erprobt. In „Der Wille zum Wissen" von 1976 wird Sexualität systematisch als Einsatz eines Dispostivs behandelt, so dass es nahe liegt, an diesem Gegenstand vorzuführen, wie der Begriff das Denken ausrichtet. Vier allgemeine Kennzeichen lassen sich ausmachen.

Sexualität als Einsatz eines Dispositivs zu begreifen, bedeutet erstens, dass Sexualität nicht nur *in*, sondern unauflöslich *mit* einem Dispositiv auf dem Spiel steht. Als historische Struktur umschreibt das Dispositiv die Bedingungen des Zutagetretens der Sexualität, die es in dieser Form nicht immer gegeben hat und nicht immer geben wird. Foucault greift also mit dem Dispositiv das von ihm in den 1960er Jahren ausgearbeitete Konzept der *episteme* (1) auf, insofern jedes Dispositiv immer eine Ordnung des Sagbaren und Sichtbaren etabliert. Es formiert epistemische Objekte und legt in diesem Prozess fest, was zu einem bestimmten Zeitpunkt über sie sagbar ist und wie sie visualisierbar sind. Das Dispositiv selbst ist dabei weder wahr noch falsch, sondern organisiert die Bedingungen der Zuordnung dieser Werte. Ein Denken des Dispositivs erschüttert deshalb den Glauben an Essenzen und Evidenzen, es fokussiert stattdessen historisch kontingente Prozesse der Emergenz von Sozialität.

Zweitens muss jedes Dispositiv als eine Maschine begriffen werden, die Wissen produziert. Es setzt Systeme der Kommunikation, der Registrierung sowie der Anhäufung und Verteilung von Informationen ein, deren unaufhörliches Operieren zugleich Machtwirkungen entfaltet. So geht die Formierung der Sexualität an der Schwelle zum 19. Jahrhundert mit der Formierung eines Wissens in so heterogenen Bereichen wie der Medizin, der Pädagogik, der Biologie oder der Justiz einher. Als derart transversales Gebilde regt sie zum Sprechen im Modus des Geständnisses an und wird zum Vehikel der Disziplinierung in Schulen wie Familien. Sie erhält Anschluss an den statistischen Apparat der Demographie und fungiert als Medium der Kontrolle des Fortpflanzungsverhaltens. Ein Denken des Dispositivs wird folglich nicht versuchen, gegen die Macht eine unberührte Wahrheit in Stellung zu bringen. Es motiviert vielmehr zu einer prinzipiellen Wachsamkeit gegenüber Prozessen der Wissensproduktion, die weder gut noch böse sind und in die das Denken stets verwickelt bleibt.

Das Sprachliche und das Nicht-Sprachliche

Drittens lenkt die Figur des Dispositivs den Blick auf jene Mechanismen, welche die Bedingungen der sozialen Existenz regulieren. Jedes Dispositiv implementiert ein Gefüge von Normen, das die Gewährung und den Entzug von anerkennbarem Sein dirigiert. Erst im Zuge der Unterwerfung unter diese Normen erlangt man als Subjekt Sichtbarkeit gegenüber anderen, wobei die jeweiligen Abweichungen in das Subjekt eingeschrieben werden. Anschaulich ist hier erneut das Dispositiv der Se-

xualität, das die Körper normiert, das Begehren ausrichtet und Verhaltensweisen moralisierend in die Person hineinspiegelt. Das an der Figur des Dispositivs orientierte Denken betrachtet das Subjekt somit nicht als einen Ankerpunkt, der dem Sozialen vorausgeht, sondern als eine im Werden begriffene Immanenzform. Zugleich nimmt das Dispositiv keinesfalls selbst die Funktion des allmächtigen Subjekts ein, obgleich es dessen sprachliche Position belegt. Es ist weder Subjekt noch Objekt, als operative Struktur markiert es vielmehr den Prozess der Formierung von Subjekten und Objekten. In etwas verspielter Weise könnte man daher auch notieren: *~~Es ist~~ ‚Un-jekt'.*

Viertens vollzieht Foucault mit dem Konzept des Dispositivs eine Akzentverschiebung gegenüber der Diskurstheorie, die er in seiner „Archäologie des Wissens" im Jahr 1969 vorgelegt hatte. Er lenkt den Blick nun explizit auf die gegenseitige Durchdringung der Register des Sprachlichen und des Nicht-Sprachlichen. Weil das Dispositiv ein Gebilde des Zusammenschlusses bezeichnet, dessen Elemente sowohl der Ordnung des Gesagten wie der des Ungesagten angehören, animiert es zu Fragen der folgenden Art: Welches Kalkül wohnt etwa einer Gefängnismauer oder einer klinischen Technologie inne? Welche Materialisierungen begleiten einen Gesetzestext oder eine anthropologische Annahme? Und welche Verbindungen geht eine organisatorische Matrix mit einem architektonischen Arrangement und einer wissenschaftlichen Theorie ein? Wenn also bereits der Diskursbegriff die Unterscheidung von Materialität und Ideologie durchkreuzen sollte, radikalisiert das Konzept des Dispositivs dieses Ansinnen noch.

Obwohl die vier Aspekte der *episteme*, der/s Macht/Wissens, der Subjektivierung und der diskursiven Materialität nun nacheinander abgehandelt wurden, besteht die eigentliche Attraktion des Dispositivbegriffs zum einen darin, dass er sie zueinander in Beziehung setzt. So legt er es nahe zu untersuchen, inwiefern materielle Technologien gemäß einer spezifischen Logik der Sichtbar- und Sagbarmachung ein Wissen erheben, das Machtwirkungen entfaltet und subjektivierend wirkt. Zum anderen beginnt es sich abzuzeichnen, wie sehr das Konzept des Dispositivs gängige Denkschemata aufbricht. Indem es die klassische Trennung zwischen Subjekt und Objekt unterläuft, erteilt es praktisch nebenbei den im sozialwissenschaftlichen Mainstream verbreiteten Akteurstheorien eine Absage. Zugleich verabschiedet es die Ebenendifferenz zwischen Mikro- und Makrotheorie. Denn eine diskursive Formation aktualisiert sich immer in konkreten Praktiken, die deshalb nicht in Opposition zu den Systemen des Denkens stehen, sondern selbst als gedachte untersucht werden müssen.

Für Foucault bilden historische Dispositive folgerichtig die strategische Gelenkstellen zwischen disziplinären Techniken und biopolitischen Kalkülen. Und ebenso wie die Sexualität seit dem 19. Jahrhundert jene Nadel darstellt, welche individuelle Körperpraktiken mit dem Wohlergehen der Bevölkerung immer wieder neu – und das heißt zwangsläufig: immer wieder anders – vernäht, deutet einiges darauf hin, dass auch der Rekurs auf Sicherheit nicht zuletzt im Horizont des so genannten „*War on Terror*" eines der wirkungsmächtigen Dispositive der Gegenwart konfiguriert.

Das Gespenst der Sicherheit

In der nun unterbreiteten Lesart entfaltet das Konzept des Dispositivs nichts weniger als die Leitlinien eines umfassenden Forschungsprogramms. Es legt der Analytik einige Fährten aus, denen im Folgenden probeweise nachgegangen werden soll. Das Ziel besteht darin, erste Plausibilitäten dafür zu sammeln, dass die Untersuchung von Strategien der Sicherheit aus der hier vorgeschlagenen Perspektive lohnend sein könnte. In welchem Licht, so die entsprechende Frage, erscheint die allgegenwärtige Thematisierung von Sicherheitsbelangen, wenn man Sicherheit als Einsatz eines Dispositivs behandelt?

Bereits die Arbeiten von Foucault zur modernen Gouvernementalität und von Francois Ewald zum Risiko geben dem Projekt einer Genealogie der Sicherheit entscheidende Hinweise. Aus ihnen geht hervor, dass sich das Problem der Sicherheit im Kontext der liberalen Regierung in besonderer Form stellt und dass es im Zuge seiner eigenen Modulation fundamentale Transformationen des gouvernementalen Raums einleiten wird.

Für den Liberalismus erweist sich der Bezug auf Sicherheit als unabdingbar, insofern er nur auf diese Weise Interventionen zu begründen vermag. Schließlich basiert das liberale Kalkül primär auf der Behauptung, dass zuviel regiert werde. Erst die supplementäre Unterstellung, dass die fragilen Prozesse, aus denen sich die Politik heraushalten muss, permanent bedroht sind und daher der Absicherung bedürfen, rechtfertigt ein Eingreifen. Der leere Signifikant der Sicherheit fungiert hier als jenes strategische Relais, das den Liberalismus gouvernementalisiert. Dieser muss den Umweg über die Sicherheit einschlagen, um im strikten Sinn regierungsfähig zu werden, weil sie ihm erst die Option eines Eingreifens eröffnet, das ein Nicht-Eingreifen ermöglicht. Zugleich zwingt der Bedarf an Sicherheit den Liberalismus dazu, innovativ zu werden. Er muss Mechanismen erfinden, welche die Systeme der Freiheitsproduktion gegen deren eigene Überschüsse absichern, ohne dass jene Freiheit, auf deren Grundlage der Einzelne aktiv werden soll, eine Einschränkung erfährt. Damit erreicht das liberale Gouvernement durch den Rekurs auf Sicherheit seine selbstreferenzielle Schließung: Die Regierung identifiziert die Gefährdung der Sicherheit als ein Problem, als dessen Lösung sie sich präsentiert. Folglich nimmt die Regierung in Abhängigkeit von der Art und Weise, in der sie Sicherheit problematisiert, eine jeweils spezifische Form an.

Bereits an dieser Konstellation lässt sich ablesen, dass Sicherheit einen Vektor im Inneren des Liberalismus darstellt, der die Prinzipien der Liberalität immer schon überschreitet. Es setzt die Liberalität einem Drift aus und eröffnet dem liberalen Regime die Option der Illiberalität. Die Formierung der Sicherheit als epistemisches Quasi-Objekt implementiert ein ganzes „System der Akzeptabilität" (Foucault), das Eingriffe in die Privatsphäre ebenso wie Restriktionen der Öffentlichkeit rechtfertigt und in letzter Konsequenz die vollständige Suspension des Rechts erlaubt. Damit rückt aber umso deutlicher

die Frage nach der Beschaffenheit dieses Systems der Akzeptabilität in den Vordergrund: Was sind die epistemischen Bedingungen der Sicherheit, die einen solchen Drift zum Despotischen möglich machen?

Während das Sexualitätsdispositiv seine Wirksamkeit gerade daraus bezieht, dass es die Sexualität essenziell in den vorgeblich natürlichen „Tatsachen" verankert, verhält es sich im Fall der Sicherheit umgekehrt. Denn Sicherheit ist grundsätzlich abwesend. Sie erscheint nur im Modus des Versprechens, als immer wieder von neuem herzustellende. Das Narrativ der Sicherheit erweist sich deshalb von Fiktionalität durchwoben. Es verhandelt dramatische Spekulationen auf eine Zukunft, die in zwei Versionen ausgearbeitet wird: in einer abzuwendenden katastrophischen Version und einer herzustellenden Normal-Version. Als Vermittlungsglied zwischen beiden firmieren Maßnahmen, für die jedoch aufgrund der hohen Fiktionalität im Voraus kein Maß existiert. Das erklärt, weshalb tatsächlich endlos über die Angemessenheit der Sicherheitsmaßnahmen gestritten werden kann. An dem Umstand, dass nahezu jedes kulturindustriell verfertigte Szenario als Negativfolie verwertbar ist, kann man ferner ablesen, dass kaum Sperrmechanismen gegen jene katastrophischen Fiktionalisierungen zur Verfügung stehen, mit denen sich das Sicherheitsdispositiv selbst befeuert. Es operiert eingebettet in eine Ökologie der Angst, an deren Reproduktion es sich beteiligt und von deren affektiver Intensität es zehrt.

Dieses Gemisch einer von Angstkommunikation durchsetzten Fiktionalität bewirkt den expansiven Drift der Sicherheitslogik. Ein Drift, der im Medium einer allgemeinen Kultur der Gefahr die Liberalität – paradoxerweise in ihrem eigenen Namen – in Illiberalität umstülpt. Dabei vermag das Sicherheitsdispositiv eine große Bandbreite von Phänomenen gemäß seiner eigenen Bedingungen zu behandeln: Die Gefährdung kann von Unterschichten wie von Pandemien ausgehen, von Sexualverbrechern wie von klimatischen Phänomenen, von der eigenen Jugend wie von Fremden. Vor allem destabilisiert die gegenwärtige Ausbreitung der Sicherheitslogik den Fundus an Unterscheidungen, die den Raum des Politischen lange Zeit strukturiert haben. Spätestens seit dem zweiten Golfkrieg werden Kriege als Polizeiaktionen durchgeführt, während das Militär im Inneren zum Einsatz kommen soll. Im selben Moment mutiert der Krieg zur allgemeinsten Chiffre des Sicherheitsnotstands und durchkreuzt die Grenze zwischen Innen- und Außenpolitik sowie zwischen Regel und Ausnahme. Nicht nur der Globus wird also heimgesucht vom Gespenst der Sicherheit.

Das große Buch

Zugleich pflegt das Sicherheitsdispositiv eine nahezu theologische Obsession des Archivs. Es wird zum privilegierten Ort von Überwachungsphantasien, in denen das Motiv des großen Buchs aufscheint, das die guten und bösen Taten verzeichnet und sie dem Allsehenden präsentiert. Seit den 1990er Jahren eröffnet insbesondere die Digitalisierung neue Quellen der Datensammlung, wobei im selben Moment Kapazitätsprobleme bei der Speicherung in den Hintergrund rücken. So beschloss das EU-Parlament im Dezember 2005 die „europaweite verdachtsunabhängige Vorratsspeicherung" von Telefon- und Internetdaten aller 450 Millionen EU-BürgerInnen. Losgelöst von der klassischen Unschuldsvermutung gelten damit die Unverdächtigen als verdächtig. Allerdings kämpfen die Datenschürfer mit einem entscheidenden Problem. Zwar ist der Zugriff auf große Datenmengen technisch möglich, man muss jedoch wissen, welche Fragen man an diese Daten zu richten hat. Beispielsweise wurden aufgezeichnete Hinweise auf die Anschläge vom 11. September erst am darauf folgenden Tag aus dem Arabischen übersetzt – als man wusste, wonach zu suchen war. Gleichzeitig ist es alles andere als sicher, ob die umfassende Datensammlung den erklärten Sicherheitszwecken dienlich sind, da der neue Rechtsbrecher sich auf diese Bedingungen einstellt, indem er dort, wo andere Spuren hinterlassen, nichts hinterlässt und bloß als Abwesenheit auftaucht. Auch wenn das Sicherheitsdispositiv also auf spektakuläre Abweichungen gerichtet ist, dient das in ihm kumulierte Macht/Wissen faktisch einer umfassenderen Regierbarmachung.

Mit Blick auf die Archivfunktion deutet sich außerdem an, dass sich das Sicherheitsdispositiv anhand spezifischer Technologien reproduziert. Dabei werden unterschiedlichste Technologien als Sicherheitstechnologien verdoppelt: Neben Telefon und E-Mail-Anwendungen re-codiert das Sicherheitsdispositiv auch Maut-Systeme, Gesundheitskarten oder Fussballtickets, letztere etwa durch den Einbau von RFID-Chips (*Radio Frequency Identification Device*). Bildgebende Verfahren wie die Kernspintomographie sollen nicht nur Krankheiten aufspüren, sondern das Gehirn beim Lügen ertappen, während die Nutzung von Kundendaten im Rahmen der Terrorbekämpfung Servicebelange von Sicherheitsbelangen ununterscheidbar macht. Einen besonderen Stellenwert besitzen Techno-Funktionen der Identifizierung, weil Anonymität im Dispositiv der Sicherheit prinzipiell suspekt erscheint. Als Kontingenzblocker wird derzeit der Körper favorisiert, dessen biopolitische Registratur das Versprechen der Unverfälschbarkeit birgt.

Normalisierungsmaschinen

Vor allem zeichnet das Sicherheitsdispositiv die Differenz von Inklusion und Exklusion in den gouvernementalen Raum ein. Vor diesem Hintergrund lässt sich das Repertoire der Sicherheitstechnologien in solche der Kontrolle und solche der Einschließung unterscheiden. Erstere strukturieren situative Kontexte, indem sie bestimmte Verhaltensweisen begünstigen, andere unwahrscheinlich machen. Das Ziel von Videoüberwachung, optischem Management (z.B. in Bezug auf „Sauberkeit") oder Maßnahmen der Raumgestaltung besteht darin, Zirkulationsbewegungen zu kontrollieren, ohne sie zu blockieren. Als Normalisierungsmaschinen kalkulieren die Kontrolltechnologien Toleranzschwellen und realisieren flexible Sortierpraktiken. Sie sichern Inklusionsformen ab und leiten zugleich den entsprechenden Ausschluss von Personen ein.

Parallel zu derart beweglichen Kontrollformen mit zum Teil freiheitlichem Aussehen setzt das Sicherheitsdispositiv massiv

auf Techniken der Einschließung. Neben dem Anstieg der Gefängnispopulation weltweit in den letzten Jahrzehnten manifestieren sich die Besonderheiten des derzeitigen Rückgriffs auf totale Institutionen in der schleichenden Transformation der Schuldstrafe in eine Präventionsstrafe. Im Zeichen der Sicherheit wandelt sich das Gefängnis von einer Besserungstechnologie zu einem Ort der bloßen Verwahrung von als riskant eingestuften Personen; Exklusion wird zum Ziel der Strafe. Gleichzeitig korrespondiert die aktuelle Konjunktur der Folter direkt mit der dargelegten Logik der Sicherheit. Denn wer mit dem Unerwarteten rechnen muss, wird sich selbst die Lizenz ausstellen, mit jeder Regel zu brechen, um ebenso unberechenbar zu bleiben wie die Gefahr. So verwundert es nicht, wenn die vom *Center on Law and Security* der New York University angefertigte Studie *The Torture Papers – The Road to Abu Grahib* auf 1200 Seiten darlegt, dass Folterungen ein gezieltes Element der jüngsten US-Sicherheitspolitik waren.

Bei allen angesprochenen Technologien handelt es sich insofern um *soziale* Technologien, weil in sie politische Programme, Wunschvorstellungen und nicht zuletzt Subjektierungsweisen eingeschrieben sind. Während Foucault die Konstitution des Anormalen im 19. Jahrhundert als Prozess beschreibt, der das Delikt mit Hilfe gerichtsmedizinischer Gutachten in einer Seinsweise verdoppelt, um so die Seinsweise selbst als Delikt zu behandeln, haben aktuelle Sicherheitspolitiken einerseits die Tendenz, den Einzelnen nur noch als Oberflächensubjekt anzurufen. Der Täter muss der Tat immer weniger Tiefe geben, weil es für die Kontrolle von Situationen unerheblich wird, dessen verborgene Persönlichkeit zu kennen. Das Risikomanagement macht sich nichts aus individuellen Motiven, diese verlieren zudem als Gegenstand von Korrekturmaßnahmen an Bedeutung. Allerdings kann man davon ausgehen, dass auch die Vorgänge des permanenten Gesehen- und Registriert-Werdens Rückwirkungen auf die Form des Subjekts haben. Slavoj Zizek diagnostiziert einen „spezifisch protoparanoiden Modus der Subjektivierung", der das Ergebnis von Anrufungen ist, auf die der Einzelne keinen Zugriff hat. Der Einzelne weiß, dass Datenbanken zirkulieren, die seine symbolische Identität bestimmen, er kann jedoch über deren konkreten Inhalt nur spekulieren.



Gefährliche Subjekte

Andererseits darf nicht übersehen werden, dass gerade das Sicherheitsdispositiv in massiver Weise entwertete Subjekte hervorbringt – und sie bis an den Rand der vollständigen Suspension des Subjektstatus führt. Es greift dabei regelmäßig auf Strategien der Moralisierung, der Dämonisierung und der Ethnisierung zurück. Der bedrohliche Fremde betritt ebenso die

Bühne wie der monströse Verbrecher; bereits das Schema vom Kampf der Kulturen ermuntert dazu, je nach Perspektive homogene Lager des Guten und Bösen zu identifizieren. Auch die Schwelle zum Wahnsinn wird unter Sicherheitsaspekten neu gezogen. Judith Butler hat darauf aufmerksam gemacht, dass die US-Regierung zur Rechtfertigung der unbegrenzten Haft im Rahmen des *War on Terror* einen Präzedenzfall anführt, der die Praxis der unfreiwilligen Krankenhauseinweisung von geisteskranken Menschen damit begründet, dass diese für sich und andere eine Gefahr darstellen. So weitet sich die Geisteskrankheit im Dienst der Selbstbeschreibung als vernünftige Zivilisation metonymisch aus, während die Diagnose der Gefahr im Gegenzug ein hochgradig gefährdetes Leben produziert.

Obgleich sich das Sicherheitsdispositiv der Moral bedient, ist es doch an sich weder gut noch böse. Statt dessen ist es wie jedes wirksame Dispositiv gleichermaßen kontingent und hochplausibel. Die hier skizzierte Mechanik legt allerdings den Schluss nahe, dass die Problemformel von Gefahr/Sicherheit nicht zu unterschätzende Gefahren birgt. Dabei erweist sich das Dispositiv alles andere als statisch, sondern befindet sich im Zustand permanenter Re-Organisation. Gerade die Chiffre der Sicherheit ist derart überdeterminiert, dass sie auf vielfältige Weise ausbuchstabiert werden kann. Als leerer Signifikant ist Sicherheit somit selbst ein umkämpfter Einsatz im Dispositiv: Eine liberale Einbürgerungspolitik kann sich genauso auf sie beziehen wie eine rassistische Kampagne gegen Überfremdung, Bemühungen für mehr Datenschutz ebenso wie Forderungen nach einem erweitertem Datenzugriffsrecht für staatliche Institutionen. Bei alledem gilt zu beachten, dass im Sicherheitsdispositiv nicht nur fiktive Szenarien, Überwachungskameras, Polizeitechniken, humanitäre Maßnahmen, Geheimdienstakten, Gesetze oder Gefängnislager als Akteure auftreten. Auch die Humanwissenschaften liefern einen Input in Form von Theorien über kriminelles Verhalten, Risikokalkulationstechniken oder Deeskalationsprogrammen. Das Gefüge der Sicherheit verzweigt sich also weiter als man denkt – und das Konzept des Dispositivs weist freundlich aber bestimmt darauf hin, dass man sich eher in ihm als ihm gegenüber verhalten muss.



Sven Opitz *lebt und arbeitet in Basel. Im Argument-Verlag erschien von ihm „Gouvernementalität im Postfordismus – Macht, Wissen, Techniken des Selbst im Feld unternehmerischer Rationalität" (2004).*

Anmerkung:

1) Für diesen und andere schwierige Begriffe siehe das Glossar auf S. 62.

Die Ankunft der Polizei

Anmerkungen über Ausnahmezustand und Prekarität

Von Katja Diefenbach

Katja Diefenbach geht der Frage nach, was man mit Giorgio Agambens Begriff des Ausnahmezustandes in den Diskussionen über Prekarisierung anfangen kann: Bringt der Begriff etwas, um die flexible Aufhebung von sozialen Rechten im Postfordismus zu analysieren? Findet sich von hier aus eine Spur, um über das Verhältnis von Macht und Recht zu sprechen? Und worin besteht die Kraft, worin die Grenze der theoretischen Konstruktion Agambens?

„Was der Schrein der Macht in seinem Zentrum enthält, ist der Ausnahmezustand.“ Giorgio Agamben

I. Der Einsatz

Auf einer relativ abstrakten Ebene arbeitet Giorgio Agamben an der Entschlüsselung einer strengen Geometrie des Ausnahmezustandes, in der Recht, Gewalt und Leben miteinander verbunden sind. (1) Dabei fügt er der von Foucault konzipierten Vorstellung von Biomacht zwei Elemente hinzu, die dort unterthematisiert waren: zum einen den Mechanismus der Rechtssuspendierung und den Übergang zu einer Gewalt, die noch in Anspruch nimmt, Recht zu sein – er nennt diesen Mechanismus vom „Gesetz getrennte Gesetzeskraft“ –, zum anderen eine harte Ausnahmedisziplin, die das menschliche Leben ergreift, ohne es zu befähigen oder produktiv zu machen. Indem er dem Ausnahmezustand mit einem religionswissenschaftlichen Begriff des 19. und 20. Jahrhunderts ein mystisches Moment zuschreibt, eine Art „juristisches mana“, verbindet Agamben den materiellen Rechtsmechanismus, in dem das Recht seinen Nullpunkt, seine Geltung ohne Anwendung erreicht, mit einem ideologietheoretischen Element, nach dem der Ausnahmezustand die wirksame Fiktion von etwas ist, was es nicht gibt – rechtliche Rechtlosigkeit. (2) So zeigt er sowohl eine Art ursprünglicher Konfiguration der Macht als auch eine grundlegende Frage des Politischen an, die Frage nämlich, wie der Bezug zwischen Gewalt und Recht wieder rückgängig zu machen sei. In dieser Perspektive verhandelt er einerseits einen Gebrauch des Rechts, der „von jeder Disziplin und jedem Verhältnis zur Souveränität frei“ (3) wäre, in dem das Recht nicht über das Leben verfügen, es gewalttätig ergreifen und zerstören würde, und andererseits die Frage einer Gewalt, die das permanent über Rechtlosigkeit verfügende Recht angreifen könnte und sich dabei von der juridischen Gewalt unterscheide. Vorsichtig nimmt er den Vorschlag Walter Benjamins auf, dass politische Gewalt nicht Mittel zum Zweck der „guten Sache“ sein dürfe, sondern ein Mittel ohne Zweck. Eine solche Gewalt – Benjamin diskutiert den revolutionären Generalstreik – wäre eine soziale Handlungsweise, die kein neues souveränes Recht installieren würde, in dem wieder Rechtlosigkeit und Gewalt inkorporiert wären. (4)

II. Ausnahme und Regel

Bei der Konstruktion des Begriffs des Ausnahmezustands arbeitet Agamben mit einer einfachen, transhistorischen und paradoxalen Figur: Das Recht versucht im Ausnahmezustand einzuschließen, was ihm äußerlich ist – Rechtlosigkeit und Gewalt. Es wendet sich an, indem es sich abwendet und in seine Potenz zurückzieht, nicht zu gelten. Dabei öffnet sich ein Raum, in dem Gewalt und Recht ununterscheidbar werden. Dieser Raum ist Agamben zufolge das Lager und seine Logik die der Polizei. Agamben will darauf hinaus, dass die anomische, rechtsfreie Zone, auf die sich das Recht im Ausnahmezustand öffnet, äußerstes Kennzeichen rechtlicher Potenz ist: Der Ausnahmezustand ist nicht die Entgleisung der abendländischen Rechtstradition, sondern ihr Vermögen.

In seinem Buch Ausnahmezustand spendet Agamben dieser These ein ganzes Kapitel und zeigt, wie in Frankreich, Deutschland, Italien, Schweiz, England und den USA seit den Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts permanent Recht mit Notverordnungen, präsidenziellen Erlässen, Ermächtigungsgesetzen suspendiert wurde. In einem seiner politisch-interventionistischen Texte erläutert er die polizeiliche Logik dieses Ausnahmeraums als zentrale Lehre aus dem Golfkrieg, der den „endgültigen Eingang der Souveränität in die Gestalt der Polizei“ sichtbar gemacht habe: „Entgegen der allgemeinen Ansicht, die in ihr eine rein administrative Funktion der Vollstreckung des Rechts sieht, (ist die Polizei) vielleicht der Ort, an dem sich mit größter Deutlichkeit die Nähe, ja fast die konstitutive Vertauschung von Gewalt und Recht entblößt, die die Figur des Souveräns kennzeichnet.“ (5)

III. Ausnahmezustand und Biopolitik

Die unbestimmbare Schwelle, die sich im Ausnahmezustand zwischen Recht und Gewalt öffnet, ist der Ort, an dem das Leben als entrechtetes, bloßes Leben eingeschlossen wird. In diesem Sinne ist die Funktion des Ausnahmezustandes biopolitisch. Anders als Foucault geht es Agamben aber nicht um ein Gefüge von Verwaltungsprozeduren, die Körper und Bevölkerung ergreifen, sondern um einen negativen, rein souveränitätstheoretisch konzeptionierten Akt, bei dem ein nacktes, potenziell tötbares Leben von einem qualifizierten, bürgerlichen Leben abgetrennt wird. Das Selbst-Missverständnis des westlichen Humanismus besteht für Agamben darin, diese konstitutive Kraft der Ausnahme zu verkennen. So ist das Menschenrecht der demokratischen Tradition, jenes Recht, das einem unbedingt zukommen soll, wenn alle anderen sozialen Garantien genommen sind, wenn man auf der Flucht oder ohne Obdach ist, das per se suspendierte Recht.

Tatsächlich hat die Rechtstradition der europäischen Revolutionen Bürgerrecht stets mit Territorium, Geburt, Geschlechtlichkeit und körperlicher Normativität verbunden. Seit der französischen Revolution wird man nicht Bürger, indem man sich einer egalitären, republikanischen Souveränität unterstellt, – eine Vorstellung, die zur Zeit im populären Anti-Islamismus in Anschlag gebracht wird –, sondern Bürgerschaft heißt Einschluss in ein Recht, aus dem ausgeschlossen wird, und zwar entlang ethnisierender und nachgeordnet entlang vergeschlechtlichender und normalisierender Kategorien. So heißt es in Emmanuel-Joseph Sieyès' „Einleitung zur Verfassung" von 1798: „Die Frauen, zumindest im jetzigen Stadium, die Kinder, die Ausländer und auch diejenigen, die nichts zu den öffentlichen Einrichtungen beitragen, dürfen keinen aktiven Einfluss auf das Gemeinwesen nehmen." (6)

In diesem Zusammenhang stellt Agamben die Frage nach dem Status der Migration: Von Internierung sind vor allem Flüchtlinge in krisennahen Auffanglagern und die Gefangenen der neuen Kriegsordnung betroffen, von der Suspendierung des Aufenthaltsrechts vor allem Illegalisierte. Agamben geht auf beides explizit ein: Guantánamo als Ort unbegrenzter Haft und das Lager als Nomos, als Gesetzesort der Moderne. Migration bleibt bei ihm aber eine stark reduzierte Figur, die Funktion und Raum des Ausnahmezustandes anzeigt. Festgeschrieben auf ein entrechtetes, potenziell tötbares bloßes Leben werden andere Kräfteverhältnisse der Migration unsichtbar gemacht. (7)

IV. Die Grenze der theoretischen Operation

Politisch will Agamben darauf hinaus, dass Leben und Recht nicht zusammen gehören. Zwischen ihnen gibt es keine substanzielle Verbindung, weil sie im Ausnahmezustand fiktiv verbunden und dadurch erst in ihrer Form geschaffen worden sind: „Leben und Recht sind das Ergebnis des Bruchs von etwas, zu dem wir keinen anderen Zugang haben als über die Fiktion ihrer Verbindung." (8) Gesellschaftskritik besteht für Agamben in der Demaskierung dieser Verbindung, mit der jene politische Frage auftaucht, wie Recht und Gewalt wieder von einander zu trennen wären und eine neue Form und einen neuen Gebrauch finden würden.

Problematisch ist, dass Agamben die Verbindung von Recht, Gewalt und Leben als das eine große, übergeschichtliche Geheimnis der Macht darstellt, ein Rätsel, das er in einem Diskurs von Entfaltung und Verfall vorträgt. War die Kraft des Ausnahmezustandes im Römischen Reich durch die Gewaltenteilung zwischen aristokratischen und plebejischen Institutionen und im Mittelalter durch die Trennung geistlicher und weltlicher Macht eingedämmt, werde der Ausnahmezustand in der Moderne von den technokratischen Maschinen der Exekutiven in Kraft gesetzt und zur Regel gemacht.

Für Agamben erreichte der Ausnahmezustand seine höchste Verdichtung während des Nationalsozialismus und seine größte Zerstreuung heute, wo „der normative Aspekt des Rechts (...) ungestraft entwertet (werden kann), (...) von einer Regierungsgewalt, die im Ausland internationales Recht ignoriert, im Innern einen permanenten Ausnahmezustand schafft und dann vorgibt, immer noch das Recht anzuwenden, (...) eine Maschine, die den Okzident derzeit in den weltweiten Bürgerkrieg führt." (ebd.) Die Grenzen der theoretischen Operation Agambens liegen in seinem übergeschichtlichen, monokausalen, um Souveränität zentrierten Verständnis von Macht, die in ihrem Innern seit Jahrtausenden eine einzige Beziehung der Nicht-Beziehung von Recht und Leben hütet, eine Beziehung, die sich für Agamben seit dem 18. Jahrhundert rasant entfaltet und monströs verfällt.

V. Die Differenz, jetzt

Die folgenden Anmerkungen versuchen, die Figur des Ausnahmezustandes aus ihrem ultra-abstrakten, transhistorischen Kontext zu lösen, indem sie sie probeweise in die Diskussion prekärer Arbeitsverhältnisse einfügen. Damit könnte man einige Begrenzungen des Begriffs umgehen, vor allem die Vorstellung eines ursprünglichen Rätsels der Macht, die konservative Verfallstheorie, den negativen Schmittianismus (9), in denen die Mannigfaltigkeit unterschiedlicher Macht-, Verwertungs- und Handlungsstrategien im blendenden Weiß der Souveränität verlöscht.

Tatsächlich brachte Agamben die Frage des Rechts, des Ausnahmezustandes und des bloßen Lebens genau zu dem Zeitpunkt auf, zu dem nach 1989 und dann noch einmal nach 9/11 ein globales polizeiliches Kriegsregime aufgebaut wurde, zu einem Zeitpunkt, zu dem das Migrationsregime immer stärker durch den Internierungsraum, die krisennahe Flüchtlingsunterbringung und das exterritoriale Lager geprägt wurde. An der Verbindungsstelle von Prekarisierung und Migration ist zu erkennen, wie der Zugang zu sozialen Rechten und zu Aufenthaltsrechten flexibilisiert wird, und wir in ein produktives System fluktuierender Rechte eintreten, das man mit Agamben ein niederschwelliges System des Ausnahmezustandes nennen könnte. Das ist Agamben als theoretisches Ereignis, und es stellt sich die Frage, wie sich diese Figur des Ausnahmezustandes in ein historisch spezifisches, differenziellen Kräfteverhältnissen verpflichtetes Denken einfügen ließe.

VI. Prekarisierung

Wie könnte man die Prekarisierung der Arbeitsformen in Begriffen des Ausnahmezustandes diskutieren? Das Problem beginnt natürlich nun seinerseits beim Begriff der Prekarisierung, der eine vereinheitlichende Bezeichnung dafür ist, dass der Fordismus aus internationaler und historischer Perspektive eine Ausnahme war. Prekarisierung ist keine einsinnige Tendenz, sie ist ein dynamisches Gefüge und bildet unterschiedliche Formen heraus, von kurzfristigen Zeitverträgen für migrantische Saison- und HaushaltsarbeiterInnen mit entsprechend begrenzten Aufenthaltsrechten über kreative Projektarbeit mit exzessivem Wissenszugang, hoher kultureller Äußerungskraft und hysterischem Anerkennungsbedarf bis zur Differenzierung der Industriearbeit durch Tariföffnungsklauseln und Sondertarife im nationalen

Maßstab und enormste Unterschiede in Lohn, Arbeitsrecht und Betriebsorganisation im internationalen Maßstab. Prekarität ist also aus verschiedenen Strategien der Disziplin, der Entrechtung, der Ausbeutung und der Flucht von Lebens- und Widerstandsformen aus der autoritären Arbeits-und-Familien-Anordnung zusammengesetzt, ohne dass man dieser Bewegung eine protokommunistische, konstituierende Kraft zuschreiben könnte, wie der Postoperaismus es tut.

Wenn man die Untersuchungen der Agenturschluss-Kampagne im Schwarzbuch Hartz IV betrachtet, zeigt sich, wie eine Doppelsystematik von Kontrolle und Entrechtung installiert wird, die das Recht genau auf die Möglichkeit hin öffnet, die Agamben diskutiert: Nicht-Recht zu sein und seine kafkaeske Potenz zu verwirklichen, das heißt, monströs, undurchschaubar und irregulär zu werden. (10)

Die Prüfung der Verfügbarkeit von ALG-II-EmpfängerInnen durch Callcenter, Hausbesuche, um eheähnliche Gemeinschaften aufzuspüren, aggressives vorgeschaltetes Fallmanagement, bei dem direkt bei Antragstellung sinnlose Aktivierungsmaßnahmen angesetzt werden, um Leute von der Wahrnehmung ihrer sozialen Rechte abzuhalten, der Versuch, Residenzpflicht von unter 25-jährigen bei ihren Eltern einzuführen, die Frage des unangemessenen Wohnraums und die zu erwartenden Umzugsaufforderungen an ALG-II-EmpfängerInnen, die Zwangsverpflichtung zu Ein-Euro-Jobs, die gesamte Welfare-to-work-Politik kann man in Begriffen eines niederschwelligen Ausnahmezustandes fassen, der damit verbunden ist, dass in den europäischen Zentren Lohnarbeit rationalisiert und ausgelagert wird, während gleichzeitig die Mobilisierung zur Arbeit steigt und die Verwertungsketten weiter transnationalisiert werden. Wir treten damit in eine Situation ein, in der Selbstmobilisierung und Selbstunternehmerisierung mit harten Formen der Disziplin wie Arbeitspflicht zusammenfallen und sich mit einer flexibel gehandhabten Einschränkung von Rechten des Sozialgesetzbuches verbinden.

VII. Rassistische Intensivierung

Die Frage der Entrechtung tritt am intensivsten an der Schnittstelle von Prekarisierung und Migration auf. Jüngstes Beispiel sind die Reaktionen auf die Auseinandersetzungen an der Rütli-Hauptschule in Neukölln, in der inzwischen Ein-Euro-Kräfte als Security jobben, während PolitikerInnen die stufenweise Aberkennung von sozialen und Aufenthaltsrechten diskutieren. Die Forderung der CDU-Bildungspolitikerin Katherina Reiche, dass Eltern straffälliger ausländischer SchülerInnen finanzielle Sanktionen erhalten müssten, gibt einen Hinweis auf eine Zukunft, in der ad hoc Sondermaßnahmen ergriffen werden können, um für Nicht-Deutsche den Zugang zu einer bereits prekarisierten Sozialversorgung strafend zu verengen. Hier schließt Edmund Stoiber an, der ausländischen Familien, die über einen längeren Zeitraum die Integration verweigerten, in einem ersten Schritt die sozialen Leistungen kürzen will, um schließlich ihre Abschiebung möglich zu machen. Im selben Sinne erklärt Friedbert Pflüger, CDU-Spitzenkandidat für die Berliner Bürgermeisterwahl im Herbst: „Wir sollten die Gewährung von Arbeitslosengeld mit der Verpflichtung verknüpfen, die deutsche Sprache zu lernen." Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm schlägt vor, so genannte jugendliche „Intensivtäter" für einige Tage unter Arrest zu stellen oder für kurze Zeit in Erziehungsheimen zu internieren.

Nach den Banlieue-Riots wurde eine derartige stufenweise Aufhebung von Rechten wie dem allgemeinen Zugang zur Sozialhilfe auch in Frankreich angekündigt. Bei den momentanen Demonstrationen haben sich die politischen Kräfte daran gespalten, ob das gesamte „Gesetz für Chancengleichheit" getaufte Paket oder allein der Ersteinstellungsvertrag, der Contrat première embauche (CPE), zurückgenommen werden soll, der in den ersten beiden Jahren den Kündigungsschutz aufhebt. Nur die radikaleren Gruppen, vor allem die *Koordination der Studierenden, Oberschüler und jungen Prekären gegen den CPE*, agieren gegen das gesamte Gesetzespaket, das eine Reihe von Sonderbestimmungen enthält, die auf die Banlieue-Jugend gemünzt sind, darunter die Einschränkung von Sozialleistungen für Familien, deren Kinder straffällig werden, die Regelung, bereits mit vierzehn Jahren jobben zu gehen und ab fünfzehn nachts oder am Wochenende zu arbeiten.

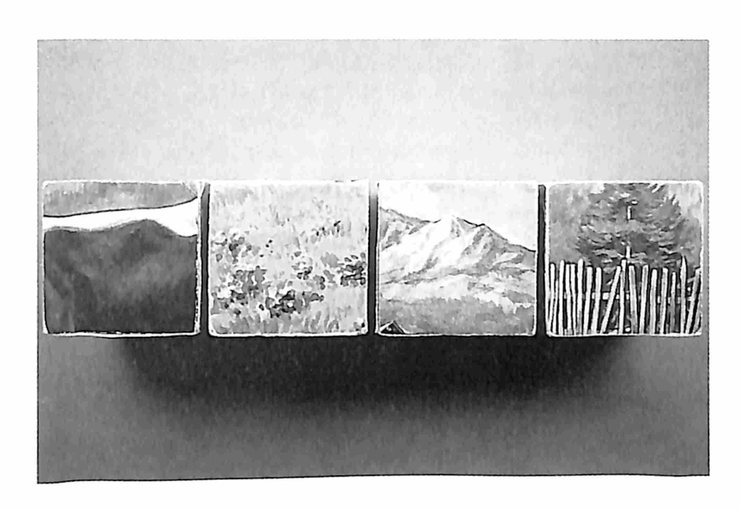
Die flexible Suspendierung von sozialen Rechten ist von einer rassistischen Intensivierung gekennzeichnet, die nicht das gesamte gesellschaftliche Feld ergreifen wird, auch wenn es Ausweitungstendenzen gibt. Flüchtlinge im Asylverfahren oder mit Duldung werden in Deutschland schon seit Jahren zu gemeinnütziger Arbeit zwangsverpflichtet. Genauso sind die vorgesehenen Leistungskürzungen beim ALG II, die ersatzweise Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen, falls ein Job verweigert wird, bereits aus dem Asylbewerbungsleistungsgesetz bekannt. Die Vorstellung „erst die Migranten, dann alle" betrügt aber um die staatsrassistische Spezifität einer Reihe von Maßnahmen.

Zur Zeit wird die flexible Suspendierung von Rechten vor allem gegenüber Flüchtlingen und gegenüber türkischen und arabischen EinwanderInnen entwickelt. Sie hat sich mit einer reaktionären Kritik am politischen Islam verbunden, bei dem die Integrationsforderung zur neuen Ausdrucksform von Massen- und Staatsrassismus geworden ist, während sie gleichzeitig vollkommen blind für die Entstehungsgeschichte politischer Religion bleibt, für die Fragen, was sie mit der Geschichte kapitalistischer Gesellschaften zu tun hat, was mit dem Scheitern sozialistischer Politiken, was mit der Geschichte des Kolonialismus, was mit der jeweiligen Gesellschaft, in der sie entsteht. Stattdessen wird kulturalistische Systemaffirmation geübt, der zufolge die europäische Geschichte eine der Universalität und Offenheit sei.

VIII. Agamben zum Letzten

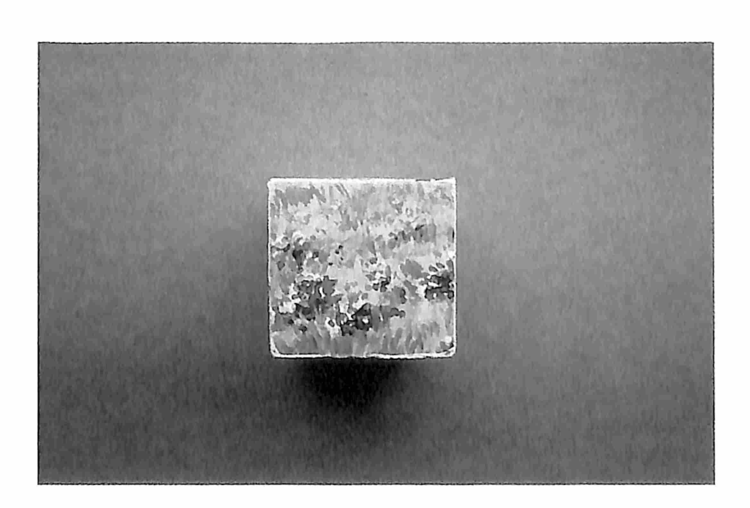
Skepsis ist deshalb auch gegenüber dem Begriff Prekariat angebracht, der angelehnt an den Begriff des Proletariats das Politische eher vereinheitlichend, antagonistisch oder – wie im Postoperaismus – ontologisch fasst, als wesenhaftes Vermögen, tätig sich entäußern und kooperativ sich selbst zu regieren. An dieser Stelle würde ich ein letztes Mal auf Giorgio Agamben verweisen, der in einigen Büchern in einer sehr schönen Weise über das Messianische und das Glück der Potenzialität geschrieben hat. In einem biopolitischen Kapitalismus, der zur Arbeit antreibt und von der Arbeit ausschließt, sollte das Politische nicht von der Tätigkeit aus gedacht werden, die in unseren Körpern seit Jahrhunderten mobilisiert wird, nicht vom Akt, von der Kommunikation, der Entäußerung, sondern von der Möglichkeit, in der Potenz zu bleiben und nicht tätig zu sein. Das schützt vor dem Akt des Politischen selbst, der, im Übermaß genossen, in Stress und Verzweiflung oder Selbstüberschätzung und Beamtentum mündet.

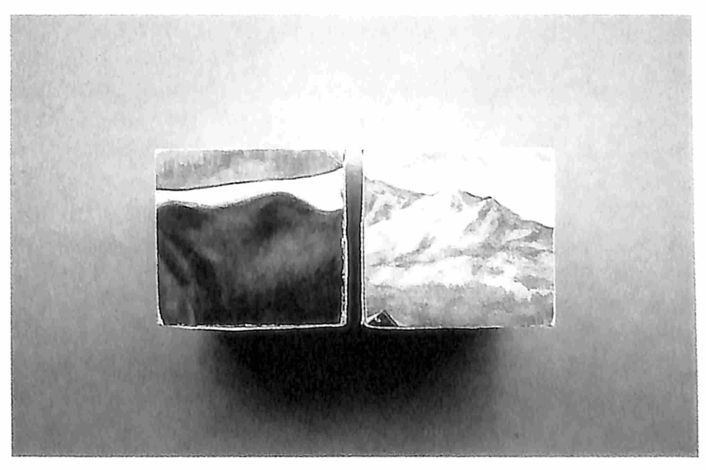
Katja Diefenbach, *Autorin und Mitarbeiterin bei b_books (www.bbooks.de), lebt in Berlin.*





Anmerkungen:
1) Giorgio Agamben, Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben, Frankfurt/M. 2002. Ders., Ausnahmezustand, Frankfurt/M. 2004.
2) Ausnahmezustand, S. 63. Die Vorstellung einer mystischen Wirkung des Ausnahmezustandes eröffnet die Frage, inwieweit Agamben Carl Schmitts Theologisierung des Politischen, wonach der Ausnahmezustand „für die Jurisprudenz eine analoge Bedeutung wie das Wunder für die Theologie" habe (Carl Schmitt: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, Berlin 1996, 44), negativ bewahrt.
3) ebd., S. 76.
4) vgl. Walter Benjamin, Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze, Frankfurt/M. 1965. In seinem Bezug auf Benjamin setzt sich Agamben mit Carl Schmitt auseinander, der Benjamins Figur einer reinen revolutionären Gewalt des Generalstreiks, die nichts mit dem Recht zu tun habe, zu deaktivieren versucht, indem er sie in den Ausnahmezustand einbezieht und damit der Souveränität verfügbar macht: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet" (vgl. Carl Schmitt, Politische Theologie, Berlin 1996,13. Benjamins Text enstand 1921, Schmitts Text 1922). Zu diskutieren bleiben die zum Teil gefährlichen Unmittelbarkeitsvorstellungen in Benjamins auch im Anschluss an George Sorel gewonnener Konzeption reiner revolutionärer Gewalt. Neben Agamben haben sich dazu Jacques Derrida, Michael Löwy und Jacob Taubes geäußert.
5) Agamben, Souveräne Polizei, in: Ders., Mittel ohne Zweck, Berlin 2001, S. 99.
6) Homo sacer, S. 139; Agamben zitiert aus Sieyès Text Einleitung zur Verfassung. Anerkennung und erklärende Darstellung der Menschen- und Bürgerrechte, München/ Wien 1981, S. 251.
7) Die vitalistische Umkehrung dieser Figur bei Negri und Hardt – das bloße Leben als reiche Kraft lebendiger Arbeit – wiederholt diesen Reduktionismus, der die differenzielle Relativität von Macht, Subjektivierung und Widerstand auslöscht, eine Differenzialität, in der keine Linie, die ein soziales Feld durchläuft, dieses konstituiert oder determiniert, auch nicht in letzter Instanz.
8) Ausnahmezustand, S. 103.
9) Vgl. Anmerkungen 2 und 4.
10) Agenturschluss (Hg.), Schwarzbuch Hartz IV. Sozialer Angriff und Widerstand. Eine Zwischenbilanz, Berlin 2006.





Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit

Über den Staat und seine Individuen

Von Martin Dieckmann

Verschiedentlich ist die These vorgebracht worden, so genannte soziale Ängste würden im Diskurs über die „Sicherheit" verschoben vom sozialen auf das polizeiliche Terrain. Dafür spricht zwar vieles, nur spricht auch einiges dafür, in beidem – der sozialen wie der so genannten Inneren Sicherheit – dieselben Strukturen zu vermuten. Es kommt darauf an, ob man es beim Staat als Garanten und dem „schwachen" Wert der Toleranz belässt oder ob man weiter nachfragt nach den gesellschaftlichen Solidarbeziehungen, die allein „Sicherheit" im freiheitlichen Sinne gewährleisten können. Davon handeln die folgenden Thesen von Martin Dieckmann.

Das Verhältnis von Freiheit und Gerechtigkeit bleibt eines der großen Themen, das uns das zwanzigste Jahrhundert hinterlassen hat. Dabei kann bis heute als vorherrschende Lehre gelten, was der italienische Sozialist Norberto Bobbio 1968 eher ernüchtert, als begeistert bilanzierte: „Man kann von einer freien und gerechten Gesellschaft träumen, in der weltweit die Freiheitsrechte und die sozialen Rechte verwirklicht sind, aber die wirklichen Gesellschaften, die wir vor Augen haben, sind um so freier, je weniger sie gerecht sind, und je gerechter sie sind, desto weniger frei sind sie."

Nicht weniger zutreffend scheint die weitere Differenzierung zu sein: „Hier werden die gegen den Eingriff des Staates garantierten Rechte ‚Freiheit' und jene Rechte, die einer Intervention des Staates zu ihrer Durchsetzung bedürfen, ‚Macht' genannt. Entgegen einer verbreiteten Meinung ergänzen sich Macht und Freiheit nicht, sondern sie sind inkompatibel." (1) Besser wird man nicht zusammenfassen können, was nicht nur herrschende Lehre, sondern auch herrschendes Verhältnis ist. Dieses Verhältnis von Freiheit und Gerechtigkeit – und darin enthalten: Freiheit und Sicherheit – aufzuheben, wäre die historische Alternative der Gegenwart.

Sozialistische Gerechtigkeit – liberale Freiheit?

Der Tausch der Freiheit gegen die Gerechtigkeit, und zwar exakt entlang jener Linien, die Bobbio in seinem Kommentar zu den Menschenrechten gezogen hat, scheint das konstitutive Erbe insbesondere der Arbeiterbewegung zu sein. Anders als man es vordergründig bislang dargestellt hat, geht es dabei keineswegs um Demokratie oder Diktatur, sondern um die Delegation der Gerechtigkeitsgarantien an den Staat, sei dieser nun liberal-demokratisch verfasst oder diktatorisch. Eher Ausdruck eines Dilemmas als einer Alternative ist der Wunsch nach dem dritten Weg gewesen: Die soziale Sicherheit und Gerechtigkeit des despotischen Staatssozialismus sollte mit den Freiheitsrechten des Kapitalismus in Einklang gebracht werden.

Im Grundsatz änderte dies nichts an der klassischen Zuordnung, wonach es dem Sozialismus primär um Gerechtigkeit als Kriterium sozialer Sicherheit und dem Liberalismus um die politischen Freiheiten ginge. Lediglich zu Zeiten des wie auch immer „Goldenen Zeitalters" so genannter fordistischer Regulation scheint es zu einem Mehr an emanzipativen Spielräumen gekommen zu sein. Jedenfalls legt dies eine retrospektive Vergoldung jener Sozialstaatsverhältnisse nahe, wonach soziale Sicherheit Voraussetzung individueller Freiheit sei. Falsch ist dies nicht, aber es trifft die grundlegende Problematik nicht: dass sowohl dem Liberalismus wie dem historischen Sozialismus die bürgerliche Fiktion des abstrakten „Individuums" unterliegt.

Freiheit und Gerechtigkeit werden in dieser Tradition – oder besser im Plural: Traditionen – von Sozialismus und Liberalismus durchweg in der vertikalen Beziehung der Einzelnen zum Staat gedacht. Auf der einen Seite das fundamentale Abwehrrecht der Einzelnen gegen staatliche Eingriffe, auf der anderen Seite das nicht weniger fundamentale Recht der Einzelnen auf Garantien einer Grundversorgung – über deren Gestalt und Ausstattung freilich wieder gestritten werden muss. Insoweit ergibt sich auf beiden Seiten ständig das Dilemma einer Abwägung von Rechten und Pflichten. Weil das Recht der einen immer zur Pflicht der anderen wird. Womit zugleich gewährleistet bleibt, dass die Vorstellung, was überhaupt Rechte sind, ganz dem jeweils staatlichen Rechtssystem eingeschrieben bleibt. Insofern geht die liberale Polemik gegen eine „kollektivistische" Politik des Sozialen – gerichtet gegen die historische Linke – am Kern vorbei.

Denn weder die Wohlfahrtspartei noch der Wohlfahrtsstaat gründet auf einem anderen „Kollektiv", als es der Liberalismus tut: dem Ensemble der so genannten Staatsbürger. Den abstrakten Individualismus findet man daher eben nicht allein auf Seiten seiner historischen Partei, bei den Liberalen, sondern nicht weniger in den Gerechtigkeitsparteien. Selten ist man dem Hinweis gefolgt, dass es nachgerade der Staat, und zwar maßgeblich als Wohl-

fahrtsstaat, war und ist, der Individualisierung bewirkt. Diese These ist früher von Nico Poulantzas stark gemacht worden und erklärt im Übrigen erst hinreichend die Selbstauflösung des so genannten kämpferischen Reformismus in den Wohlfahrtsstaatsystemen. Demnach, so ist es auch formuliert worden, hat sich der historische Reformismus in seinen eigenen Erfolgen schlicht aufgelöst.

Grundformen der Solidarität

Nun ist es immer falsch, die Geschichte einzig ihren Siegern zu überlassen. Eine ursprünglich starke, dann aber schwächer gewordene Richtung innerhalb der Linken und der sozialen Bewegungen hat von vornherein dagegen den Schwerpunkt auf die horizontale Beziehung der Individuen zueinander gesetzt. Vom marxistischen Mainstream in die unteren Ränge der naiven Malerei verwiesen, haben Anarchismus und libertärer Sozialismus exakt diese Fragen nach dem Verhältnis von Freiheit und Gerechtigkeit – und damit auch: nach den Garantien der Sicherheit – in den Mittelpunkt ihres Selbstverständnisses gesetzt. (Die zwangsläufige Naivität vieler ihrer Debatten über die Grundausstattung der Einzelnen und deren Kooperationsfähigkeit war im Übrigen der Naivität des geschichtsmächtig werdenden Staatsidealismus marxistischer Tradition durchaus gewachsen.) In der horizontalen Dimension wird die Frage nach der sozialen Sicherheit und den Garantien der Gerechtigkeit anders aufgeworfen: als eine Frage nach den Grundformen der Solidarität. Womit man im Zentrum der gesamten Problematik angelangt ist. Denn die Grundform sozialer Sicherheit ist Solidarität.

Aber auch hier stößt man sofort auf eine wesentliche Unterscheidung, die wiederum mit dem Individuum als Abstraktion zu tun hat. Es lassen sich nämlich zwei Formen der Solidarität unterscheiden, was nicht bedeuten soll, dass sie in ein und demselben Handlungszusammenhang nicht beide vorhanden beziehungsweise wirksam sind. Auf der einen Seite haben wir es mit der rein funktionalen oder instrumentellen Solidarität zu tun: Man hilft dem anderen, damit dieser einem hilft. Im Arbeitsprozess ist diese Solidarität elementar, weil die Erleichterung der eigenen Belastung am besten zu Stande kommt, indem man die anderen entsprechend ihrer besonderen Fähigkeiten und unter Berücksichtigung ihrer Schwächen einsetzt. Das Kriterium dagegen ist teils instrumentell – Effektivierung der Abläufe – teils reiner Selbstbezug: Man macht es sich leichter so. Während die zweite Variante von Solidarität schlicht eine Einbahnstraße bedeutet: Man hilft, weil es die anderen brauchen. Anders gesagt, im einen Fall handelt es sich weiterhin um einen Individualismus des Eigenen, im anderen Fall um die Individualität der Anderen.

Genau darin liegt nun die Crux aller sozialpolitischen Auseinandersetzungen der Gegenwart – und insofern ist diese Unterscheidung der Grundformen von Solidarität alles andere als ein abstraktes Gedankenspiel. Denn in der Dimension der horizontalen Beziehungen zueinander verhalten sich Rechte und Pflichten zueinander völlig anders als in der vertikalen Beziehung, in der sich die Individuen via Staat als Garanten der Gerechtigkeit zueinander verhalten. Was nämlich in der vertikalen Beziehung ein Recht ohne Abwägung staatsbürgerlicher Pflichten ist – also im elementaren Sinne von Grundrechten, denen keine Pflichten gegenüber stehen – ist in horizontaler Beziehung durchweg daran gebunden, dass die anderen eben diese Rechte den Einzelnen einräumen. Rechtspolitik im Allgemeinen und Sozialpolitik im Besonderen folgen anderen Prämissen als der, die man mit aller Vorsicht soziales Ethos nennen kann.

Im selben Moment, in dem dieses soziale Ethos – als habituell eingeschriebener common sense – erodiert, wird naturgemäß die Pflichtenethik von Staatswegen aufgerufen. Genau darin liegt die Infamie, mit der sich zuletzt die kommunitaristische Variante der Neuen Sozialdemokratie des Rechtsstaates angenommen hat: als Pflichtenstaat im Auftrag des Allgemeinen, sozusagen im Namen der „Schwachen" zu Lasten der „Schwachen".

Emanzipation jenseits des Wohlfahrtsstaates

In dieser Dimension ist die Krise der sozialen Sicherheit und damit des Vertrauens in Gerechtigkeitsgarantien womöglich noch tiefgreifender als in der Auseinandersetzung von Grundversorgungsansprüchen mit dem Staat als Garanten der Gerechtigkeit. Weil man den Anderen die grundlegenden Solidarbeziehungen nicht mehr zutraut, ist der common sense in Frage gestellt, angerufen wird folglich in vertikaler Perspektive der Staat. Kurz, es wäre eine Illusion, die Krise sozialer Sicherheit einzig festzumachen an einer Vertrauenskrise im Verhältnis von Staat und Sozialstaatsbürgern. Sicherheit – egal ob soziale oder „innere Sicherheit" – hat immer mit Vertrauen zu tun, in Gestalt unhinterfragter Grundannahmen, die überhaupt erst Alltagszusammenhänge einigermaßen krisenfrei lebbar machen. Und genau darin wird auch erkennbar, warum es sich keineswegs nur um eine Verschiebung des sozialen Sicherheitsdiskurses auf das Terrain „innerer Sicherheit" handelt, wenn eben die selben Sozialstaatsbürger nach Garantien für sich und gegen Freiheitsgarantien für andere votieren. Schließlich gilt für beide Ebenen, die soziale Sicherheit wie die Ebene der inneren Sicherheit, dass der Vertrauensverlust dem realen Verlust oder der realen Gefährdung voran geht. Der starke Staat soll nämlich auch ein gerechter sein.

Genau aus diesen Gründen kann es nun aber keineswegs um eine „Abschaffung" des Staates gehen, und zwar in keiner seiner regulierenden Aufgaben. Aber wenn die alte These von einer allgemeinen Emanzipation immer zurecht mit dem „Absterben" des Staates – der Rücknahme regulierender Funktionen in die Soziale Welt – immer noch stimmt, ist Emanzipation auch gleichbedeutend mit dem „Absterben" des Wohlfahrtsstaates.

Toleranz der schwächere, Solidarität der stärkere Wert

Diesen Gedankengang abzutun als etwas, das einem Irgendwo oder Nirgendwo (einer Utopie) zukommt, nicht aber der so genannten Realpolitik, käme einer Kapitulation der Linken gleich. So muss, gerade in der Beziehung von Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Sicherheit, ein neuerlich oft bemühter radikaler Reformismus gerade dort radikal und militant sein, wo es um die scheinbaren Selbstverständlichkeiten geht, die aber keineswegs mehr zu den unhinterfragbaren Garantien gehören: in den unmittelbaren, alltäglichen Solidarbeziehungen, aber auch in der Verteidigung staatlicher Solidarsysteme, sofern sie eben nicht allein auf der instrumentellen und selbstbezogenen Solidarität beruhen.

Sicherheit der Einzelnen, und zwar an Leib und Leben, als gewährter und garantierter Schutz vor äußerer Bedrohung ist elementar für jede Vorstellung gemeinschaftlichen wie gesellschaftlichen Lebens. Sowohl in sozialer wie in anderer Hinsicht gehört die allgemeine Verunsicherung ins Repertoire autoritärer Politik, was das Sicherheitsbedürfnis selbst aber nicht denunziert. Worauf es dagegen ankommt, ist eine Praxis – und mit ihr womöglich auch eine entsprechende theoretische Reflexion – in der mit den Individuen als Realabstraktion gebrochen wird, damit auch den rein abstrakten Imperativen und Normen so genannter Autonomie.



Auf einer höchst allgemeinen Ebene lässt sich dies alles zwar auflösen im Begriff der gesellschaftlichen Individuen, in den Lebenswelten eben dieser Individuen aber stellen sich zunehmend Normen und Imperative des Selbst-Bewusstseins, der individuellen Autonomie, als reine Überforderungen dar. Gegen den untergegangenen linken Etatismus garantierter Gerechtigkeit und den rechten Etatismus des starken Staates sozialer wie innerer Sicherheit wird die individuelle als individualistische Autonomie zu einer Religion, derer sich namentlich der Liberalismus höchst erfolgreich bedient.

Ganz im Gegensatz zu landläufigen Individualisierungsthesen ist die Anrufung der „Macht" gegen das „Recht" – der Gerechtigkeit gegen die Freiheit – dieser Art von Autonomie-Ideologie als Tendenz immanent. Weil es eben diese abstrakte Autonomie der Individuen gesellschaftlich gar nicht geben kann, wird ihr Scheitern zwangsläufig den anderen zugeschrieben. Daher vertragen sich mittlerweile Lebensstile alternativer Biotope sehr wohl mit dem Ruf nach der Schließung der Wagenburg – in allen Dimensionen erlebter und gefühlter Sicherheit. Man erlebt dies neuerdings als „Kulturkampf" auf zwar verstreuten, dennoch aber zusammenhängenden Kampffeldern. Weil man früher so „tolerant" war, will man heute gegenüber den Grenzverletzern Sanktionen. Toleranz aber, hat Zygmunt Bauman geschrieben, sei der schwächere, Solidarität der stärkere Wert.

Die Politik der allgemeinen Verunsicherung spielt also exakt mit jenen Denkfiguren von den Einzelnen, den anderen und der Gesellschaft, die bislang immer noch Zentralfiguren auch der Kritik und zumindest potenzieller Gegenmacht sind. Dabei kommt der herrschenden Politik zu Gute, dass es sich hierbei – maßgeblich mittels Durchdringung des Sozialen durch Marktbeziehungen – zunehmend um Realabstraktionen handelt. Es geht also lange nicht mehr um Ideologie als falsches Bewusstsein von der Wirklichkeit, sondern um eine Verkehrung in der Wirklichkeit. Und diese Verkehrung erzeugt Leiden, massenhaft, aber in den Einzelnen, also eine besondere Ausprägung materieller Not.

Ebenso wenig wie die rein äußerliche, wirtschaftliche, ist diese innere und kulturelle Not von sich aus Antrieb zur Emanzipation. Sie ist dieser aber auch nicht grundsätzlich verschlossen. Nur, die Zugangswege emanzipativer Ideen zu den Einzelnen und ihren Lebenszusammenhänge werden grundlegend andere sein müssen, als wir sie kennen und daher bislang auch so gut „beherrschen".

Martin Dieckmann *ist Gewerkschaftssekretär, arbeitet und lebt in Berlin und Hamburg. In Fantômas Nr. 4 schrieb er über das widersprüchliche Verhältnis von Integration und Klassenkampf.*

Anmerkung:

1) Norberto Bobbio: Gegenwart und Zukunft der Menschenrechte, in: ders.: Das Zeitalter der Menschenrechte. Ist Toleranz durchsetzbar?, Berlin 1998, S. 30 f.

Glossar

Anomie bedeutet Gesetzlosigkeit bzw. Gesetzeswidrigkeit und bezog sich ursprünglich auf das Brechen religiöser Gesetze. Kann als dunkle Seite der Anarchie gedacht werden: Betont Anarchie das emanzipatorische Moment des Freiseins von Herrschaft, verweist Anomie auf die schutzlose Preisgabe an chaotische Zustände, an eine absolute Unsicherheit in einer Welt des Schreckens.

Archiv bezeichnet in Michel Foucaults Theorie des →Dispositivs kein Lager oder keinen Speicher, sondern die Regeln, nach denen in einem bestimmten →Dispositiv Aussagen und Diskurse gebildet werden. Indem das Archiv vorgibt, was überhaupt Aussage und Diskurs werden kann, schließt es ein, was überhaupt gesagt und folglich gedacht werden kann – solange das →Dispositiv funktioniert, zu dem das Archiv „gehört".

Biomacht ist der Begriff, mit dem Foucault die besondere Form und Technologie der Machtpraxen unserer Gegenwart bestimmt. Sie heißt so, weil sie die Macht ist, die „leben macht und sterben lässt" – was eben nicht von jeder Logik der Machtausübung gesagt werden kann, sondern nur von der, die sich zuerst in Europa und dort im Verbund mit dem Kapitalismus durchgesetzt hat. Der springende Punkt dabei ist, dass Biomacht nicht zuerst vom Moment der Repression, sondern von dem der Produktion gedacht werden muss. Das heißt, dass die Bevölkerung und der Körper als die bevorzugten Objekte von Praxen und Prozeduren der Biomacht von ihr weniger unterdrückt, als vielmehr produktiv gemacht werden: fruchtbare Bevölkerung, gelehrige Körper. Genau genommen ist es falsch, von „Objekten" der Biomacht zu reden. Die fruchtbare Bevölkerung und der gelehrige Körper sind gesellschaftliche Tatsachen (Positivitäten), die im →Dispositiv der Biomacht allererst hervorgebracht werden. Es gab zwar vor der Biomacht Leute und Leiber, doch nicht als produktiv gemachte Bevölkerungen und Körper. Das Gute daran: Ist der produktivistische Irrwitz →kontingent in die Welt gekommen – mit der Herausbildung der Biomacht – kann er mitsamt ihrem →Dispositiv auch wieder verschwinden. Die entscheidende politische Frage im Anschluss an Foucault ist dann die, wie man ein →Dispositiv zum Verschwinden bringt oder sich wenigstens von ihm distanziert. Übrigens sind Hardt/Negri in *Empire* im Grunde „nur" der Frage nachgegangen, wie genau die Verbindung von Biomacht und Kapitalismus zu denken ist und was politisch daraus folgt.

Episteme ist ein Begriff Foucaults, den er nur eine bestimmte Zeit lang verwendet und dann fallen gelassen hat. Der Begriff, den er offensichtlich passender fand, ist der des →Dispositivs. Beide verbindet, dass sie Ordnungen zu fassen suchen, innerhalb derer geregelt wird, was sag- und sichtbar ist, wie es sag- und sichtbar wird und was „es" damit auf sich hat. Im Begriff *episteme* hatte, was Foucault zu sagen suchte, eine Schlagseite zum Wissen hin, der Begriff des Dispositivs wetzt das aus, indem er von vorneherein und immer von →Macht-Wissen ausgeht.

Gouvernementalität ist eine Wortschöpfung Foucaults. Er setzt die Wörter *gouverner* (regieren) und *mentalité* (Denkweise) zusammen und benennt damit die Rationalität des Regierens, die sich in Europa ab dem 15. Jhd. entwickelt und eng mit dem Aufkommen des Liberalismus verknüpft ist. Zugleich dient ihm der Begriff im formalen Sinn zur Benennung des Zusammenspiels von Herrschafts- und Selbsttechniken.

Dispositiv ist die Ordnung und Art und Weise, in der *Positivitäten* hervortreten, all das also, von dem man alltagssprachlich sagt, dass es „gegeben", dass es eine „Tatsache" ist. Die Vorsilbe „dis-" zeigt an, dass das Dispositiv selbst nicht gegeben, keine Tatsache ist. Es gibt *offenbare* Positivitäten nur in einem zunächst *verborgenen* Dispositiv. Dieses wird erst und nur dann zur Positivität, also *offenbar*, wenn untersucht wird, wie Praxen der Macht, des Wissens und der Subjektivierung miteinander verbunden sein müssen, damit „dies da" als Tatsache erscheint. Es gibt Dispositive nur in historischer →Kontingenz.

Kontingenz stammt als Begriff vom lateinischen Wort *contingentia* ab, das die Zufälligkeit all dessen nennt, was ohne Grund ist. Je mehr der Begriff und die Sache der Kontingenz die Alltags- wie die theoretische Erfahrung bestimmten, desto stärker wurde Kontingenz zum Begriff dafür, dass das, was ist, auch anders sein kann, anders werden kann, Möglichkeit ist.

Macht-Wissen ist etwas, was es genau genommen nur im Plural gibt: die Macht-Wissen. Wer jetzt daran denkt, wie er/sie in der Schulzeit mit dem Satz „Wissen ist Macht" malträtiert wurde, liegt nicht ganz falsch, aber auch nicht ganz richtig. Gemeint ist, dass Praxen des Wissens immer, wirklich *immer* mit Praxen der Macht verbunden sind. Das spricht weder gegen Wissen noch gegen Macht, verweist aber darauf, dass beide immer problematisch, genauer: gefährlich sind und nie fraglos anerkannt werden dürfen. Will man sich eines Macht-Wissens erwehren, ist man auf die passenden Gegen-Wissen, die passenden Gegen-Mächte angewiesen. Die sind in vielen Fällen erst zu konstruieren, das nennt Foucault dann Praxen der Kritik, des Widerstands und – zuletzt – der Freiheit.

Signifikant, leerer S., stammt eigentlich aus der Sprachwissenschaft. Im politischen Zusammenhang meint „leerer Signifikant" einen Begriff, der politisch unterschiedlich „gefüllt" werden kann. Die Art dieser „Füllung" ist Ausdruck hegemonialer Verhältnisse und stets umkämpft. So ist es entscheidend, ob der leere Signifikant *Sicherheit* durch das Konzept *Kontrolle* oder *soziale Gerechtigkeit* gefüllt wird.

Souveränität leitet sich als Wort vom lateinischen *superanus* ab, das mit „darüber befindlich", „überlegen" übersetzt werden kann. Über das französische *souveraineté* ist es zu einem der zentralen Begriffe des europäischen politischen Denkens geworden und meint die Position, in der und von der aus Herrschaft ausgeübt wird. Das radikal herrschaftskritische Denken, in dem die in diesem Heft erwähnten Philosophen Agamben, Foucault und Hardt/Negri bei allen Unterschieden übereinstimmen, kann von daher als ein Denken beschrieben werden, das untersucht, wie Souveränität entsteht, sich verändert – und hoffentlich verschwindet. Herrschaft ist übrigens nicht dasselbe wie Macht.

Fragmente der Verunsicherung

Zu den Arbeiten von Kirsten Kleie

Von Petra Gerschner und Michael Backmund

In subtilen und zugleich radikalen, verstörenden Bildfolgen nimmt die Münchner Künstlerin Kirsten Kleie Alltägliches in seinen existenziellen wie banalen Erscheinungsformen zum Ausgangspunkt für einen visuellen Sicherheitscheck. Ihre aktuellen konzeptuellen Arbeiten zeigen in vielschichtigen Brechungen, dass – aber auch warum – das Private politisch ist.

Als Reflex auf eine Realität zunehmender weltpolitischer Unsicherheit nimmt das Phänomen der Sicherung privater Territorien zu. Doch diese Inseln der Sicherheit lassen sich nicht zuverlässig gegen die verdrängten Risiken der Außenwelt abschirmen. Im herrschenden Sicherheitsdiskurs lässt sich verfolgen, mit welchen Strategien dieser Diskurs direkt an die durch Erziehung, gesellschaftliche Vereinbarungen und tradierte „Lebensweisheiten" strukturierte Gefühlswelt, die Empfindungen und das Bewusstsein der Menschen andockt. Diese subjektiven Welten sind geprägt von affektiven und emotionalisierten Ordnungssystemen und durchsetzt von patriarchalen Geschlechterrollen, rassistischen Stereotypen, Bedrohungsszenarien und sozialen Mustern im Verhältnis zur Staatsmacht und jeder Form von Autorität.

Die Ordnungssysteme, mit denen die Menschen ihre alltäglichen Ängste, ihre Verletzungen, Demütigungen und ihre Sehnsüchte in einer „geordneten" Welt sichern und verwalten wollen, werden von Kindheit an affirmativ eingeübt oder subversiv gebrochen. Das passiert auch maßgeblich in der Welt der Spiele, in denen die Hierarchien und Rollenmuster der Geschlechter, der Klassen und der kulturellen Zuschreibungen konstruiert und eingeschrieben werden.

In ihrer künstlerischen Arbeit setzt sich Kirsten Kleie mit dem Unbekannten im Vertrauten auseinander. Als Vorlagen dienen häufig bereits vorhandene Bilder, persönliche Gegenstände, Familie, FreundInnen und der eigene Körper. So reflektieren die Arbeiten immer auch die eigene Vergänglichkeit und Verletzbarkeit und zeigen den Körper als Medium der Wahrnehmung und Kommunikation von Grenzerfahrungen. Sie umkreisen auf verschiedenen Ebenen immer wieder den Prozess von Verunsicherung und Un-Sicherheit und versuchen die Auflösung oder Verletzung von Grenzen sichtbar und das Unfassbare erfahrbar zu machen. Die Fragmentierung der persönlich erlebten Wirklichkeit in einzelne Bilder ermöglicht die stetige Neuinterpretation von subjektiv wahrgenommenen Zusammenhängen.

In ihren Bildkonzepten bindet Kirsten Kleie immer wieder Sequenzen aus dem Fotoarchiv ihrer Familie ein. Biografische Facetten wie die elterliche Wohnung in der Serie „privat", das eigene lang ersehnte Kasperlspiel („dummy"), das Idyll im Bauklötzchenformat („Heile Welt"), aber auch die Spuren von Selbst/Verletzungen und Wunden („Verletzter Körperraum") auf der Haut enger FreundInnen und Familienmitglieder zeigen paradigmatisch geordnete Ordnungen in ihrer Brüchigkeit. Zum Beispiel in den Mustern einer Tapete, die den ordnenden Rapport in die abgegrenzte Welt der privaten Wohnung einschreibt, bis zu dem Tag, an dem die Hubschrauber beim Anti-Terroreinsatz die Geranien vor dem Fenster der Innenwelt abrasieren.*

Fotografisch untersucht Kirsten Kleie in der Serie „dummy" die Physiognomien ihrer Kasperlpuppen, deren Köpfe sie in nüchterner Sachlichkeit von Passbildern auf Augenhöhe porträtiert. Der „Ordnungshüter" entpuppt sich in der großformatigen Gegenüberstellung als feister Mützenträger der Staatsmacht, während die Prinzessin in großäugiger Schmollmündigkeit unter ihrer aufwärtsstrebenden Krone erstarrt. Sie fungieren als Platzhalter für ein gesetztes System der hierarchischen und sexualisierten Kodierung. Allein der Kasperl taucht als anarchisches Ventil von der Seite auf. Er durchbricht die Ordnung. Die Störung wird zur Chance.



Die gezeigten Bilder stammen aus den Serien: „privat" (1966/2006, 6 x 7 cm, S/W-Barytabzug/17 x 25 Digiprint): Seiten 9, 14, 15, 19, 22, 29, 34; „Heile Welt" (2006, Original in Farbe, Digiprints 13 x 18 cm): Seiten 35, 38, 39, 46, 47, 57; „Verletzter Körperraum" (2000-2006, Original in Farbe, 50 x 70 cm, Lamdaprint auf Dibond): Seiten 41, 42, 43, 52, 53; „dummy" (2005, Original in Farbe, 24 x 30 Digiprints): Cover und Seiten 23, 60, 63.

*Die Wohnung aus der Serie „privat" lag im polizeilichen Sperrbereich während der Aktion des „Schwarzen September" bei der Olympiade 1972 in München.

***Kirsten Kleie** lebt und arbeitet in München*

***Petra Gerschner** ist Künstlerin und Kuratorin, **Michael Backmund** Journalist und Autor – beide leben und arbeiten in München.*

Baden-Baden
- Bahnhofsbuchhandlung

Berlin
- Argument Buchladen, Reichenberger Str. 150
- b_book, Lübbener Str. 11
- Buchhandlung Turmstraße, Turmstr. 4
- Der kleine Buchladen, Weydinger Str. 14-16
- Infoladen Daneben, Liebigstr. 34
- Kisch & Co., Oranienstr. 25, 10999 Berlin
- Kopierladen M 99, Manteuffelstr. 99
- O 21, Oranienstr. 21
- Schwarze Risse, Kastanienallee 85
- Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a
- pro qm, Alte Schoenhauser Str. 48

Bielefeld
- Eulenspiegel, Hagenbruchstr. 7

Bochum
- Notstand Büchertisch u. Archiv, Uni Bochum

Bonn
- Buchladen 46, Kaiserstr. 46
- Le Sabot, Breite Str. 76

Braunschweig
- Guten Morgen Buchladen, Bültenweg 87

Bremen
- Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60
- Infoladen Bremen, St. Pauli Str. 10-12

Bruchsal
- Bahnhofsbuchhandlung

Darmstadt
- Buchladen, Lauteschlägerstr. 18

Donaueschingen
- Bahnhofsbuchhandlung

Düsseldorf
- Buchladen Bibabuze, Aachener Str. 1
- Büro für ständige Einmischung, Corneliusstr. 108

Duisburg
- Buchhandlung Weltbühne, Gneisenaustr. 226

Essen
- Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8

Erfurt
- Bahnhofsbuchhandlung

Flensburg
- Carl v. Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9

Frankfurt a.M.
- Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23
- Infoladen Exzess, Leipzigerstr. 91
- Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11
- Uni Buch, Jügelstr. 1
- Land in Sicht, Rotteckstr. 13
- Ypsilon Buchladen, Berger Str. 18
- Bahnhofsbuchhandlung

Freiburg i.Br.
- Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15
- Bahnhofsbuchhandlung

Giessen
- Infoladen, Alter Wetzlarer Weg 44

Göttingen
- Buchladen Rote Strasse, Nikolaikirchhof 7
- Bahnhofsbuchhandlung

Hagen
- Buchladen Quadrux, Lange Str. 21

Hamburg
- Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55
- Buchladen in der Osterstrasse, Osterstr. 171
- Buchhandlung Nautilus, Friedensallee 7-9
- Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 28
- Schwarzmarkt, Kl. Schäferkamp 46
- Tabakladen, Spritzenplatz

Hanau
- Buchladen, Am Freiheitsplatz 6

Hannover
- Asta Uni Hannover, Welfengarten 1
- Buchladen Annabee, Gerberstr. 6

Heidelberg
- Bahnhofsbuchhandlung
- Infoladen im Gegendruck, Fischergasse 2

Herford
- Provinzbuchladen, Hämelinger Str. 22

Karlsruhe
- Bahnhofsbuchhandlung, Bahnhofsplatz 1
- Der andere Buchladen, Marienstr. 15
- Infoladen, Schwarzwaldstr. 79

Kassel
- Bahnhofsbuchhandlung (Hbf + Wilhelmshöhe)

Kiel
- Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27

Köln
- Bunt Buchhandlung, Ehrenstr. 86
- Der andere Buchladen, Weyertal 32

Konstanz
- Bahnhofsbuchhandlung

Lindau
- Bahnhofsbuchhandlung, Bahnhofsplatz 1

Lübeck
- Infoladen Lübeck, Willy-Brandt-Allee 9

Mannheim
- Der andere Buchladen, M2, 1
- Bahnhofsbuchhandlung

Marburg
- Buchladen Roter Stern, Am Grün 28

München
- Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41b-43

Münster
- Buchladen Rosta, Ägidiistr. 12
- Infoladen Bankrott, Dahlweg 64

Nürnberg
- Bahnhofsbuchhandlung
- Bücherkiste, Schlehengasse 12

Oberstaufen
- Bahnhofsbuchhandlung, Bahnhofsplatz 1

Oldenburg
- Buchhandlung Carl von Ossietzky, Marktstr. 24

Osnabrück
- Infoladen Zett, Alte Münze 12

Paderborn
- Infoladen Paderborn, Borchenerstr. 12

Pforzheim
- Bahnhofsbuchhandlung

Potsdam
- Buchladen Sputnik, Charlottenstr. 28

Ravensburg
- Kulturladen Karacho, Bachstr. 27

Recklinghausen
- Attatroll, Paulusstr. 2

Saarbrücken
- Der Buchladen, Försterstr. 14

Siegen
- Bücherkiste, Bismarckstr. 3

Singen
- Bahnhofsbuchhandlung

Stuttgart
- Infoladen Ludwigstraße 110a

Trier
- Buchladen Gegenlicht, Glockenstr. 10

Tübingen
- Der faire Kaufladen, Marktgasse 13

Weimar
- Bahnhofsbuchhandlung

Weinheim
- Bahnhofsbuchhandlung

Wiesbaden
- Cafe Klatsch, Marcobrunnerstr. 9

Würzburg
- Buchladen Neuer Weg, Sanderstr. 23/25

Wuppertal
- Autonomes Zentrum, Markomannestr. 3

ÖSTERREICH

Wien
- Infoladen Zehn, Wielandgasse 2-4

SCHWEIZ

St. Gallen
- Comedia, Katharinengasse 20

Zürich
- Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstr. 60

NIEDERLANDE

Amsterdam
- Het Fort van Sjakoo, Jodenbreetstraat 24

Groningen
- Boekhandel Rosa, Folkingedwarstraat 16A

Utrecht
- De Rooie Rat, Oudegracht 65

Jahresabo: 2 x Fantômas und 11 x ak

O **3 Ausgaben von *ak* für nur 5 €!** (Schein beilegen oder überweisen)
(wenn nicht nach Erhalt der zweiten Ausgabe gekündigt wird, wird dieses Angebot automatisch zum Jahresabo)

Ich will ***ak*** im Abonnement beziehen.

Aboart		**halbjährlich**		**jährlich**
Normalabo (Inland)		O € 27,-		O € 53,-
Normalabo (Europa)		O € 32,-		O € 63,-
Förderabo	ab	O € 43,-	ab	O € 85,-

(Luftpostzuschlag auf Anfrage)

für Menschen mit geringem Einkommen
Sozialabo O € 19.- O € 37.-

Zahlungsweise:

O Ich fülle die Einzugsermächtigung aus und lasse das Geld abbuchen

O Ich zahle nach Erhalt der Rechnung per Überweisung auf das Konto a·k·i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH
Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 788 836-202
(IBAN: DE 23 2001 0020 0788 8362 02 / BIC: PBNKDEFF)

Das Abonnement ist bis spätestens zwei Wochen vor dem Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich kündbar. Ich weiß, dass ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei analyse & kritik widerrufen kann.

....
Ort, Datum Unterschrift

AbsenderIn: ....
....
....
....

An
analyse & kritik
Rombergstraße 10
20255 Hamburg

Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich a·k·i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung ***ak*** bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

KontoinhaberIn

Kto.Nr. BLZ

bei der

mittels Lastschrift einzuziehen.

.... , den ....
Unterschrift

Herausgeber: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Druck und Verlag: analyse + kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg

Tel. Redaktion/Verlag: 040-401 701 74 Fax: 040-401 701 75 E-Mail: fantomas@akweb.de
Tel. Aboverwaltung: 040-401 701 73 Internet: www.akweb.de/fantomas

Redaktion: Frauke Banse, Erika Feyerabend, Stefanie Graefe, Moe Hierlmeier, Thomas Seibert, Georg Wissmeier

Bildredaktion: Petra Gerschner, Michael Backmund

Bildkonzept und Titel: Kirsten Kleie

Technische Erstellung: Renate Möller

V.i.S.d.P.: G. Wissmeier, Verlagsanschrift – *Fantômas* erscheint halbjährlich.

Einzelpreis: 4,50 €

Auflage dieser Ausgabe: 2.800
Die nächste Ausgabe von *Fantômas* erscheint Mitte November 2006. Anzeigenschluss: 30. Oktober
Anzeigenpreisliste bitte über die Redaktionsadresse anfordern.

Abonnement: 2 Ausgaben *Fantômas* und 11 Ausgaben *ak* – analyse + kritik. Jahresabo 53 €. Förderabo jährlich 85 €.
Sozialabo jährlich 37 €. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt erfolgt keine Entschädigung.
Abo-Bestellungen unter www.akweb.de

Bankverbindung: aki-Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kt.-Nr. 788 836-202

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

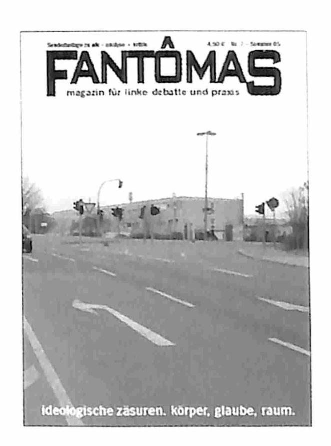
+++ **dank an** +++ hans-hermann +++ ib. +++ jo +++ markus dorfmüller +++
peter hörauf +++ th. +++ unsere autorinnen und autoren

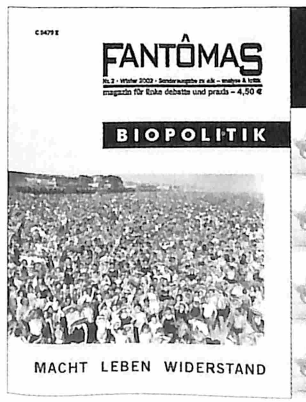


Alle bisherigen *Fantômas*-Ausgaben sind noch erhältlich.
Nr. 8 (Vom Eigensinn der Kämpfe) + Nr. 7 (Ideologische Zäsuren)
zum Preis von **4,50 € + Porto** (0,85 €)

(WiederverkäuferInnen erhalten 30% Rabatt bei vollem Remissionsrecht.)

Die *Fantômas*-Ausgaben Nr. 1 (Globalisierung)
Nr. 2 (Biopolitik) – Nr. 3 (Kriege) – Nr. 4 (Klassen)
Nr. 5 (Staat und Autonomie) – Nr. 6 (Prekarität)
sind zum Preis von jeweils 3,00 € + Porto (0,85 €) zu erwerben.









FANTÔMAS
magazin für linke debatte und praxis
Prekäre Zeiten

